

# Stenographisches Protokoll

## 23. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

VII. Gesetzgebungsperiode

Montag, 7. Dezember 1953

### Inhalt

#### 1. Personalien

- a) Krankmeldung (S. 803)
- b) Entschuldigungen (S. 803)

#### 2. Bundesregierung

Zuschrift des Bundeskanzlers Ing. Raab, betreffend Betrauung des Bundesministers für die Auswärtigen Angelegenheiten Dr. h. c. Dipl.-Ing. Figl mit der zeitweiligen Vertretung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft Thoma (S. 803)

#### 3. Ausschüsse

Fristerstreckung für die Berichterstattung über die Anträge 18 bis 21 (S. 803)

#### 4. Regierungsvorlage

Fremdenpolizeigesetz (186 d. B.) — Ausschuß für Verfassung und für Verwaltungsreform (S. 803)

### 5. Verhandlungen

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (141 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1954 (171 d. B.)

#### Spezialdebatte

Gruppe IV: Kapitel 9: Inneres, Kapitel 26 Titel 2: Ausländerbetreuung, und Kapitel 26 Titel 2 a § 2: Heimkehrerfürsorge

Spezialberichterstatter: Horn (S. 804 und S. 844)

Redner: Honner (S. 806), Machunze (S. 815), Herzele (S. 821), Czernetz (S. 822), Dr. Pfeifer (S. 831), Krippner (S. 838) und Preußler (S. 842)

Ausschußentschließungen, betreffend Kredite zur Wohnungsbeschaffung für in Lagern lebende Volksdeutsche und betreffend Aufhebung des Visumzwanges für nach Österreich einreisende Staatsangehörige der Mitgliedstaaten der OEEC (S. 806)

## Beginn der Sitzung: 15 Uhr

Vorsitzende: Präsident Dr. Hurdes, Zweiter Präsident Böhm, Dritter Präsident Hartleb.

Präsident: Dient zur Kenntnis. Bitte weiter zu verlesen.

Schriftführer Grubhofer: Von der Bundesregierung ist folgende Vorlage eingelangt:

Bundesgesetz, betreffend die Ausübung der Fremdenpolizei (Fremdenpolizeigesetz) (186 d. B.)

*Die Regierungsvorlage wird dem Ausschuß für Verfassung und für Verwaltungsreform zugeteilt.*

Präsident: Im Einvernehmen mit den Parteien teile ich mit, daß die erste Abstimmung über die bis dahin behandelten Gruppen des Bundesvoranschlages 1954 und die hiezu eingebrachten Entschließungsanträge Mittwoch, den 9. Dezember, um 12 Uhr mittag stattfindet.

Ferner ist mir ein Antrag zugekommen, die dem Hauptausschuß zur Berichterstattung an das Haus über nachfolgende Anträge der Abg. Dr. Gschnitzer, Dr. Pfeifer u. G. gestellte Frist von 60 Tagen nach Beginn der Herbstsession, das ist der 20. Dezember 1953, bis Ende Jänner 1954 zu erstrecken.

Es handelt sich hier um die Anträge

18/A auf authentische Erläuterung des Art. 65 Abs. 2 lit c des Bundes-Verfassungsgesetzes,

19/A, betreffend die Überprüfung der Volksgerichtsurteile,

20/A, betreffend die Ausübung des Gnadenrechtes hinsichtlich der vom Volksgericht verurteilten, und

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet ist der Abg. Dr. Kraus.

Entschuldigt haben sich die Abg. Probst, Rosa Jochmann, Wilhelmine Moik, Maria Kren, Holzfeind, Janschitz, Dr. Josef Fink, Dr. Gorbach, Dipl.-Ing. Hartmann, Lins, Grete Rehor, Scheibenreif, Wührer, Hattmannsdorfer, Ing. Kortschak, Strommer, Dipl.-Ing. Rapatz und Dr. Kopf.

Ich ersuche den Schriftführer, Herrn Abgeordneten Grubhofer, mit der Verlesung des Einlaufes zu beginnen.

Schriftführer Grubhofer:

„An den Herrn Präsidenten des Nationalrates.

Der Herr Bundespräsident hat mit Entschließung vom 3. Dezember 1953, Zl. 21012, über meinen Antrag gemäß Artikel 73 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 für die Zeit der zeitweiligen Verhinderung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft Ökonomierat Franz Thoma den Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten Dr. h. c. Dipl.-Ing. Figl mit der Vertretung des genannten Bundesministers betraut.

Hievon beehre ich mich mit dem Ersuchen um gefällige Kenntnisnahme die Mitteilung zu machen.

Julius Raab“

## 804 23. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 7. Dezember 1953

21/A auf Abänderung des Überprüfungs- gesetzes.

Dem zur Vorberatung dieser Anträge ein- gesetzten Unterausschuß ist es nicht möglich, während der Budgetdebatte im Hause die Be- ratungen durchzuführen, sodaß die beantragte Verlängerung der Frist geboten erscheint.

Ich bitte jene Frauen und Herren, die dem Antrag, die Frist auf Ende Jänner 1954 zu erstrecken, zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. — Ich danke. Das ist die Mehrheit. Der Antrag ist angenommen.

Wir gehen nunmehr in die Tagesordnung ein und setzen die **Spezialdebatte über den Bundesvoranschlag 1954** fort.

Wir kommen zur **Gruppe IV**: Kapitel 9: Inneres, Kapitel 26 Titel 2: Ausländer- betreuung, und Kapitel 26 Titel 2 a § 2: Heim- kehrerfürsorge.

Spezialberichterstatter für diese Gruppe ist Herr Abg. Horn. Ich bitte ihn um seinen Bericht.

**Spezialberichterstatter Horn:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich habe Ihnen über Kapitel 9: Inneres, Kapitel 26 Titel 2: Ausländerbetreuung, und Kapitel 26 Titel 2 a § 2: Heimkehrerfürsorge, zu berichten.

Auch im vergangenen Jahr hatte das Innen- ministerium schwierige Probleme zu lösen und zahlreiche Schwierigkeiten in der Ver- waltung, meist hervorgerufen durch Eingriffe der Besatzungsmächte, zu überwinden. Im allgemeinen kann jedoch gesagt werden, daß das Jahr 1953 einen ruhigen Verlauf genommen hat, da der soziale Friede aufrechterhalten werden konnte.

Die Abwicklung der Nationalratswahlen im Februar 1953 ging reibungslos vonstatten und verursachte infolge des bereits einge- spielten Behördenapparates keine Schwierig- keiten. Während des Wahlkampfes kam es zu keinen wesentlichen Zwischenfällen.

Was das Verhältnis zu den Besatzungs- mächten betrifft, wurden der österreichischen Innenverwaltung im Jahre 1952 und auch noch im Jahre 1953 größte Schwierigkeiten durch verschiedene Übergriffe der Besatzungs- mächte verursacht.

Die Sicherheitsverhältnisse haben sich weiter gebessert. Die Blutdelikte — Mord und Tot- schlag — haben sogar etwas abgenommen und sind wieder unter den Stand des Jahres 1950 gesunken. Die Sicherheitsbehörden haben bei der Verbrecherbekämpfung, vor allem bei der Aufklärung der Blutverbrechen, trotz der noch bestehenden technischen Schwierigkeiten große Erfolge gehabt. Alle größeren Mord- fälle konnten im wesentlichen aufgeklärt

werden. Von großer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang, daß es nunmehr gelungen ist, die Zustimmung der Besatzungsmächte zu der Einrichtung von Funkverbindungen zu er- reichen. Dadurch wird nicht nur die Arbeit der Sicherheitsbehörden im Inneren, sondern vor allem auch die Zusammenarbeit mit den Polizeidienststellen der anderen Staaten er- leichtert werden.

Was die Ausrüstung der Bundespolizei betrifft, konnten sowohl auf dem Gebiete des Nachrichtenwesens als auch hinsichtlich der Motorisierung beachtliche Fortschritte erzielt werden. Vor allem war es, wie schon erwähnt, endlich möglich, die Vorbereitungen für die Einrichtung von Funkverbindungen zu treffen. Der Kraftfahrzeugpark der Bundespolizei- behörden wurde dem endgültigen Bedarfsstand nähergebracht und vor allem ein Teil der vorhandenen überalterten Fahrzeuge durch neue zweckentsprechende Kraftfahrzeuge er- setzt. Die im Budget 1954 für die Motorisierung der Bundespolizei vorgesehenen Kredite werden auch in diesem Jahr eine weitere Ver- besserung des polizeilichen Kraftfahrzeug- bestandes ermöglichen.

Da die zweckmäßige Unterbringung der Polizeibehörden von besonderer Bedeutung für das klaglose Funktionieren des Polizei- apparates ist, wurden die Bauvorhaben, soweit es die geringen finanziellen Mittel zuließen, gefördert. Vor allem wurde auch getrachtet, die Wohnungsnot der Polizeibediensteten durch entsprechende Maßnahmen zu lindern.

Das abgelaufene Jahr brachte auch weitere Fortschritte im Aufbau der österreichischen Bundesgendarmerie. Die Ausbildung der Beamten wurde durch Abhaltung verschiedener Kurse gefördert. Die zum Unterricht und zur Versehung des Exekutivdienstes notwendigen Lehrbücher und Unterrichtsbehelfe wurden jeweils auf dem neuesten Stand der Gesetz- gebung gehalten. Sämtliche Gendarmerie- dienststellen verfügen derzeit schon über eine vollständige Bundesgesetzsammlung. Die Aus- rüstung der Bundesgendarmerie wurde weiter verbessert. Als dringendes Erfordernis bleibt allerdings noch die vollständige einheitliche Neubewaffnung der österreichischen Bundes- gendarmerie bestehen, da diese gegenwärtig nur über eine geringe Anzahl geeigneter Waffen, die aus verschiedenen veralteten Typen be- stehen, verfügt.

Auch die Gendarmerieverwaltung war mit Erfolg bemüht, die katastrophale Wohnungs- not der Gendarmeriebeamten zu lindern. In Zusammenarbeit mit anderen Ministerien war es möglich, neue Gendarmeriegebäude zu er- richten und Wohnraum für die Bediensteten zu schaffen.

## 23. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 7. Dezember 1953 805

Trotz aller Schwierigkeiten war die Gendarmerie imstande, ohne Erhöhung des Personalstandes den an sie gestellten Anforderungen gerecht zu werden. So hat sie im Jahre 1952 fast 10.000 Verhaftungen wegen Verbrechens und Vergehens vorgenommen und über Aufforderung der Gerichte zirka 110.000, über Aufforderung der Verwaltungsbehörden über 1 Million Amtshandlungen durchgeführt. Der Gesamtwert der durch die Bundesgendarmerie zustandegebrachten Vermögenswerte betrug im Jahre 1952 15,5 Millionen Schilling.

Festgestellt muß vor allem werden, daß seit 1945 in Ausübung des Dienstes insgesamt 432 Gendarmeriebeamte schwer verletzt und 109 Beamte getötet wurden.

Im abgelaufenen Jahr war es dem Innenministerium auch möglich, durch intensive Bemühungen Erleichterungen im Reiseverkehr mit dem Ausland zu erreichen. Endlich wurde auch seitens der alliierten Behörden die österreichische Paßhoheit wiederhergestellt.

Die von der österreichischen Bundesregierung durchgeführten Maßnahmen zur Stabilisierung der Währung und zur Fortsetzung des Wiederaufbaues der österreichischen Volkswirtschaft sind auch auf die Entwicklung der Preise nicht ohne Einfluß geblieben. Die meisten die Lebenshaltung wesentlich beeinflussenden Preise sind — von saisonbedingten Schwankungen abgesehen — im allgemeinen unverändert geblieben. Das Preisregelungsgesetz wurde auf ein weiteres Jahr verlängert, da doch noch die Notwendigkeit besteht, die Preisentwicklung auf verschiedenen Gebieten zu überwachen. Das Innenministerium hat auch entsprechende Maßnahmen getroffen, um Wirtschaftsdelikte und Devisenvergehen entsprechend bekämpfen zu können. Als Beispiel sei angeführt, daß im Zuge von durchgeführten Devisenstrafverfahren fast 5000 DM, 7600 französische Franken, 200.000 Lire, 26.000 Gramm Feingold, 3.000 Feuerzeuge, Tausende von Zigaretten und viele andere Gegenstände beschlagnahmt werden konnten.

Das Bundesministerium für Inneres war bemüht, die Auswanderung fremdsprachiger Flüchtlinge und sogenannter Überschußarbeiter, da für Österreich von wirtschaftlichem Interesse, zu fördern. Auch der Beratungs- und Auskundtdienst für Auswanderungswillige wurde verbessert und vor allem getrachtet, die Auswanderungswilligen über die Verhältnisse in den betreffenden Ländern entsprechend zu informieren. Die hauptsächlich interessierenden Länder waren Kanada, Indonesien und die Südafrikanische Union.

Dem Bundesministerium für Inneres ist derzeit auch noch die Sektion Volksernährung angegliedert. Hier ist zu berichten, daß sich die Versorgungslage auf dem Ernährungssektor auch im Jahre 1953 günstig entwickelt hat. Vorteilhaft wirkten sich sowohl die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion im Inland als auch das Sinken der Weltmarktpreise aus. Im Laufe des Jahres konnten daher auch die letzten noch in Verwendung stehenden Lebensmittelkarten abgeschafft werden.

Die Versorgung der Bevölkerung mit den sogenannten Grundnahrungsmitteln hat sich weiter befriedigend entwickelt. Für die Fettversorgung war von Bedeutung, daß erstmalig seit dem Kriegsende inländischer Raps in bedeutendem Ausmaß an die Verarbeitungsbetriebe geliefert wurde.

Kapitel 26 Titel 2: Ausländerbetreuung. Als charakteristisches Merkmal der derzeitigen Entwicklung auf dem Gebiete des Flüchtlingswesens zeichnet sich ohne Zweifel eine gewisse Stabilisierung ab, die sich sowohl auf die Zahl der im Lande befindlichen Flüchtlinge als auch auf deren rechtliche, wirtschaftliche und soziale Stellung bezieht. Zuwanderung und Abwanderung halten sich seit einiger Zeit etwa die Waage. Die sogenannten Gleichstellungsgesetze und die mit der Bundesrepublik Deutschland geschlossenen Abkommen über die Sozialversicherung haben auf dem rechtlichen Sektor eine gewisse Festigung der Position der Volksdeutschen in Österreich gebracht. In diesem Zusammenhang sind die totale arbeitsrechtliche Gleichstellung, die gewerberechtliche Gleichstellung, die Gleichstellung volksdeutscher Frauen auf dem Gebiete des Mutterschutzes, der Volksdeutschen Ärzte, Rechtsanwälte und Notare erwähnenswert. Außerdem erhielten bis jetzt, wenn man die Familienangehörigen miteinbezieht, etwa 225.000 Volksdeutsche die österreichische Staatsbürgerschaft.

Auch die wirtschaftliche Notlage der heimatvertriebenen Pensionisten erfährt eine grundlegende Besserung. Aus Billigkeitsgründen wird der österreichische Staat den früher im öffentlichen Dienst beschäftigten Personen eine Versorgung leisten. Für jene Personen, die im deutschen öffentlichen Dienst standen, hat die Deutsche Bundesrepublik sich verpflichtet, einen Beitrag zu leisten.

In Verwaltung des Bundes stehen derzeit noch viele Flüchtlingslager mit rund 45.000 Innsassen. Das Hauptaugenmerk wurde darauf gerichtet, der bisher auf dem Gebiete der Lagerverwaltung notwendigen Improvisation ein Ende zu setzen und den Flüchtlingen, die noch immer auf diese Unterkunft angewiesen sind, eine menschenwürdige Unterbringung zu schaffen.

## 806 23. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 7. Dezember 1953

Kapitel 26 Titel 2 a: Heimkehrerfürsorge. Besonders war das Bundesministerium für Inneres bemüht, die Rückführung der restlichen Kriegsgefangenen und Internierten aus der Sowjetunion zu erreichen. Zunächst war es gelungen, das Los dieser Leute — soweit bekannt, zirka 1000 Personen — zu mildern. Es ist ihnen nunmehr gestattet, den Angehörigen ein Lebenszeichen zu geben und Briefe und Pakete zu empfangen. Auch die Überweisung von Geldbeträgen wurde erlaubt. Der größte Erfolg war aber, daß endlich wieder nach langer Unterbrechung ein Transport mit 661 Österreichern — ehemalige Kriegsgefangene und Zivilinternierte — nach Österreich gebracht wurde. Das Innenministerium ist bemüht, die Notlage dieser Heimkehrer nach ihrem Eintreffen in der Heimat zu mildern, und hat alle Maßnahmen in die Wege geleitet, um diesen Personen die Wiedereingliederung in den Arbeitsprozeß zu erleichtern.

Für die noch in Gefangenschaft verbliebenen Österreicher hat das Innenministerium entsprechende Fürsorgemaßnahmen eingeleitet. Ein namhafter Betrag wurde zur Durchführung einer Bundespaketaktion zur Verfügung gestellt, sodaß um die Weihnachtszeit alle Gefangenen, die in Postverbindung mit ihren Angehörigen stehen, ein 10 kg-Paket mit hochwertigen Nahrungsmitteln erhalten werden. Auch wurde eine Aktion eingeleitet, die es den Angehörigen der Gefangenen ermöglicht, für Paketsendungen verbilligte Lebensmittel zu erhalten.

Auch die Vermißtensuche wurde im vergangenen Jahr fortgesetzt, und es konnten weitere 15.000 Fälle geklärt werden, sodaß nur mehr 39.000 Fälle ungeklärt sind. Auf Grund der Zusammenarbeit mit dem Deutschen Roten Kreuz konnten wertvolle Ergebnisse erzielt werden.

Die Ansätze des Kapitels 9 sowie des Kapitels 26 Titel 2 und 2 a § 2 wurden bei der am 24. November 1953 vorgenommenen Abstimmung im Finanz- und Budgetausschuß angenommen. Es wurden zu diesen Kapiteln von den Abg. Czernetz und Rainer, desgleichen von den Abg. Machunze, Aigner, Rainer und Preußler Resolutionsanträge eingebracht.

Die beiden Entschließungen haben folgenden Wortlaut:

## 1.

Im Kapitel 26 Titel 2 § 1 des Bundesvoranschlages 1954 sind die Aufwandskredite für Ausländerbetreuung (Reichs- und Volksdeutsche) gegenüber 1952 um 10 Millionen Schilling erhöht.

Die Abgeordneten sind der Meinung, daß diese Erhöhung dazu benutzt werden sollte, den in Lagern lebenden Volksdeutschen, die sich eine Wohnung oder ein Siedlungshaus schaffen wollen, entsprechende Kredite zur Verfügung zu stellen.

Der Herr Bundesminister für Inneres wird daher aufgefordert, gemeinsam mit dem Flüchtlingsbeirat die notwendigen Maßnahmen zu treffen.

## 2.

Die Behinderung des internationalen Reiseverkehrs ist eine schwere Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und politischen Verständigung der europäischen Völker.

Der Visumzwang stellt eine solche Behinderung dar, ohne irgendeinen Vorteil zu bringen.

Um der friedlichen europäischen Ge- sinnung der Republik Österreich Ausdruck zu verleihen,

um die wirtschaftlichen Beziehungen zu den Mitgliedstaaten der Organisation für europäische ökonomische Zusammenarbeit (OECC) zu verstärken,

um besonders auch den Reise- und Fremdenverkehr zu erleichtern und

um schließlich einem Appell des Europarates zu entsprechen

sowie in der Erwartung, daß die österreichische Initiative alle Regierungen der Mitgliedstaaten der OECC veranlassen wird, österreichischen Staatsbürgern die gleichen Begünstigungen zu gewähren,

faßt der Nationalrat folgende Entschließung:

Das Bundesministerium für Inneres wird ersucht, im Verordnungsweg den Visumzwang für alle nach Österreich einreisenden Staatsangehörigen der Mitgliedstaaten der Organisation für europäische ökonomische Zusammenarbeit (OECC) mit Wirkung vom 1. Jänner 1954 aufzuheben.

Im Auftrag des Finanz- und Budgetausschusses stelle ich den Antrag, dem Kapitel 9: Inneres, sowie dem Titel 2: Ausländerbetreuung, und dem § 2: Heimkehrerfürsorge, des Titels 2 a des Kapitels 26 des Bundesvoranschlages 1954 in der Fassung der Regierungsvorlage (141 d. B.) die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen und die beiden vorgelesenen Entschließungen anzunehmen.

**Präsident:** Als Kontraredner ist zum Wort gemeldet der Herr Abg. Honner. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Honner:** Sehr geehrte Damen und Herren! Das Kapitel Inneres, das wir jetzt

## 23. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 7. Dezember 1953 807

beraten, ist in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. Erstens ist es das Kapitel, in dem der sonst so viel gerühmte Drang nach Sparsamkeit nicht so zum Ausdruck kommt wie in den Kapiteln, die den sozialen Aufgaben und der Kultur gewidmet sind, und zweitens wird es zum Unterschied von anderen Ressorts von beiden Regierungsparteien gemeinsam verwaltet.

Aufgabe des Innenministeriums ist es, für Ruhe und Ordnung und für die Sicherung der Demokratie zu sorgen. In seiner eigenen Amtsführung müßte daher dieses Ministerium ein Muster der Demokratie und müßten die Leiter dieses Ressorts Vorbilder einer demokratischen Haltung für ihre eigenen Beamten sein. Eine Episode, über die die Zeitungen vor einigen Monaten berichtet haben, zeigt am allerbesten, wie es im Ressort des Innenministeriums wirklich aussieht.

Der Landesgendarmeriekommmandant von Oberösterreich, Gendarmerieoberst Dr. Ernst Mayr, also einer der höchsten Beamten der Exekutive, hat einem Gendarmeriebeamten im Gebäude des Landesgendarmeriekommmandos Niederösterreich in Wien eine Ohrfeige gegeben, weil ihn dieser nicht begrüßt hat. Der handgreifliche Oberst war bei diesem Vorfall in Zivil und dem Beamten unbekannt. Der mißhandelte Beamte wurde daraufhin zum Landesgendarmeriekommmandanten für Niederösterreich zitiert und von seinem Vorgesetzten gezwungen, sich mit dem Beleidiger auszusöhnen. Der Innenminister hat damals öffentlich erklärt, daß eine Untersuchung eingeleitet werden wird. Man hat nicht erfahren, ob diese jemals stattgefunden hat. Der forschende Gendarmerieoberst Dr. Mayr, der sich einige Monate zu „Schulungszwecken“ in Amerika befand — vielleicht hat er dort auch den Umgang mit Untergebenen gelernt —, darf also ungestraft weiter Watschen austeilern.

Die Ohrfeige im Gesicht eines Beamten der Exekutive, das ist der Fingerabdruck des im Innenministerium herrschenden Systems. Zu diesem System gehört es auch, den Beamten abzugewöhnen, als Staatsbürger mit eigenem Willen und eigener Meinung zu handeln. Seit bei den Personalvertretungswahlen im Jahre 1951 ein großer Teil der Polizeibeamten, und zwar 21 Prozent der Sicherheitswache, 34 Prozent der Polizeiverwaltung und 35 Prozent der Kriminalbeamten für die Liste der Gewerkschaftlichen Einheit gestimmt haben — was nicht nur von den Amerikanern mit Mißvergnügen aufgenommen worden ist —, wird mit den verschiedensten undemokratischen Praktiken versucht, das demokratische Wahlergebnis bei den Polizeibeamten in Wien und anderswo zu verfälschen. Zu diesem Zweck werden immer

neue „Reorganisationspläne“ fabriziert, um die gewählten Vertrauensmänner der Gewerkschaftlichen Einheit ihrer Mandate zu berauben und die Beamten zu benachteiligen, die von ihren staatsbürgerlichen Rechten als gewählte Vertrauensmänner Gebrauch machen.

Es ist so weit gekommen, daß zum Beispiel in Salzburg Polizeibeamte vor die Staatspolizei zitiert wurden, um Rechenschaft über ihre Äußerungen in einer Gewerkschaftsversammlung der Gendarmeriebeamten abzulegen, in der über die Entnivellierung der Gehälter gesprochen wurde. Die Staatspolizei bespitzelt also sogar die Polizeibeamten auch dann, wenn sie über ihre wirtschaftlichen Fragen diskutieren! In Wiener Neustadt hatte der Leiter des Polizeikommissariates Dr. Gutmann die Frechheit, Beamte zu bedrohen, weil sie außerhalb ihrer Dienstzeit an politischen Schulungsabenden teilnehmen wollten.

Der Innenminister und sein Staatssekretär fördern die undemokratischen Methoden in der Exekutive, indem sie Beamte gegen Beamte hetzen und erfahrene und aufopferungsvolle Polizeibeamte nur aus dem Grund öffentlich beschimpfen und maßregeln, weil sie nicht zu ihren politischen Freunden gehören. Wehe dem fortschrittlichen Polizeibeamten, der sich auch nur das kleinste Dienstvergehen zuschulden kommen läßt. Er wird keineswegs so gut behandelt wie die politischen Freunde der maßgebenden Herren im Innenministerium, denen sehr ernste Vergehen im Dienst nachgesesehen werden. (Abg. Frühwirth: *Meinen Sie den Bezirksleiter von der Wieden?*)

Der Hauptvertreter der ÖVP in der Wiener Polizei, ein gewisser Hovanietz, war wiederholt betrunken im Dienst und hat einmal in diesem Zustand eine sozialistische Beamtin des Zentralmeldeamtes tatsächlich bedroht. Kein Haar wurde ihm gekrümmmt. Ebensowenig geschah (Abg. Krippner: *... dem Menschenräuber Winterer!*) dem Polizeibeamten Gschmeidler vom Kommissariat Hietzing, der im betrunkenen Zustand mit einem Schürhaken auf Wachebeamte losging und das Wachzimmer demolierte, und dem Kriminalbeamten Paulis von der Staatspolizei, der sich ein Wachzimmer des Kommissariats Ottakring zum Schauplatz eines Trunkenheitsexzesses aussuchte. (Abg. Frühwirth: *Erzählen Sie lieber von den Tanks, mit denen in Ostdeutschland auf die Arbeiter geschossen wurde!*)

Hingegen wurde der einer fortschrittlichen Gesinnung verdächtigte Kriminalbeamte Riediser mit zwangswiseer Pensionierung bedroht, weil ihm sein Vorgesetzter eine ungünstige Dienstbeschreibung gegeben hat. (Abg. Krippner: *Was ist mit den Menschen-*

## 808 23. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 7. Dezember 1953

*räubern?)* Dieser Vorgesetzte, ein Komplize des Verbrechers Floric, namens Edleitsch, sitzt gegenwärtig im Gefängnis. Ein anständiger Beamter soll aus der Polizei fliegen, weil ein Verbrecher ihm eine schlechte Dienstbeschreibung gegeben hat! So weit ist es also gegenwärtig im Innenministerium schon gekommen. (Abg. Frühwirth: *Meinen Sie den Innenminister Beria? — Heiterkeit.*)

Als der gegenwärtige Polizeipräsident Holaubek sein Amt antrat, konnte man hören und lesen, daß mit seiner Ernennung wesentliche Änderungen in der Exekutive beginnen werden. (Abg. Krippner: *Es wäre höchste Zeit!*) Diese wesentlichen Änderungen sind nun abgeschlossen. (Abg. Eibegger: *Ich bin neugierig, wann Sie auf das Kapitel Menschenraub zu sprechen kommen!*) Sie haben eine Ahnung, was zum Kapitel Inneres gehört, sonst würden Sie nicht so reden! (Abg. Weikhart: *Beria war auch ahnungslos! — Heiterkeit bei den Sozialisten.*) Sie bestehen darin, daß heute im Stab des Polizeipräsidiums kein einziger Beamter mehr sitzt, der der Sozialistischen Partei angehört. Der Polizeirat Hautmann, der ein verdienter Beamter ist, dem nie etwas vorgeworfen worden ist, ist ebenfalls aus leitender Stellung entfernt worden. Dafür wurde der in der Nazizeit mit der Säuberung der Wiener Polizei von österreichischen Patrioten betraute Oberkommissär Graf wieder in den Polizeidienst übernommen, und er macht heute in der Verkehrspolizei Dienst. Heute sitzen an den führenden Posten der Polizei wieder Menschen, deren Namen den sozialistischen Arbeitern in unangenehmer Erinnerung sind, wie zum Beispiel der Polizeivizepräsident Hüttl, der im Februar 1934 die Einsatzabteilungen der Wache, die „Marokkaner“, gegen die kämpfenden Arbeiter Wiens führte und es heute wieder tun würde, wenn er es könnte, weil er leider aus der Vergangenheit nicht das geringste gelernt hat. (Abg. Frühwirth: *Genau so wie in Ostdeutschland!*) Die Staatspolizei ist dem besonderen Vertrauten der Volkspartei, dem geschworenen Feind der Arbeiter, Dr. Peterlunger, ausgeliefert. (Ironische Heiterkeit.)

In der Exekutive herrscht heute für die Beamten zweierlei Recht. Die Fortdauer der Besetzung Österreichs — an der auch die Politik der österreichischen Regierung schuldtragend ist — bringt es mit sich, daß österreichische Beamte Aufträge der Besatzungsmächte durchführen müssen. (Abg. Machunze: *Winterer!*) Wie das geschieht, dafür möchte ich eine unvoreingenommene Stimme, das Organ der Sozialistischen Partei Salzburgs, das „Demokratische Volksblatt“,

anführen. Dort konnte man am 18. Juni lesen, daß das Verhältnis zwischen der staatspolizeilichen Abteilung der Salzburger Polizeidirektion und dem CIC, der amerikanischen Geheimpolizei, sehr vertraulich geworden ist und daß gewisse Beamte der Staatspolizei einen besonderen Eifer im Dienste der amerikanischen Besatzungsmacht an den Tag legen. Das SP-Blatt stellt mit Entrüstung fest, daß der amerikanische Geheimdienst zum Beispiel den Maiaufmarsch der SPÖ photographiert hat und die Teilnehmer zählen ließ, daß Telephonesprache abgehört und auf Tonband aufgenommen werden. (Abg. Horr: *Sie haben es gerade notwendig, von diesen Dingen zu reden!*)

Es ist bekannt, daß zu den Hilfeleistungen der Polizeidienststellen in allen Zonen auch das Anhalten und Vorführen von österreichischen Staatsbürgern im Auftrage der Besatzungsmächte gehört. Wenn das in Salzburg, Linz oder Graz geschieht, dann kräht kein Hahn danach, wenn das aber irgendwo in der Sowjetzone geschieht (Abg. Polcar: *Aha!*), dann werden die Beamten, die solche Aufträge ebenso wie ihre Kollegen in den westlichen Besatzungszonen durchführen, des Verbrechens des Menschenraubes beschuldigt, verleumdet und beschimpft, wie vor kurzem erst der Polizeibeamte Winterer, der auch nichts anderes tat, als Hunderte seiner Kollegen in anderen Besatzungszonen immer wieder zu tun gezwungen sind. Über die Vorfälle in den westlichen Besatzungszonen aber schweigt sich die Regierungspresse beharrlich aus.

Von den einzelnen Abschnitten des Kapitels Inneres ist das Kapitel Gendarmerie von besonderem Interesse. Während sich nämlich das Budget im allgemeinen im Rahmen des Jahres 1952 bewegt — wenn man von den zusätzlichen Ausgaben für die Gehälter absieht —, weist das Kapitel Gendarmerie bedeutende Steigerungen auf. Wir haben vollkommen Verständnis dafür, daß jeder Beamte, selbstverständlich auch der Gendarm, anständig bezahlt wird. Wir verstehen auch die Notwendigkeit, für die Sicherheit draußen auf dem Lande zu sorgen, was ja vor allem die Aufgabe der Gendarmerie ist. Aber wenn man sich die gewaltigen Ausgaben für die Zwecke der Gendarmerie anschaut, könnte man den Eindruck gewinnen, daß wir in einem Lande der Gangster und Verbrecher leben, zu deren Bekämpfung eben so hohe Ausgaben notwendig sind.

Aber das ist doch gar nicht der Fall. Die Österreicher sind sehr friedliche Menschen, und mit gelegentlichen Wirtshausraufereien oder sogar einzelnen Verbrechen sind die Gendarmen bisher noch immer recht gut

## 23. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 7. Dezember 1953 809

fertig geworden. Die Bevölkerung kann es daher auch nicht verstehen, daß es zur Bekämpfung des Verbrechertums notwendig sein soll, daß die Gendarmerie mit Panzerwagen, Maschinengewehren, Infanteriegeschützen, Minenwerfern, Handgranaten usw. ausgerüstet werden muß. (Abg. Frühwirth: *Wie ist denn die Polizei in den Volksdemokratien ausgerüstet? Sagen Sie nur auch das!*) Sie fragt sich auch, warum man die von den Besatzungsmächten geräumten Kasernen und sonstigen Objekte nicht lieber in Wohnungen umwandelt, warum statt Wohnungen auch heute noch und immer wieder Kasernen gebaut werden. (Abg. Frühwirth: *Sie sollten lieber von den Staaten reden, wo Ihre Leute regieren, da hätten Sie ein dankbareres Thema!*)

Mein Fraktionskollege Koplenig hat in der Generaldebatte zu diesem Budget darauf hingewiesen, daß die Bevölkerung jener Städte, wo die Besatzungsmächte in der letzten Zeit Kasernen und andere Gebäude geräumt haben, gehofft hat, daß diese Objekte zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse und zur Beseitigung der Schulmisere verwendet werden.

In Wetzelsdorf bei Graz wurden am 1. Dezember drei große Häuserblocks von den Engländern freigegeben. In ihnen werden jedoch nicht, wie erwartet, Wohnungen für die Zivilbevölkerung eingerichtet, sondern diese Komplexe wurden vom Landesgendarmeriekommando Steiermark in Besitz genommen. Ebenso wurden in Spittal an der Drau Kasernen und Objekte, die von den Engländern vor kurzem geräumt worden sind, gleich darauf von der Gendarmerie mit Beschlag belegt. Darunter befinden sich Schulen, vor allem das einzige Gymnasium von Spittal an der Drau, das derzeit in einer Baracke untergebracht ist. Die freigegebenen Objekte werden zur Errichtung von zwei neuen Gendarmerieschulen benutzt. In dem kleinen Bundesland Kärnten gibt es derzeit bereits acht große Gendarmerieschulen, die in Wirklichkeit Kasernen sind.

In Bregenz sind vor kurzem die französischen Besatzungstruppen abgezogen. Aber gleich darauf rückten Gendarmerietruppen, blutjunge Burschen, in feldmäßiger Ausrüstung in die freigemachten Kasernen ein. Die französische Kaserne in Lochau und die Bregenzer Seekaserne wurden von hunderten Gendarmeriesoldaten in Besitz genommen. Dabei ging es zu, als ob feindliche Truppen ihren Einzug halten würden. (Ironische Heiterkeit. — Abg. Weikhart: *Mit Atombomben waren sie bewaffnet!* — Heiterkeit. — Abg. Machunze: *Der Krampus ist ja schon vorbei, Honner!*) Fragen Sie die Bregenzer! (Weitere anhaltende Zwischenrufe.)

Bei der Betrachtung des Aufwandes für die Gendarmerie ergibt sich ein recht eigenständliches Bild. Seit 1952 ist der Stand der gesamten Exekutive um sage und schreibe 53 Mann gestiegen und beträgt laut Dienstpostenplan derzeit rund 22.000. Es ist bekannt, daß jeder Gendarmerieposten unverändert besetzt ist und daß noch zusätzliche Grenzgendarmerieposten geschaffen wurden.

Ich frage nun den Herrn Innenminister: Was sind das also für Gendarmen, die im westlichen Österreich die zahlreichen Kasernen bevölkern, und wo zu werden noch immer neue Kasernen eingerichtet? Auf diese Fragen gibt nämlich das Budget des Innenministeriums keine Antwort. Dafür gab sie allerdings Staatssekretär Graf kürzlich auf dem Wiener Parteitag der ÖVP, auf dem unter Beifall gesagt wurde, daß nunmehr unverzüglich mit der Aufstellung des österreichischen Bundesheeres begonnen wird. (Abg. Machunze: *Der war ja gar nicht dabei!* — Zwischenrufe.) Ich sage ja nicht, daß er es gesagt hat, sondern daß es auf dem Parteitag der ÖVP war. (Abg. Frühwirth: *Wir fragen Sie: Wer hat die 150 Arbeiter in Ost-Berlin erschossen?*)

Endlich wird zugegeben, was wir seit Jahren immer wieder gesagt haben und was von den beiden Regierungsparteien immer wieder bestritten worden ist, daß nämlich in den sogenannten Gendarmerieschulen nicht Gendarmen, sondern die Kader für das Bundesheer herangebildet werden. (Lebhafte Zwischenrufe.) Es wäre wünschenswert, daß uns der Herr Innenminister mitteilt, aus welchen schwarzen Fonds die großen Auslagen für die schwere Bewaffnung, für die schweren Waffen der Gendarmerie und die vielen Kasernen und Kaserneneinrichtungen (Zwischenrufe), für die Adjustierung und Versorgung der sogenannten Gendarmerieschüler gedeckt werden. (Abg. Weikhart: *Ein Revolver mit fünf Schuß pro Mann!*) Ich frage also: ... (Andauernde Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen. — Abg. E. Fischer: *Das geht euch auf die Nerven!* — Abg. Dr. Hofeneder: *Ihr geht ganz Österreich auf die Nerven!* — Weitere Zwischenrufe.) Das geht euch auf die Nerven! (Abg. Dr. Hofeneder: *Ihr geht uns allen auf die Nerven!*) Das geht euch auf die Nerven! (Abg. Weikhart: *Der Honner glaubt es selber nicht! Aber er muß es hier lesen!* — Abg. E. Fischer: *Er hat euch gut getroffen!*)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Meine Herren Abgeordneten! Ich habe schon wiederholt den Standpunkt vertreten, daß ich Verständnis für Zwischenrufe habe, aber nicht für Zwischenreden. Wer Reden halten will,

## 810 23. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 7. Dezember 1953

der muß sich vormerken lassen und hier vom Podium aus sprechen.

Abg. Honner (*fortsetzend*): Die Frage, die ich also stellen möchte, lautet: Wer bezahlt all das, und woher werden die Mittel für diesen außerordentlich großen Aufwand genommen? (*Zwischenrufe*.)

Staatssekretär Graf hat vor einiger Zeit in einer Rede auch angekündigt, daß die ausländischen Uniformen der Gendarmerieschüler in nächster Zeit durch österreichische Uniformen ersetzt werden. Die Erhöhung der sogenannten „Sonstigen Aufwandschädigungen“ bei der Gendarmerie auf über 31 Millionen Schilling dient offenbar der Vorbereitung dieses Uniformwechsels. Die neue Uniform soll natürlich amerikanischen Schnitt haben (*schallende Heiterkeit*), weil es offenbar auch für die Europa-Armee so vorgesehen ist. (*Erneute lebhafte Heiterkeit*.) Hoffentlich wird nun das bei diversen Gendarmerieparaden gebotene entwürdigende Schauspiel, daß die Beamten vorne das österreichische Hoheitsabzeichen, auf dem Kopf den Stahlhelm, links das Eichenlaub und hinten, auf dem Rücken, auf dem Tornister die schwarzen Buchstaben USA tragen, bald aufhören. (*Zwischenrufe*.)

Auch sonst ist bei diesen Truppenparaden der Gendarmerie mancherlei auszusetzen, und zwar an den mitunter recht kriegerischen Ansprachen, die bei diesen Anlässen gehalten werden. Wir sind weit davon entfernt, jedes Wort auf die Waagschale zu legen, das der Herr Innenminister und sein Staatssekretär im Laufe eines Jahres sprechen, denn sie reden viel zuviel, aber eine Ansprache des verantwortlichen Ministers an die ihm unterstellten bewaffneten Beamten ist mehr als eine Sonntagsrede in einem Wirtshaus.

In Klagenfurt zum Beispiel hat der Herr Minister Helmer die ausgerückten Gendarmeriebeamten aufgerufen, in Treue zusammenzustehen und bereit zu sein, den großen Einsatz fürs Vaterland zu wagen, wobei unmißverständlich ein Einsatz gegen die Volksdemokratien oder gegen Träger volksdemokratischer Ideologien gemeint war. (*Lebhafte Heiterkeit*.) Sie lachen anscheinend über die Äußerungen Ihres eigenen Ministers. (*Abg. Weikhart: Da muß der Honner selber lachen!*) An solchen abenteuerlichen Äußerungen kann man nicht achtlos vorbeigehen. Es ist unbestreitbar, daß keines der uns benachbarten volksdemokratischen Länder auch nur im entferntesten Österreich bedroht. Wozu dann also diese ständige Hetze, die bei jeder Gelegenheit betrieben wird? (*Abg. Dr. Hofeneder: Von der KP betrieben wird!*)

Anderseits ist bekannt, daß in der Sprache der amerikanischen McCarthys und ihrer Gesinnungsverwandten in den kapitalistischen Ländern alles kommunistisch und volksdemokratisch ist, was nicht McCarthy-demokratisch ist. In diesem Sinne kann der Appell des Innenministers an die Gendarmerie sehr wohl als auch ein Appell zu ihrer Einsatzbereitschaft in innerpolitischen Auseinandersetzungen, in Auseinandersetzungen zwischen der Arbeiterklasse und dem Kapital angesehen werden. Wir haben es ja in der Geschichte der Ersten Republik mehrmals erlebt, wie mit dem Schlagwort des Kampfes gegen die bolschewistische Gefahr die Exekutive zum Kampf gegen die Arbeiter mobilisiert und aufgeboten wurde. Nur geschah es damals nicht unter der Ägide und auf Anordnung eines sozialistischen Ministers. (*Abg. Pölzer: So ein Clown! Das muß man sich anhören!* — *Abg. Frühwirth: Sprechen Sie vom 17. Juni in Ostdeutschland!*)

Eine weitere bedenkliche Erscheinung auf dem Gebiet der Innenpolitik sind die sogenannten Soldatentreffen, Kameradschaftsfeiern, Schützentreffen, Vorgänge bei Kriegerdenkmalenthüllungen und dergleichen. Diese Veranstaltungen werden von dem sogenannten Österreichischen Kameradschaftsbund und seinen Zweigstellen organisiert. Der Österreichische Kameradschaftsbund wurde vor ungefähr einem Jahr in einer Geheimbesprechung in Linz im Beisein des ehemaligen Hitler-Generals Rendulic und eines Vertreters des amerikanischen Hochkommissariats aus der Taufe gehoben. Bei dieser Besprechung wurde auch die Aufgliederung nach Waffengattungen, Divisionen und Regimentern beschlossen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß all dies mit Wissen und auch mit Zustimmung des Innenministeriums und der ganzen Regierung geschehen ist.

Der Österreichische Kameradschaftsbund, eine, wie man sieht, durchwegs militaristische Organisation, steht unter der Führung faschistischer Generäle, Ritterkreuzträger und ehemaliger Würdenträger des Hitler-Regimes. In der Führung des Steirischen Kameradschaftsbundes befindet sich zum Beispiel das ÖVP-Mitglied und Ritterkreuzträger Sepp Teuschler als geschäftsführender Präsident, der sozialistische Landtagsabgeordnete Edlinger als Vizepräsident, ferner der Obmann einer VdU-Organisation und Ritterkreuzträger Generalmajor Rhode und der VdU-Landesrat Elsnitz.

Die verschiedenen Unterorganisationen des Kameradschaftsbundes führen Sonntag für Sonntag Aufmärsche durch — man wird unwillkürlich an die sonntäglichen Aufmärsche der Heimwehr, Sturmscharen und anderer Organisationen in der Ersten Republik er-

## 23. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 7. Dezember 1953 811

innert — und werben in ganz Österreich Mitglieder unter den ehemaligen Soldaten. Nicht selten fragen sich ehemalige Soldaten, woher denn die Organisatoren dieser Verbände und Veranstaltungen ihre Adresse bekommen haben. (Abg. Dengler: *Aus dem Adreßbuch!*) Man geht in der Annahme sicher nicht fehl, daß die Hauptlieferanten dieser Adressen (Abg. Dengler: *Im „Lehmann“ stehen sie ja!*) offensichtlich die Heimkehrerfürsorgestellen sind, die dem Innenministerium und den ihm nachgeordneten Landesbehörden unterstehen. Unter den Geldgebern und Protektoren sind auch Leute, die seinerzeit die Heimwehr und ähnliche Organisationen unterstützten. (Abg. Dengler: *Was kriegst du heute für die Rede, die du jetzt hältst?*) Zu den „Ehrengästen“ bei den Soldatentreffen gehören auch die Großgrundbesitzer Schwarzenberg und Stürgkh, Großindustrielle wie Mayr-Melnhof und Reininghaus. Die Teilnahme eines amerikanischen Vertreters bei der Gründungskonferenz des Kameradschaftsbundes ist ein Beweis dafür, daß die amerikanischen Stellen an dieser Organisation nicht nur politisch, sondern auch finanziell interessiert sind. (Abg. Dengler: *Es gibt keinen österreichischen Beamten, der sich zu so etwas hergibt!*)

Ja, es möchte euch passen, wenn man über diese Dinge schweigen würde. (Heiterkeit bei den Regierungsparteien.) Gehen Sie gegen die Organisatoren, gegen die Urheber dieses Zustandes los! (Abg. Dengler: *Nein, gegen den Denunzianten gehen wir vor!*)

In der sozialistischen Betriebszeitung „Freie Arbeiterstimme“ vom September 1953 nimmt der Sozialist Josef Hindels sehr scharf gegen die Soldatenbünde, die er — wie Sie hier lesen können — „des Teufels Veteranen“ nennt, Stellung. Er beschuldigt sie, daß sie den ehemaligen Soldaten daran hindern wollen, wieder Zivilist, wieder Arbeiter, Angestellter, Bauer oder Gewerbetreibender zu werden. Die Organisatoren der Soldatentreffen tun so, als ob es eine Ehre gewesen wäre, für den Mörder Hitler, für das Völkergefängnis Großdeutschland sterben zu dürfen. In Wirklichkeit war die Zahl der Soldaten, die sterbend noch den „Führer“ verfluchten, die in dem Bewußtsein zugrunde gingen, für eine schlechte Sache gekämpft zu haben, keineswegs gering. Josef Hindels meint abschließend in seinen Betrachtungen, daß es dringend notwenig ist, in Wahrung des Andenkens von Hunderttausenden, die gegen ihren Willen in die verhaftete Uniform der deutschen Wehrmacht gepreßt wurden, und zwecks Beseitigung latenter Gefahren dem beleidigenden und herausfordernden Treiben der Soldatenbünde ein Ende zu machen. Man kann Josef Hindels

nur beipflichten, aber man müßte dabei gleichzeitig die Frage stellen, warum er dies denn nicht seinem eigenen Parteigenossen, dem Innenminister Helmer, sagt und von ihm fordert, daß er dagegen einschreite.

In ähnlicher Weise nimmt der „Junge Angestellte“ vom Oktober dieses Jahres, ein Mitteilungsblatt der Gewerkschaftsjugend der Privatangestellten, zu diesen Fragen Stellung. Es schreibt: „Diese Soldatentreffen sind eine Gefahr für die Demokratie. Schon einmal in der Geschichte sind aus solchen Soldatenverbänden jene Soldatenbanden entstanden, die dann Demokratie und Arbeiterbewegung vernichtet haben. Wir wissen: Diese Bünde und Treffen dienen nicht dem echten Kameradschaftsbedürfnis der ehemaligen Soldaten, sie sind Tummelplätze militaristischer Gschaftlhuber. Darüber hinaus erkennen wir die Bestrebungen, diese Kundgebungen in großdeutsche und nationalistische Bahnen zu lenken.“ Die Zeitung der Gewerkschaftsjugend fordert schließlich die Jugend auf, dem kriegerischen Treiben der Soldatenbünde entgegenzutreten.

Wir sind fest davon überzeugt, daß einem großen Teil der Mitglieder der Kameradschaftsverbände und sehr vielen Teilnehmern an den sonntäglichen Soldatentreffen und an sonstigen Aufmärschen gar nicht bewußt ist, daß sie damit die militaristische Tätigkeit kriegslüsterner Hitler-Generäle unterstützen. (Abg. Paula Wallisch: *Was macht Generalfeldmarschall Paulus?*) Vor allem wissen viele der ehemaligen österreichischen Soldaten in der Hitler-Armee nicht, daß diese Soldatentreffen und Kameradschaftsorganisationen von Westdeutschland aus dirigiert und zum Teil auch finanziert werden.

Die ehemaligen hitlerischen Soldatenschinder und Massenmörder mißbrauchen den Begriff von Treue, Frontkameradschaft und soldatischer Pflichterfüllung für ihre reaktionären Zukunftsziele. Sie, die Hitler-Generäle und sonstigen Organisatoren der Soldatenbünde, erfinden nachträglich eine Frontgemeinschaft, die es an der wirklichen Front, im wirklichen Krieg nie gegeben hat. Zwischen dem Fallschirmgeneral Ramcke — sagt Josef Hindels — und dem Schützen Müller hat es nie eine Spur von Gemeinschaft oder Kameradschaft gegeben. (Abg. Kandutsch: *Sie waren ja nicht dabei! Sie sind ja bei Tito gewesen! Woher wissen Sie das?*) Diese Kameradschaft wird nachträglich erfunden, auf Soldatentreffen und bei Heldengedenkfeiern konstruiert.

Es gab wohl auch in der Hitler-Armee Kameradschaften, Gemeinschaften: Gemeinschaften von Widerstandskämpfern, besonders unter den österreichischen Soldaten. Von diesen Kameradschaften, von diesen Gemein-

## 812 23. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 7. Dezember 1953

schaften, die gegen den räuberischen Hitler-Krieg ankämpften und Widerstand leisteten, ist bei den Soldatentreffen nicht die Rede. Soldaten, die unter Einsatz ihres eigenen Lebens in der Hitler-Ära für Österreich eingetreten und gegen die Führung des Hitler-Krieges aufgetreten sind, gelten bei den Veranstaltern der heutigen Soldatentreffen nicht als Helden, sie sind Verräter gewesen. Das Innenministerium duldet nicht nur diese Exzesse ehemaliger Hitler-Generäle und Würdenträger, Exzesse, die nicht nur eine Schändung des patriotischen Gefühls der Österreicher, sondern auch eine Gefahr für die Unabhängigkeit unseres Landes sind, es fördert sogar diese Tendenz.

Welcher Geist in den Soldatenbünden herrscht und gezüchtet wird, zeigt ein Rundschreiben der Kameradschaft der Fallschirmjäger in Graz, in dem es unter anderem heißt: „Jeder ehemalige Fallschirmjäger kennt das Signal: Fertigmachen! Und heute gilt dies wieder für uns. Es war nie unsere Art, ein Ziel aufzugeben, und wir werden auch diesem Ziel zustreben und dafür arbeiten.“

• In St. Anna am Aigen hat anlässlich eines Treffens des Kameradschaftsbundes der Sprecher dieses Treffens wortwörtlich erklärt: „Wir werden mit den Brudermörtern und Verrätern, mit den sogenannten KZlern und dem anderen Gesindel dieser Art noch abrechnen.“ — Eine solche Sprache also wagt man heute schon wieder auf österreichischem Boden! Die Lumpen, die das zu sagen wagen, haben offenbar recht hohe Gönner, denn sonst würden sie sich's wohl überlegen, eine solche herausfordernde Sprache zu führen. Bei den Soldatentreffen und bei den Zusammenkünften von Angehörigen der Kameradschaftsverbände werden wieder die berüchtigten Hitler-Lieder gesungen, in denen es heißt: Es wird weiter marschiert, und wenn dabei auch alles in Trümmer geht.

Die Soldatenaufmärsche, die im Zusammenhang mit den Treffen durchgeführt werden, haben durchwegs militärisches Gepräge. Die Teilnehmer stecken nicht selten in den Uniformen der Hitler-Armee und sind geschmückt mit den Orden des Dritten Reiches und dem allen ehrlichen Österreichern verhafteten Hakenkreuzsymbol. Die führenden Männer der Kameradschaftsverbände erklären entgegen dem österreichischen Gesetz, daß die ehemaligen Kriegsteilnehmer das Recht darauf hätten, diese Auszeichnungen zu tragen, weil sie ehrlich verdient wurden. In Grazer Geschäften werden ganz offen sogenannte Miniaturorden, das heißt Hitler-Orden im Kleinformat, verkauft, ohne daß die zuständigen Behörden dagegen einschritten.

Ich stelle an den Herrn Innenminister die Frage: Was hat er veranlaßt oder was gedenkt er zu tun, dem hochverräterischen und staatsfeindlichen Treiben der Organisatoren der Soldatenverbände einen Riegel vorzuschieben und sie zu unterbinden? Ist der Herr Innenminister bereit, die bestehenden Gesetze anzuwenden und die polizeiliche Verfolgung der Organisatoren dieser militaristischen und neonazistischen Umtriebe einzuleiten?

Es ist eine sehr bedenkliche Sache, wenn die geschilderten Frontkämpfertreffen zum Beispiel unter dem Ehrenschutz von Landeshauptleuten und auch von Bürgermeistern gewisser Landeshauptstädte stattfinden. Da bekanntlich die Landeshauptleute direkt dem Innenministerium unterstehen, muß man natürlich annehmen, daß die verantwortlichen Männer dieses Ministeriums die Tätigkeit der Kameradschaftsbünde und die Vorgänge rund um die Soldatentreffen nicht nur kennen, sondern auch decken. Die Herren des Innenministeriums und der Regierung müßten aber doch wissen, daß sie durch die Duldung dieser kriegerischen und neonazistischen Exzesse nicht nur den inneren Frieden in Gefahr bringen, sondern auch die außenpolitische Position Österreichs einer starken Belastung aussetzen. Die Arbeiterschaft und mit ihr alle demokratischen und fortschrittlichen Kräfte unseres Landes werden es auf die Dauer nicht dulden, daß, wie schon einmal, unter dem Schutz und gedeckt durch die Demokratie die Grundlagen der Demokratie unterwühlt und das Gebäude der demokratischen Republik zum Einsturz gebracht wird.

In der letzten Zeit werden in verstärktem Umfang bei den Zeitungskiosken und in Buchhandlungen Zeitschriften, Zeitungen und Bücher vertrieben, die das hitlerische Soldatentum verherrlichen und eine offene Haß- und Kriegspropaganda betreiben. Sie werden anstandslos aus Westdeutschland eingeführt und ebenso anstandslos vertrieben, obwohl es ein Gesetz gibt, das dies verbietet.

Ich habe hier ein Exemplar einer solchen Zeitschrift, die den Titel trägt „Der Frontsoldat erzählt“. Auf dem Titelblatt sehen wir einen Soldaten im Waffenrock und mit dem Stahlhelm, geschmückt mit den Hitler-Orden und dem Hakenkreuz auf der Brust. Im Innenteil werden in überschwenglichster Weise die Heldenataten der Hitler-Generäle und Hitler-Offiziere, die grausamen Operationen der Flammenwerferabteilungen und der Flakabteilungen beschrieben.

Die Völker der Länder Mittel-, West- und Osteuropas, die während des zweiten Weltkrieges von Hitler-Truppen besetzt waren, könnten vieles erzählen, wie die sogenannten

## 23. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 7. Dezember 1953 813

und so gerühmten „Heldentaten“, besonders der SS-Verbände, ausgesehen haben. Durch die vom Innenministerium nicht beeinträchtigte Einfuhr und den Vertrieb dieser Zeitungen will man offenbar die österreichische Jugend wieder für den Krieg begeistern, ihr zeigen, wie herrlich der Hitler-Krieg war und daß es eine Heldentat war, im hitlerischen Raubkrieg für „Führer und Großdeutschland“ zu sterben.

Die österreichische Regierung sagt zwar, sie sei für den Frieden, aber sie läßt seelenruhig Zeitungen, Zeitschriften und Bücher verbreiten, die den Krieg und den Völkermord verherrlichen.

Ich habe hier ein Buch: „Waffen-SS im Einsatz“, das Werk des ehemaligen Oberstgruppenführers Paul Haußer, das in österreichischen Buchhandlungen verkauft wird und das von der ersten bis zur letzten Seite eine der unerhörtesten Verherrlichungen des Hitler-Krieges darstellt und eine unverhüllte großdeutsche Propaganda macht.

Nach dem Literaturreinigungsgesetz mußte solcher Unrat aus allen öffentlichen und privaten Bibliotheken bei sonstiger schwerer Strafe entfernt werden. Jetzt darf dieser neonazistische und faschistische Unrat wieder öffentlich in Zeitungskiosken und in Buchhandlungen vertrieben werden, ohne daß die österreichischen Behörden, die durch Gesetze dazu verpflichtet wären, dagegen einschreiten.

Die Regierung Österreichs und vor allem das dazu berufene Innenministerium dulden also, daß in unserem Lande die Verbreitung von Zeitungen und Büchern mit unverhüllter kriegerischer und großdeutscher Tendenz gestattet wird, Zeitungen, die ein Regime verherrlichen, das Österreich versklavte, unsere Heimat, unser Land von der Landkarte auslöscht und die junge Generation unseres Volkes in die Massengräber des zweiten Weltkrieges gejagt hat.

Vor kurzem sind endlich die neonazistischen Organisationen „Freikorps Alpenland“ und „Bund heimattreuer Jugend“ aufgeflogen. Einige ihrer Organisatoren und Führer wurden hinter Schloß und Riegel gesetzt — aber auch erst dann, nachdem es von der Bevölkerung kategorisch verlangt worden ist. Damit wurde neuerlich die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die mit Duldung des Innenministeriums betriebene neonazistische Tätigkeit in Österreich gelenkt. Unter den Verhafteten befinden sich mehrere Vorstandsmitglieder des „Bundes heimattreuer Jugend“, welche vereinsmäßig als Jugendgruppe des VdU bei der Polizei gemeldet ist. (Abg. Kan-dutsch: Falsch! Das ist unrichtig!) Diese Organisation besteht bereits seit zwei Jahren.

Sie wurde vom Innenministerium anerkannt und als Verein zugelassen. Ihre Zeitschriften „Der Junge Bund“ und „Der Adler“ erscheinen seit einem Jahr völlig legal. Sie verherrlichen das Hitler-System und betreiben großdeutsche und offene Anschlußpropaganda. Ihre Leitungen bestehen durchwegs aus ehemaligen Nazifunktionären. Das Programm gleicht fast wörtlich dem Programm der ehemaligen NSDAP. Dem Innenministerium war das alles gut bekannt. Trotzdem wurde erst eingeschritten, als Angehörige dieser Organisation am 1. November auf dem Grazer Zentralfriedhof vor dem Denkmal des unbekannten Soldaten auf unerhörteste Weise provozierten und daraufhin die Grazer Bevölkerung empört und energisch das polizeiliche Einschreiten forderte.

Mit Zustimmung der steirischen Vereinsbehörde wurde die Zusammenfassung der Mitglieder der ehemaligen Waffen-SS in einen Kameradschaftsbund vorgenommen, und nun sollen auch die Kameradschaften der Österreicher aus der „Leibstandarte Adolf Hitler“ und der Panzerdivision „Das Reich“ organisiert werden. Das alles geschieht offensichtlich auf Wunsch und in Zusammenarbeit auch mit gewissen amerikanischen Dienststellen. (Abg. Mayrhofer: Jetzt hat er es entdeckt! — Abg. Dengler: Nach der Parole: Der Jud ist schuld!) Darauf weist ja schon die Anwesenheit eines Vertreters des amerikanischen Hochkommissariats bei der Gründung dieses Kameradschaftsbundes hin.

Es ist verschiedentlich der Versuch unternommen worden, die Wiederbelebung des Soldatengeistes als harmloses Spiel von Veteranenvereinen und die Wiederaufrichtung der HJ als dumme Lausbubenstreiche hinzustellen. Aber so einfach sind die Dinge nicht, wenn man sie nicht als Einzelerscheinung, sondern in ihrem Zusammenhang betrachtet. Es ist bekannt, daß die Wiederbelebung des Soldatengeistes von Angehörigen der ehemaligen Hitler-Armee, die organisatorische Erfassung ehemaliger Wehrmachtsangehöriger und die militaristische Propaganda zu den Vorbereitungen zur Wiederaufrüstung Westdeutschlands gehören.

Es ist bekannt, daß hinter den verschiedenen Kameradschaftsbünden westdeutsche Kräfte stehen, was auch dadurch manifestiert wird, daß zu allen Soldatentreffen in unserem Lande massive Delegationen aus Westdeutschland angerückt kommen. Die Zusammenhänge, die über unsere Landesgrenzen hinausreichen, sind also klar. Es ist bekannt, daß amerikanischerseits die Absicht besteht, im kommenden Jahr eine westdeutsche Armee aufzustellen, ob mit oder ohne Europa-Vertrag.

## 814 23. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 7. Dezember 1953

Offenbar gibt es von dieser Seite aus Weisungen an Österreich, ebenfalls ehestens mit den Vorbereitungen für die Aufstellung eines österreichischen Bundesheeres zu beginnen, beziehungsweise die bisher schon laufenden Arbeiten zu beschleunigen. (Abg. Dengler: *Mit General Honner! — Heiterkeit.*) Sehr geistreich war dieser Zwischenruf nicht! (Abg. Dengler: *Einmal warst du General, und jetzt kannst du es nicht mehr werden!*)

Offenbar gehört zu den Vorbereitungen dieser Maßnahmen neben der Bereitstellung von Ubikationen und Kadern die Verherrlichung der Soldatentugend, die militaristische Propaganda, die Zusammenfassung ehemaliger Soldaten vorläufig in sogenannten Kameradschaftsverbänden, dazu gehören auch die Hetzreden gegen unsere volksdemokratischen Nachbarn und schließlich auch die Versuche, einen Teil der eigenen Bevölkerung gegen den anderen auszuspielen (Abg. Haun-schmidt: *Das macht ja ihr!*), gegenseitig zu verhetzen und bei der Ausübung der Regierungsgewalt die demokratische Methode langsam Schritt für Schritt durch autoritäre und reaktionäre Methoden zu ersetzen. (Zwischenrufe.) Es ist ein sehr gefährliches Spiel, das da gespielt wird, und wir wollen nur hoffen, daß sich auch die Herren von der Regierung darüber im klaren sind. (An-haltende Zwischenrufe.)

Der Herr Innenminister und sein Staatssekretär setzen ihren ganzen Stolz darein, Herolde des Kalten Krieges in Österreich zu sein. Sie schulen die Angehörigen der Exekutive nicht als pflichtbewußte und verlässliche Staatsbürger, sondern zu willenlosen Befehlsempfängern, zu einer Einsatzbereitschaft für die Ausführung amerikanischer Zielsetzungen und wenn nötig auch zu einer Einsatzbereitschaft gegen das eigene Volk (Abg. Dr. Hofeneder: *Das ist eine Frechheit!*), gegen die Arbeiterklasse unseres eigenen Landes. Diese Innenpolitik, für die die Herren Helmer und Graf verantwortlich zeichnen, wird damit auch zu einer sehr ernsten außenpolitischen Frage. (Abg. Dengler: *Das glaubst ja selber nicht!*) Was nützen alle Regierungserklärungen und alle Erklärungen des Herrn Bundeskanzlers über die friedlichen Absichten unseres Landes, wenn die von mir geschilderten Dinge geduldet werden und wenn die Politik eines so wichtigen Ressorts, wie es das Innenministerium darstellt, in ganz entgegengesetztem Geist geleitet und geführt wird? (Abg. Dr. Witz-halm: *Warum duldet das Innenministerium den Werkschutz?*)

Zum Abschluß noch einige Bemerkungen zur Frage des Asylrechtes in Österreich. (Zwischenrufe. — Abg. Dr. Hofeneder: *Da sind wir aber neugierig!*) Die Regierungs-

parteien rühmen sich, daß bei uns ein sehr fortschrittliches Asylrecht besteht und in diesem Geist gehandhabt wird. Ich habe nun, meine Herren und Damen, erfahren, daß sich vor einigen Monaten die griechische Gesandtschaft in Wien über das österreichische Auswärtige Amt an die zuständige österreichische Behörde, das ist das Innenministerium, mit dem Er-suchen gewandt hat, ihr ein Personenverzeichnis der in Österreich lebenden Griechen auszu-folgen. (Bundesminister Helmer: *Das ist unwahr!*) Die griechische Regierung beab-sichtigt nämlich, zu einem gegebenen Zeitpunkt von den österreichischen Behörden die Ab-schiebung der ihr nicht genehmen Griechen aus Österreich zu beantragen. Es ist bekannt, daß das Regime in Griechenland ein faschistisches ist, daß dieses faschistische Regime seine politischen Gegner massenweise hinrichten ließ und noch hinrichten läßt (Abg. Stendebach: *Nach Ihren Vorbildern!*) und ferner zu Tausenden in den Internierungs-lagern auf den verschiedenen griechischen Inseln langsam verhungern läßt. (Abg. Kripp-ner: *Meinen Sie den Beria!* — Abg. Horr: *Ihr seid um gar nichts besser! Arbeiterfaschisten!*) Das ist sehr, sehr interessant, Herr Abg. Horr! Wir werden dafür sorgen, daß diese Ihre Auf-fassung bekannt wird. (Zwischenruf des Abg. Pölzer.) Wir werden dafür sorgen, daß Ihre Auffassung bekannt wird. Die Erfüllung des Ansuchens der faschistischen griechischen Behörden würde sich also zweifelsohne auf solche Griechen erstrecken, die der griechischen faschistischen Diktatur als politische Gegner bekannt sind oder als solche in Frage kommen. Nach mir zugekommenen Mitteilungen sind einzelne österreichische Behörden bereits da-mit beschäftigt, solche Listen von Griechen zusammenzustellen. Aus dieser Tatsache geht hervor, daß die österreichischen Behörden bereit sind, dem Ansuchen der griechischen faschistischen Behörden zu gegebener Zeit zu entsprechen. (Abg. Frühwirth: *Sie sind ein alter Flunkerer!*)

Im Westen Österreichs gibt es massenhaft zweifelhafte und faschistische Elemente aus den verschiedensten europäischen Ländern, die eine Tätigkeit entfalten, die unserem Lande nicht nur aus innerpolitischen Gründen, son-dern auch aus außenpolitischen Erwägungen höchst unerwünscht sein müßte (Abg. Dr. Hofeneder: *Die KP zum Beispiel!*), und die schon längst hätten aus Österreich ab-geschafft werden müssen. (Abg. Dr. Hofeneder: *Da gehört ihr auch dazu!*) Aber diese Elemente können ungeschoren ihre ver-brecherische Tätigkeit fortsetzen, und die österreichische Regierung muß noch dafür sorgen, daß sie finanziell und materiell unter-stützt werden.

## 23. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 7. Dezember 1953 815

Wie man sieht, wird also auch auf dem Gebiet des Asylrechtes von den österreichischen Behörden nach zweierlei Maß gemessen. (Abg. Weikhart: *Was ist mit den tschechischen Flüchtlingen?*) Faschisten aus allen Ländern dürfen sich ungehindert in unserem Lande bewegen und gegen die Gesetze des Asyllandes verstößen. Es geschieht ihnen nichts. (Abg. Krippner: *Und der Weltgewerkschaftsbund?*) Antifaschisten jedoch sollen ausgewiesen und den faschistischen Henkern womöglich in die Hände gespielt werden. (Abg. Prinke: *Was ist mit den Menschenräubern?*) So schaut es mit dem Asylrecht in Österreich aus.

Nach all dem, was ich über das Kapitel Inneres heute hier gesagt habe (Abg. Krippner: *Der redet von Asylrecht!*), werden Sie verstehen, daß wir dem Kapitel Inneres unsere Zustimmung nicht geben werden. (Zwischenrufe.)

**Präsident:** Als Proredner ist zum Worte gemeldet der Herr Abg. Machunze. Ich erteile ihm das Wort. (Anhaltende Zwischenrufe. — Abg. Honner: *Ihr Hochverräter!* — Abg. Dr. Withalm: *Noch sind wir österreichischer Staat! Da sind nicht wir die Hochverräter!* — Abg. E. Fischer: „*L'état c'est moi*“, ihr seid der Staat, ihr bestimmt es! Das war der Grundsatz des Absolutismus!)

Abg. Machunze: Hohes Haus! Der Herr Abg. Honner hat in seiner Rede bittere Klage über die Zustände in Österreich geführt. Wir haben nichts anderes erwartet als das übliche Gefasel von der Remilitarisierung, von der Unterjochung der demokratischen Elemente durch das amerikanische Kapital. Wir wären überrascht gewesen, wenn uns der Herr Abg. Honner etwas anderes erzählt hätte. Er und seine Freunde sprechen nicht von den Zuständen, die in den Ländern jenseits des Eisernen Vorhangs herrschen. (Abg. Honner: *Wir reden jetzt über die österreichische Innenpolitik! Dazu nehmen Sie Stellung!* — Abg. Dr. Withalm: *Sie haben sich gerade verbreitet über Griechenland, Herr Honner, seien Sie nur ruhig!*) Darüber sprechen Sie nicht, was dort jenseits des Eisernen Vorhangs vorgeht. Sie sprechen auch nicht davon, daß man dort Milliarden, nicht Millionen wie etwa in Österreich für Polizei und Gendarmerie, sondern daß man dort Milliarden für die echte Aufrüstung ausgibt, während Österreich ein sehr bescheidenes Polizei- und Gendarmeriekorps unterhält.

Der Herr Abg. Honner hat nicht davon gesprochen, daß man zum Beispiel in Aussig an der Elbe heute atombombensichere Luftschutzbunker baut und monatlich zweimal

Luftschutzübungen abhält. (Abg. Koplenig: *Das hat mit der österreichischen Innenpolitik gar nichts zu tun!*) Nur in Österreich, wo der Herr Honner und seine Freunde dank der Demokratie überhaupt noch frei reden können, hier in Österreich mißfällt ihnen alles. (Abg. Honner: *Nach der altbekannten Phrase: Reden wir lieber von etwas anderem!*) Nein, Herr Honner, ich möchte Ihnen eine konkrete Frage stellen. (Abg. Honner: *Dem, was euch unangenehm ist, wollt ihr ausweichen!*) Darf ich Ihnen eine Frage stellen? Wenn in Österreich die „demokratischen Elemente“ so gefährdet sind — und Sie gehören doch zweifellos zu diesen „demokratischen Elementen“ (Heiterkeit) —, dann frage ich: Warum gehen denn diese „demokratischen Elemente“ nicht in das „Paradies“, wo sie nicht gefährdet sind? (Lebhafter Beifall bei der ÖVP. — Abg. Honner: *Meine Ansprüche auf das österreichische Heimatrecht sind älteren Datums als Ihre! Nehmen Sie das zur Kenntnis!*)

95 Prozent der Österreicher, Herr Abg. Honner, würden es begrüßen, wenn die Honners, die Fischer und die Koplenigs gingen. Herr Fischer könnte vielleicht in sein Vaterhaus nach Komotau gehen, vorausgesetzt, daß es seine Gesinnungsfreunde nicht längst dem Erdboden gleichgemacht haben; und wie wäre es, Herr Honner, wenn Sie in Ihre Heimat, in den Böhmerwald zurückgingen, von wo Ihre Gesinnungsfreunde die anständigen und wirklich demokratischen Böhmerwälder vertrieben haben? (Abg. Honner: *Es wäre besser, Sie gingen aus Österreich fort! Sie haben uns nämlich noch gefehlt!*) Ja, Herr Honner, kann man nicht einmal die Gegenfrage stellen (Abg. Koplenig: *Es wäre für Österreich besser, wenn wir solche Leute nicht bekommen hätten!*): Haben wir denn überhaupt schon einmal gehört, daß seit 1945 ein Kommunist aus Österreich flüchten mußte? Aus dem „Paradies“ aber flüchten die Menschen auf die abenteuerlichste Art — natürlich sind das nur „Faschisten“ und „Verbrecher“ —, und es möchten noch Millionen flüchten, würde sie nicht der Eiserne Vorhang an der Grenze und die Ungewißheit vor dem letzten Schritt zurückhalten. (Abg. Honner: *Sie sind einer der Urheber!*)

Die österreichischen Kommunisten hatten einmal einen kühnen Traum. Sie glaubten auf unabsehbare Zeit fünfte Besatzungsmacht spielen zu können. (Abg. Honner: *Und was haben Sie in den Jahren 1937 und 1938 gemacht, in der Zeit der Henlein-Partei?*) Darüber könnte ich reden mit Ihnen, Herr Honner, da habe ich gar nichts zu fürchten. (Abg. Honner: *Sie haben viel mehr auf dem Kerbholz! Sie tragen die Schuld!*)

## 816 23. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 7. Dezember 1953

Die österreichischen Kommunisten hatten einmal einen großen Traum. Sie träumten davon, daß sie auf unabsehbare Zeit hinaus fünfte Besatzungsmacht in diesem Lande spielen können. Inzwischen aber haben vermutlich auch die sowjetischen Besatzungsbehörden zur Kenntnis genommen, daß in Österreich kein Boden für die Kommunisten ist. Man kann die Österreicher einschüchtern, man kann ihnen drohen und sie terrorisieren, aber man macht deswegen aus ihnen keine Kommunisten. (Lebhafter Beifall bei der ÖVP. — Abg. E. Fischer: Das ist schwach!)

Daß das keine leere Behauptung ist, haben unsere braven Bürgermeister, unsere Gemeinderäte und politischen Funktionäre hundertfach bewiesen. Immer wieder holte man sie zur Kommandatura, verhörte sie nach Gestapoart und ließ sie dann heimgehen. Das wiederholte sich oft drei- bis viermal hintereinander. Man wollte diese Männer mürbe machen und sie zur Niederlegung ihrer Ämter zwingen; aber nicht einer von ihnen ist schwach geworden. Die Arbeiter und Angestellten in den USIA-Betrieben und im Erdölgebiet sind einem schweren wirtschaftlichen und seelischen Druck ausgesetzt. Ich möchte hier offen sagen: Hut ab vor jedem Gemeindefunktionär, vor jedem politischen Funktionär, vor jedem Arbeiter und Angestellten, der sich seine Überzeugung und seine Treue zu Österreich durch keine kommunistische Drohung rauben läßt!

Wenn man in gewissen Kreisen des Westens glaubt, an der antikommunistischen Haltung der Österreicher zweifeln zu müssen, möchte ich jenen Journalisten und Radiosprechern, die uns so gerne Belehrungen über Demokratie erteilen wollen, einmal empfehlen, die Dinge nicht aus weiter Ferne zu betrachten, sondern sie so zu sehen, wie sie wirklich sind. Vielleicht ist es aber gut, wenn man immer wieder daran erinnert, daß man Antikommunisten nicht durch Verhöre, Zeitungsartikel oder Reden schaffen kann, sondern die beste Waffe gegen den Kommunismus ist eine gerechte Wirtschafts- und Sozialordnung. Diese gerechte Sozial- und Wirtschaftsordnung zu schaffen bemüht sich die Regierung, bemühen sich alle verantwortungsbewußten Kräfte in diesem Lande, wo immer sie politisch stehen.

Die Kommunisten erzählen — und Herr Honner hat es heute wieder getan — das Märchen von der Remilitarisierung. Ja, wenn man dem glauben wollte, was hier erzählt wird, müßte es in Österreich Hunderte, ja vielleicht Tausende von Kasernen geben, dann müßte die Gendarmerie, die dort untergebracht ist, von der Bevölkerung gefürchtet, ja geradezu gehaßt sein. Die Kommunisten klagen darüber,

daß Österreich einen zu hohen Stand an Polizei und Gendarmerie hat. (Abg. E. Fischer: Nur an Gendarmerie!) Nun, Herr Abg. Fischer, kein anständiger Österreicher und kein anständiger Staatsbürger hat die Exekutive zu fürchten, denn ob Gendarm oder Sicherheitswachmann — und Ausnahmen bestätigen hier nur die Regel —, beide wollen doch Helfer der Bevölkerung sein! (Abg. Honner: Soweit sie auf Posten sind, aber nicht in den Kasernen!) Und daß wir heute wieder ruhig schlafen können, das danken wir nicht zuletzt unserer braven Exekutive.

Wir alle — mit Ausnahme der 5 Prozent natürlich — bedauern aufrichtig, daß wir unsere Grenzen nicht selbst in jenem Maße schützen können, wie es das Recht eines souveränen Staates wäre, sondern daß wir machtlos zusehen müssen, wie berittene und mit Maschinenpistolen ausgerüstete tschechische Sicherheitsorgane auf österreichisches Gebiet vordringen und hier die Bevölkerung einzuschüchtern versuchen. Wir zweifeln nicht daran, daß einmal der Tag kommt, an dem man sich auch in den Nachbarländern wieder anständiger Methoden bedienen wird, und daß wir eines Tages auch wieder in der Lage sein werden, volksdemokratische Gespenster dortain zu verweisen, wo sie sich nach ihrem Ermessen betätigen können, nämlich in ihre eigenen Länder. (Beifall bei der ÖVP.)

Hohes Haus! Man hat die gegenwärtige Regierung oft mit einer Ehegemeinschaft verglichen, und man spricht nicht selten von der Koalitionsehe. Der Vergleich mag bis zu einem gewissen Grad stimmen. Daher sind auch die natürlichen Gegensätze vorhanden. Es kann nicht immer nur Sonnenschein geben, sondern es kommen natürlich auch ab und zu trübe Tage, an denen Mann und Frau aufeinander nicht gerade gut zu sprechen sind. Auch in der Politik kann man verschiedene Auffassungen über die richtige Wirtschaftspolitik, über die richtige Finanzpolitik und über die rechte Sozialpolitik haben. Das ist natürlich, denn hier gibt es Meinungsverschiedenheiten zwischen Sozialisten und Nichtsozialisten. Keine Meinungsverschiedenheiten aber gibt es in der Außenpolitik, denn hier sind beide Regierungsparteien davon überzeugt, daß es nur einen Willen und nur ein Ziel geben kann: Freiheit für Österreich! (Beifall bei der ÖVP.)

Auch in jenen Fragen, die verfassungsmäßig dem Innenministerium zufallen, gibt es nur selten Meinungsverschiedenheiten. In der Forderung nach innerer Sicherheit, Ruhe und Ordnung, nach Aufrechterhaltung der demokratischen Freiheit sind die beiden Regierungs-

## 23. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 7. Dezember 1953 817

parteien absolut einig. Bei allen Erwägungen müssen wir jedoch von der bedauerlichen Tatsache ausgehen, daß in Österreich noch immer zweierlei Recht gilt: jenes, das von der Volksvertretung gesetzt und von den österreichischen Behörden wahrgenommen wird, und jenes, das die Alliierten anwenden, das nur selten irgendwo niedergelegt ist und sich vielfach auch von einem Tag auf den andern ändert. Wo auf der ganzen Welt, Hohes Haus, gibt es ein Volk, das unter gleich erschwerten Umständen leben und arbeiten muß? Daher sagen wir bei jeder Gelegenheit immer wieder: Schluß mit der Willkür, Schluß mit der Besetzung, laßt die Österreicher endlich allein in ihrem Haus!

Dem Innenministerium untersteht die gesamte Exekutive, und jeder Staatsbürger kommt daher in irgendeiner Form mit dem Innenministerium direkt oder indirekt in Berührung. Jedes Jahr — und der Herr Berichterstatter hat uns vorhin die Zahlen genannt — hat unsere Exekutive bedauerliche Verluste zu beklagen. Männer, denen die verantwortungsvolle Aufgabe übertragen ist, Leben und Eigentum der Staatsbürger zu schützen, fallen ruchlosen Mörderhänden zum Opfer. Wir neigen uns vor diesen tapferen Österreichern, die im Dienste der Heimat ihr Leben lassen mußten. Es sollte aber nicht nur bei leeren Worten bleiben, sondern wir haben die Verpflichtung, für die Hinterbliebenen in ausreichendem Maße zu sorgen. Wir bedauern daher, daß die Witwe nach einem gefallenen Exekutivorgan die volle Pension nur auf dem Gnadenweg erhalten kann. Hier richten wir an den Herrn Innenminister und an den Herrn Finanzminister die Bitte, möglichst bald für eine Reform überholter Bestimmungen zu sorgen.

Unsere Sicherheitsorgane haben einen schweren und verantwortungsvollen Dienst, mögen sie nun in Städten, auf dem Lande oder an den Grenzen stationiert sein; viele Stunden, oft Tage und Wochen sind sie von ihren Familien getrennt, und für manchen von ihnen ist es bitter, daß er nach Dienstschluß nicht in sein Heim gehen kann, weil er noch immer keine Wohnung hat. Besonders groß ist die Wohnungsnot in Wien. Ich glaube, wir sollten uns doch bewußt werden, daß wir hier auch eine Verpflichtung haben. Wir dürfen nicht zusehen, daß junge Eheleute dauernd getrennt leben müssen, weil der Mann einfach keine Wohnung finden kann. Herr Minister, suchen Sie doch gemeinsam mit dem Herrn Bürgermeister dieser Stadt nach einem Weg, damit die wohnungssuchenden Wache- und Polizeibeamten zu einer Wohnung kommen!

Vieles ist durch Selbsthilfe geschehen. In Zusammenarbeit mit dem Verein der Freunde des Wohnungseigentums hat zum Beispiel die Kameradschaft der Exekutive in Wien über 100 Sicherheitswachebeamten und ihre Familien in verschiedenen Häusern untergebracht. Zwei Häuser mit 46 Wohnungen werden in den nächsten Wochen eröffnet, und noch vor Weihnachten werden 46 Familien von Exekutivbeamten das schönste Weihnachtsgeschenk erhalten, das man sich vielleicht vorstellen kann: eine eigene Wohnung. Ein Haus mit 37 Eigentumswohnungen wird im Februar bezugsfertig. Drei Häuser mit 52 weiteren Eigentumswohnungen sind in Vorbereitung. Vor wenigen Tagen hat in Eisenstadt die Schlüsselübergabe von Wohnungen für Gendarmeriebeamte stattgefunden. Das alles ist außerordentlich erfreulich, und wir wünschen nur, daß dieser Weg der Selbsthilfe fortgesetzt wird.

Ein schmerzliches Kapitel ist die Trennung vieler Exekutivorgane von ihren Familien. Es ist beschämend, daß eine Besatzungsmacht in ihrer Zone keine Gendarmeriebeamten duldet, die einmal politisch geirrt haben. Wenn man in Ostdeutschland die ehemaligen Nationalsozialisten und selbst Generalfeldmarschälle pardoniert, dann verlangen wir mit Recht, daß man auch in der sowjetischen Besatzungszone in Österreich endlich einen Strich unter die Vergangenheit macht und die Gendarmeriebeamten dort wieder Dienst tun läßt, wo ihre Familien leben und wo sie ihre Wohnungen haben.

Es gibt allerdings auch Erscheinungen, die hier einmal offen ausgesprochen werden müssen, für die allerdings weder der Herr Innenminister noch der Herr Staatssekretär verantwortlich gemacht werden können. Es gibt in Österreich leider noch immer Polizeiorgane, die sich als Statthalter oder Beauftragte der Besatzungsmacht oder als Fronvögte der Kommunistischen Partei betrachten. Dafür ein besonderes Musterexemplar:

Ein Polizeioberkommissär, der in einer Wiener Randgemeinde Dienst macht, hat am 3. November 1953 anlässlich der Abhaltung einer Abteilungsschule folgendes verlautbart:

„Inspektionsdienste bei Magazinen, die der sowjetischen Besatzungsmacht beziehungsweise der USIA gehören, dürfen nur mehr von eingeschriebenen kommunistischen Mitgliedern, die der Sicherheitswache angehören, versehen werden.“ (Abg. E. Fischer: Wer war das? Name!)

Der gleiche Herr Polizeioberkommissär hat .... (Abg. E. Fischer: Wer war das? Namen nennen!) Kennen Sie vielleicht einen Herrn Polizeioberkommissär Gruber? (Abg.

## 818 23. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 7. Dezember 1953

*E. Fischer: Nein, ich kenne ihn nicht, aber ich danke für den Namen!)* Der gleiche Herr Polizeioberkommissär hat jedem Sicherheitswachebeamten angedroht (*Abg. Dr. Pittermann: Es gibt ein ganzes Dutzend solcher Leute!*), daß er wegen mangelnder Dienstversehung in Disziplinaruntersuchung gezogen wird, wenn in seinem Rayon ein Schaukasten der Kommunistischen Partei beschädigt wird. Also anscheinend soll zu jedem Schaukasten der KP ein Sicherheitswachebeamter hingestellt werden! Ich könnte Ihnen auch noch einige Flugblätter verlesen, die dort verteilt wurden. Als Herausgeber dieser Flugblätter scheint die Fraktion der Gewerkschaftlichen Einheit auf. (*Abg. Dr. Hofendorf: Hört! Hört!*)

Soll ich Ihnen noch mehr über gewisse andere Fronvögte der Kommunistischen Partei mitteilen? Wir könnten sehr viel über die Kriminalbeamten sagen, die sich als Menschenräuber mißbrauchen lassen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Im Namen aller anständigen Exekutivorgane verwahren wir uns gegen den Mißbrauch, der hier getrieben wird. Wer gegen einen Österreicher oder gegen einen Staatenlosen etwas vorzubringen hat, der wende sich an die österreichischen Behörden; durch bezahlte Trabanten — wer immer sie anwirbt — wird das Ansehen jeder Besatzungsmacht, aber auch das Ansehen der gesamten Exekutive geschädigt.

Gott sei Dank, möchte ich sagen, sind diese Einzelerscheinungen. Und ich möchte doch hier den Dank aller Österreicher an den Herrn Minister, den Herrn Staatssekretär und alle Organe der Exekutive, wo immer sie stehen, für ihre treue Pflichterfüllung zum Ausdruck bringen.

Das Innenministerium ist für die Staats sicherheit und damit für die Sicherheit des einzelnen Staatsbürgers verantwortlich. Und wie sieht es damit in dem seit acht Jahren angeblich befreiten Österreich aus? Der Herr Innenminister hat im Finanz- und Budgetausschuß sehr interessante Zahlen genannt. In den ersten zehn Monaten dieses Jahres wurden 48 Österreicher von den Besatzungsmächten verhaftet. 64 von britischen, amerikanischen und französischen Militärgerichten verurteilte Österreicher verbrüßen in österreichischen Gefängnissen ihre Haft. Man begründete diese Maßnahme in der Regel damit, daß sich die Festgenommenen gegen die Sicherheit der Besatzungsmächte vergangen hätten. In diesem Land weiß fast jedes Kind, daß alle Besatzungsmächte — ich möchte hier keine ausnehmen — ein ausgedehntes Spionagenetz unterhalten und sich gegenseitig bespitzeln. So ändern sich die Zeiten. Aus

den Verbündeten von gestern wurden Mißtrauische von heute. Dieser Streit der Alliierten von gestern geht uns nichts an, so lange sie ihn untereinander austragen. In dem Augenblick aber, wo man Österreicher für Spionagezwecke mißbraucht, wird das schon etwas anders.

Wir sind der Meinung, daß sich die Alliierten von gestern und die Mißtrauischen von heute ihre Angelegenheiten selber austragen und dazu nicht unsere Staatsbürger oder die in unserem Staate lebenden Flüchtlinge mißbrauchen sollen. Den Österreichern aber, die sich für solche dunkle Geschäfte anfällig zeigen, möchte ich sagen: Laßt euch nicht zu Spionagediensten verleiten, denn man kann damit vielleicht mühelos Geld verdienen, riskiert aber letzten Endes seine Freiheit und sein Leben!

Ein besonderes Kapitel sind die noch immer andauernden Anwerbungen zur Fremdenlegion. Junge Menschen, die über kein eigenes Urteil verfügen, werden angeworben und in vielen Fällen ohne Zustimmung der Eltern über die Grenze gebracht. Das sind sonderbare Methoden im 20. Jahrhundert. Die Grande nation würde das höchste Weltforum alarmieren, wenn man etwa in Frankreich Jugendliche zum Eintritt in fremde Armeen anlocken wollte. Und in Österreich, da soll das erlaubt sein, und die Österreicher sollen das stillschweigend zur Kenntnis nehmen? Wir protestieren dagegen, daß man heute noch immer junge Österreicher gegen den Willen ihrer Eltern für fremde Armeen anwirbt!

Ein trauriges Kapitel ist ferner die Frage der Gefangenen und Internierten. Der Herr Innenminister nannte im Budgetausschuß folgende Zahlen: In der Sowjetunion leben noch 754 gefangene oder internierte Österreicher, in den übrigen Volksdemokratien 81. Dem Innenministerium sind außerdem die Namen von 360 Österreichern und 250 Volksdeutschen bekannt, die in der Sowjetunion als Kriegsgefangene leben. Man hat vor einigen Wochen über 600 Gefangene heimgeschickt. Das war eine Geste, aber unser Ruf: „Schickt sie endlich heim!“, wird so lange nicht verstummen, bis der letzte Kriegsgefangene, bis der letzte Internierte österreichischen Boden betreten hat. (*Beifall bei der ÖVP.*) Neun Jahre und mehr Kriegsgefangenschaft sind genug. Wir haben aber fast den Eindruck, daß es weniger um die Kriegsgefangenen, sondern in erster Linie um die billigen Arbeitssklaven geht. Das Festhalten von Gefangenen neun Jahre nach Kriegsende, das ist die Sklaverei des 20. Jahrhunderts! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Vom 1. Jänner 1952 bis zum 30. Juni 1953 sind aus Österreich 13.248 Personen aus

## 23. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 7. Dezember 1953 819

gewandert. Wir haben kein Gesetz, das die Auswanderung verbietet, was uns aber erforderlich erscheint, ist eine breite und umfassende Aufklärung jener, die sich mit Auswanderungsgedanken tragen. Es ist nämlich keineswegs so, daß etwa nur Stellenlose auswandern wollen, oft sind es auch junge Leute, die einer gewissen Romantik erliegen und den sicheren Arbeitsplatz mit einer ungewissen Zukunft vertauschen. Es wäre doch zu überlegen, ob man nicht die Auswanderung in irgendeiner Form gesetzlich regeln müßte. Vor allem aber wünschen wir, daß man schärfste Maßnahmen gegen gewissenlose Auswanderungsagenten trifft, die oft hohe Geldbeträge fordern und sich dann nicht mehr um die von ihnen angeworbenen Opfer kümmern.

Ich möchte dem Herrn Innenminister auch noch einen anderen Wunsch unterbreiten. Mein Freund Dr. Oberhammer hat im Finanz- und Budgetausschuß kurz davon gesprochen. Uns erscheint es notwendig, daß wir an die Schaffung eines Stiftungs- und Fondsreorganisationsgesetzes schreiten, um den weiteren Verfall bedeutender Werte zu verhindern. Es ist hier in vielen Fällen ein Tauziehen zwischen Verwaltern und rechtmäßigen Eigentümern. Der eine, der heute dieses Fondsvermögen verwaltet, sagt: Ich kann Investitionen nicht durchführen, denn ich weiß nicht, ob ich sie behalte. Der andere, der frühere und rechtmäßige Eigentümer, sagt: Ich kann auch keine Investitionen durchführen, denn ich weiß nicht, ob mir mein rechtmäßiges Eigentum letzten Endes doch zurückgegeben wird. Ich glaube, hier wäre es endlich an der Zeit, um weitere Verluste zu verhindern, diese Materie gesetzlich zu regeln.

Und nun komme ich zu einer anderen Frage, die uns wohl alle irgendwie berührt. Innerhalb der Grenzen Österreichs leben rund 250.000 Menschen, die während des Krieges oder nach Abschluß der Kampfhandlungen von Haus und Hof vertrieben wurden. Es gibt keinen Gutgesinnten unter uns, der für das harte Schicksal dieser Kriegsopfer kein Verständnis hätte. Demgegenüber gibt es aber auch einige zehntausend unter uns, die als Österreicher im Osten und Südosten lebten und die man nach Kriegsende nicht um ein Haar besser behandelte als die Heimatvertriebenen; ich meine die repatriierten Altoberreicher. Und wenn mir Herr Honner entgegengehalten hat, daß auch ich dafür mit verantwortlich sei, daß es Austreibungen gegeben hat, so frage ich: Wer ist dafür verantwortlich, daß man den Österreichern, die alt und in Ehren grau geworden sind, in den Volksdemokratien genau so ihr rechtmäßiges Eigentum geraubt und sie auf brutale Weise

bestohlen hat wie alle anderen? Dafür kann man keinen Henlein und keinen Hitler verantwortlich machen, meine Herren von der Kommunistischen Partei, sondern dafür sind die modernen Räuber des 20. Jahrhunderts allein verantwortlich! (Beifall bei der ÖVP.)

Die Vertriebenen, die Flüchtlinge und die Auslandsösterreicher gehören mit zu den Sorgenkindern der Verwaltung und Gesetzgebung. Von den Vertriebenen wird oft gesagt, es geschehe nichts oder es geschehe zuwenig. Ich weiß, daß es noch ungelöste Fragen gibt. Wer sich aber ein gesundes Urteilsvermögen bewahrt hat, der wird zugeben müssen, daß gerade in den letzten Jahren sehr viel geschehen ist. Ein paar Zahlen sollen dies beweisen.

Rund 250.000 Vertriebene leben in Österreich, davon noch rund 40.000 in Baracken. Ich möchte hier kein Wort für die Lager und für die Baracken sagen, denn das Lagerleben zermürbt, und unter anderen Umständen — und das sei den westlichen Alliierten gesagt — wären diese Lager längst die Bruttäten des Kommunismus. Weil aber diese 40.000 Menschen von den Kommunisten in die Lager getrieben wurden, darum sind sie bis heute immun geblieben. Das muß aber nicht immer so bleiben, und darum unsere große Sorge: Wie bringen wir die Menschen aus diesen Baracken heraus? Ich habe daher zusammen mit einigen anderen Abgeordneten einen Antrag im Finanz- und Budgetausschuß gestellt, und ich freue mich, daß ihm der Herr Berichterstatter beigetreten ist. Ich weiß, daß es nicht leicht sein wird, diese 10 Millionen abzuzweigen, weil gerade in den Lagern sehr viel zu tun ist, aber wir müssen doch einen Weg finden und vor allem müssen wir alles mobilisieren, um jene Mittel zu bekommen, die für den Wohnungsbau für die Vertriebenen notwendig sind. Stellt man aber, Hohes Haus, die 250.000 Vertriebenen den 40.000 Lagerbewohnern gegenüber, dann wird jeder gerecht Denkende und gerecht Urteilende doch zugeben müssen, daß es eine beachtenswerte Leistung ist, wenn trotz der Wohnungsnot, trotz der Zerstörungen und Beschlagnahmen von Wohnungen mehr als 200.000 Vertriebene außerhalb der Lager ein Obdach finden konnten. Dieses Obdach mag nicht immer ideal sein, aber das schlechteste Privatquartier ist zweifellos noch immer besser als die schönste Barackenstube.

Wir wissen, daß es in der Politik keine Dankbarkeit gibt, wir wissen auch, daß es niemals gelingen wird, alle menschlichen Wünsche und Forderungen zu erfüllen. Was wir aber auch in der Vertriebenenfrage verlangen — ich darf dies mit einer besonderen

## 820 23. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 7. Dezember 1953

Berechtigung sagen —, ist Sachlichkeit und Objektivität. Wenn zum Beispiel eine sogenannte Flüchtlingszeitung erst in der vergangenen Woche schrieb, in Österreich sei bisher so gut wie gar nichts für die Vertriebenen geschehen, so ist das doch eine Überreibung. Hier sprechen allein die Ansätze des Budgets 1954 eine deutliche Sprache. Wir finden darin 32 Millionen Schilling für die Betreuung der Reichs- und Volksdeutschen, 38 Millionen für die Durchführung des Zweiten Sozialversicherungsabkommens, 70 Millionen für die Durchführung des Pensionsabkommens, wovon Westdeutschland allerdings 34 Millionen Schilling vergütet. Dazu kommen noch Leistungen nach dem Kriegsopfersversorgungsgesetz, der öffentlichen Fürsorge und anderer Institutionen, die budgetmäßig nicht gesondert ausgewiesen sind. Im vergangenen Jahr wurden 10 Millionen für die landwirtschaftliche Eingliederung ausgegeben. Das ist nur ein Anfang, und ich weiß, daß über die Flüssigmachung weiterer Mittel verhandelt wird. Gewiß ist noch vieles zu tun, der Wohnungsbau, die Sorge um die alten Bauern und die alten Gewerbetreibenden, das alles ist mir bekannt. Man darf doch auch die positiven Werte nicht übersehen. Neue Wirtschaftszweige sind entstanden; ich erinnere an den Hanfbau in der Landwirtschaft und an die Gablonzer Industrie in Österreich.

Ein schmerzliches Kapitel ist für uns die Frage der Familienzusammenführung. Am vergangenen Freitag war eine Frau aus Rumänien bei mir. Sie war nach der Sowjetunion verschleppt worden und wurde dann nach Österreich entlassen. Ihr Mann und ihre Kinder leben heute in Rumänien irgendwo in der Baragansteppe. Sie bekommt nur dann eine Antwort von ihrem Mann, wenn sie aus Österreich ein Telegramm nach Rumänien schickt. Sie war schon ungezählte Male beim rumänischen Konsulat und hat gebeten, man möge sie doch zu ihrer Familie lassen. Herr Honner, hier will eine Frau heimkehren, eine Mutter zu ihren Kindern, und Rumänien sagt: Nein, diese Mutter darf nicht heimkehren! Wo bleibt denn hier Ihr Gefühl für die Menschlichkeit? Wo bleibt denn in diesem Fall das Asylrecht? Hier will eine Frau heimkehren, und Ihre Gesinnungsfreunde hindern sie daran, daß sie heimkehren kann!

Heute habe ich einen Brief bekommen: Der Vater ist 65 Jahre alt und die Mutter 63; der Vater schreibt, daß das Innenministerium die Einreisegenehmigung für die Tochter ausgestellt hat. Seit 1945 wird diese Tochter, die damals minderjährig war, in der Tschechoslowakei zurückgehalten. Man läßt sie nicht zu ihren Eltern.

Wir möchten, daß die Familien zusammengeführt werden, aber andere Leute hindern uns daran, daß wir dem Rechnung tragen, was auch heute noch gilt: Was Gott verbunden hat, das darf der Mensch nicht trennen.

Wenn der Herr Abg. Honner hier von den Flüchtlingen als „faschistischem Gesindel“ und „Verbrechern“ gesprochen hat, so möchte ich ihm doch sagen: Man soll nicht eine ganze Gruppe von unglücklichen Menschen diskriminieren. (Abg. Honner: Sie haben nicht zugehört! Ich habe nicht von der Mehrzahl gesprochen, sondern nur von einem Teil!) Es gibt in jedem Volk welche, die straucheln. Ich möchte aber mit Nachdruck im Namen aller anständigen Flüchtlinge und Vertriebenen sagen: Wer das Asylrecht mißbraucht, wer sich gegen die Gesetze des Landes, in dem er sich befindet, vergeht, ist ein Missetäter!

Es ist sehr bedauerlich, daß sich in Österreich manche Verbrecher der strafenden Gerechtigkeit dadurch entziehen können, daß sie sich in alliierten Schutz begeben. Wir fordern daher mit aller Entschiedenheit, daß die Alliierten ihre schützenden Hände von jenen abziehen, die einwandfrei vor ein Gericht gehören. Und hier sei wiederholt, was ich bei der Behandlung der Flüchtlingskonvention gesagt habe: Wenn die Alliierten einen Spionagedienst unterhalten, dann sollen sie dazu nicht die in Österreich lebenden Flüchtlinge mißbrauchen, sondern diese Dinge durch ihre eigenen Leute austragen lassen.

Das Innenministerium ist auch in der Frage der Kriegsgräber verantwortlich. In dieser Sache müßte noch manches getan werden, damit die gefallenen Soldaten im In- und Ausland eine würdige Ruhestätte finden. Das ist die Heimat ihren toten Söhnen schuldig.

Das Innenministerium ist auch Preisbehörde. Auf diesem Gebiet gibt es, so wurde mir berichtet, noch immer Vorschriften und Bestimmungen, die durch die Entwicklung der letzten Jahre überholt sind. Man möge sich daher entschließen, diese Bestimmungen darauf hin zu überprüfen, ob sie noch nötig sind.

Eines sei hier gesagt: Die Bevölkerung und die anständigen Geschäftsleute erwarten vom Innenministerium, daß es energischer gegen jene vorgeht, die ausgesprochene Wirtschaftsschädlinge sind. Der größte Wirtschaftsschädling in Österreich ist allerdings exterritorial, die USIA. Dort, wo wir aber Herren sind, vor allem in den westlichen Bundesländern, dort müssen wir erwarten, daß den Helfershelfern der USIA energisch das Handwerk gelegt wird. Wer diese fremden Greißlereien in irgendeiner Form unterstützt, begeht an seinem Vaterland Hochverrat!

## 23. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 7. Dezember 1953 821

In der Debatte im Ausschuß nannte ich das Innenministerium ein „Nervenzentrum der Demokratie“. Wir dürfen wohl sagen, daß dieses Nervenzentrum in Ordnung ist und funktioniert. Dafür sei allen der Dank ausgesprochen: dem Herrn Minister, dem Herrn Staatssekretär, den Beamten und ihren Mitarbeitern, auf welchem Platz der einzelne auch immer stehen mag. Wir wissen, daß sie alle ihre Pflicht erfüllt haben.

Mag auch heute noch mancher Wunsch unerfüllt sein, so liegt das in der Regel nicht an den Beamten, sondern daran, daß wir, wie es ein großer Österreicher einmal gesagt hat, noch immer vier unerwünschte Fahrgäste in dem kleinen Boot haben. Wir haben bewiesen, daß die Ordnung in unserem Haus auch ohne fremde Bevormundung gesichert werden kann, und daher muß bei jeder Gelegenheit allen vier Besatzungsmächten gesagt werden: Geht endlich heim und läßt die Österreicher in diesem Lande in Frieden leben und in Frieden arbeiten! (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Böhm (*der inzwischen den Vorsitz übernommen hat*): Als nächster Redner gelangt der Herr Abg. Herzele zum Wort.

Abg. Herzele: Meine Damen und Herren! Vor einigen Monaten hat mich eine Abgeordnete als das Symbol des Grauens dieses Krieges im Hohen Hause bezeichnet. Ich darf mir erlauben, ihr für diese Auszeichnung meinen Dank auszusprechen und daraus die Folgerung zu ziehen, als Vertreter dieser Gezeichneten vor diesem Forum das Wort ergreifen zu dürfen. Damit habe ich die Last einer Verantwortung auf mich genommen, von der ich nicht weiß, ob ich in der Lage bin, sie zu tragen, weil die Argumente, die ich vorbringen muß, sich nicht an Ihren Verstand und an die Realitäten wenden, sondern weil ich gezwungen bin, den Weg zu Ihren Herzen zu suchen und Ihr Mitgefühl für jene zu wecken, bei denen die bisherigen Gesetze nicht ausreichen, Unrecht, Not und Leid zu lindern oder sie ganz aus der Welt zu schaffen.

Ich spreche hier von Angehörigen unseres Volkes, die das Schicksal ein Gethsemane erleben ließ. Tausende fielen ihm zum Opfer, und nur wenigen war das Glück der Wiederkehr beschieden. Ich spreche von den Menschen, die vor Weinen nicht sprechen konnten, als sie aus den Steinbrüchen und Bergwerken des Donezbeckens, aus den Lagern Krasnopol, Maximowka und Gunderowka wieder den Himmel ihrer heißgeliebten Heimat über sich sahen und die Sprache ihrer Mütter wieder an ihr Ohr klang. Ich spreche von jenen, die in Gerichtsverfahren, welche manchmal nur wenige Minuten dauerten, wegen nichtigster Gründe zu 20 bis 25 Jahren Zwangsarbeit

verurteilt worden waren; nicht deshalb, weil sie ein Verbrechen begangen hatten, sondern einzig und allein deshalb, weil sie die billigste Arbeitskraft darstellten, derer der Sieger aus dem letzten Krieg habhaft werden konnte. Einige kehrten zurück, mehr, viel, viel mehr aber blieben zurück in den unersättlichen Weiten der Steppen, wo sie starben, weil man sie bei der Arbeit verhungern ließ, weil es fast keine ärztliche Betreuung gab, wo sie starben vor Heimweh, weil sie die Hoffnung, jemals den Boden ihrer Heimat zu betreten, längst aufgegeben hatten. Und die, die zurückkehrten, wurden nicht etwa deshalb entlassen, weil die Großmut des Siegers ihnen nach Jahren die Freiheit gab, sondern man schickte sie heim als ausgehöhlte, leergebrannte Menschen, die man nicht mehr als Arbeitssklaven verwenden konnte.

Sie, meine Damen und Herren, haben Gesetze beschlossen, die die Opfer und die Leiden dieses Krieges mildern sollten. Sie haben alles getan, um das Unrecht der Konzentrationslager zu lindern, und sie haben sich damit den Dank der Betroffenen verdient, wenngleich die materielle Hilfe nicht im entferntesten an die Größe der erlittenen Schäden heranreicht. Hier aber haben Sie nun Menschen vor sich, die durch beide Pole der Vernichtung menschlicher Wesen getrieben wurden, die den Krieg überlebten und dann Jahre hindurch die Greuel und Entbehrungen der verschiedenen Lager erdulden mußten. Sie hätten Anrecht, sowohl des Kriegsopferversorgungsgesetzes als auch des Opferfürsorgegesetzes teilhaftig zu werden, und ich bedaure es außerordentlich, daß die Anträge, die ich in dieser Hinsicht durch Kollegen Dr. Pfeifer im Budgetausschuß stellen ließ, von den übrigen Mitgliedern dieses Ausschusses abgelehnt wurden. Darauf wird mein Kollege Dr. Pfeifer heute noch zurückkommen.

Wenn ich die Ziffern des Budgetentwurfes sehe, die der Heimkehrerfürsorge gewidmet sind, dann muß ich an den Worten zu zweifeln beginnen, die die führenden Männer unseres Staates fanden, als sie die heimkehrenden Söhne unseres Heimatlandes als die Vertreter unseres Volkes begrüßten. Wohl haben sich einige Bundesländer bereit gefunden, eine rasche Hilfe in Form von einmaligen Unterstützungsbeiträgen zu gewähren, und ich erwähne hier vor allem die Landesregierungen von Kärnten und Vorarlberg. Wenn der Erste Präsident des Kärntner Landtages die Abgeordneten zum Nationalrat dieses Bundeslandes aufforderte, eine gesetzliche Regelung der Spätheimkehrerfrage in diesem Hause herbeizuführen, dann verdient diese Tatsache auch hier erwähnt zu werden. (*Beifall bei*

## 822 23. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 7. Dezember 1953

*der WdU.)* Der Freude über die Rückkehr dieser Menschen hat unser Volk sichtbaren Ausdruck verliehen, ihnen nun zu helfen mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln ist eine Verpflichtung für jeden einzelnen von uns, und zwar nicht durch Spenden oder Almosen, sondern durch ausreichende Maßnahmen, die ihnen die Gründung einer Existenz ermöglichen.

Sie haben durch Jahre hindurch auf die primitivsten Dinge unseres Daseins verzichten müssen; sie ihnen sobald wie möglich wieder zugänglich zu machen, ist wohl unser aller Wunsch. Vergessen wir niemals, daß all das, was unsere Enkel einst tun werden, davon abhängig ist, was wir heute tun, und all das, was wir für die zurückgekehrten Söhne unserer Heimat beschließen, dem Urteil unserer Nachkommen unterworfen ist. Sollten sie einst mit Verachtung von uns sprechen dürfen, weil wir nicht imstande waren, uns dort hilfreich zu erweisen, wo die für die Heimat gebrachten Opfer nicht eine Wiedergutmachung, sondern eine Belohnung erfordern würden? Wo sollte in Zukunft der Einsatz des einzelnen für das Volk bleiben, wenn das Volk in der Vergangenheit versagt hat, für den einzelnen einzutreten?

Darum bitte ich Sie, meine Damen und Herren, lassen Sie alle parteipolitischen Erwägungen beiseite, treten Sie in Ihrer Gesamtheit ein für die Belange dieser Menschen, die zum Symbol geworden sind für unsere über alles geliebte, schwergeprüfte Heimat, für unser Österreich! (*Lebhafter Beifall bei der WdU.*)

**Präsident Böhm:** Als nächster Redner gelangt der Herr Abg. Czernetz zum Wort.

**Abg. Czernetz:** Hohes Haus! Die Arbeit des Bundesministeriums für Inneres ist so umfassend, daß man wohl sagen kann, das ganze Funktionieren der inneren Verwaltung der Republik hänge weitgehend von dem klaglosen Wirken dieses Ministeriums ab. Wir haben aus dem Bericht des Herrn Berichterstatters und dann aus einer Reihe von Darlegungen in der Debatte vernommen, daß es sich dabei um Fragen der allgemeinen Verwaltung, um die Organisierung der Wahlen, um Staatsbürgerschaftsfragen, auf wirtschaftlichem Gebiet um Preiskontrolle und Preisüberwachung sowie auch noch um das Ernährungswesen, ferner um den Reiseverkehr, das Wanderungswesen, Paß- und Visafragen und schließlich um die Heimführung der Kriegsgefangenen, Zivilinternierten und um die Flüchtlingsfragen im allgemeinen handelt. Auf allen diesen Gebieten geht es um den Menschen. Erst vor wenigen Tagen hat der Herr Abg. Elser in einer Kontrarede besonders darauf aufmerk-

sam gemacht, daß wir in der Verwaltung — es ging damals um Fragen des Sozialministeriums — auf den Menschen schauen müssen und nicht allein auf Paragraphen. Nun habe ich schon bei einer früheren Budget-debatte Gelegenheit genommen, von der menschlichen Seite der Verwaltungsreform zu reden, und ich möchte mir gestatten, zu diesem Thema auch jetzt ein paar Bemerkungen zu machen.

Meine Damen und Herren! Täuschen wir uns in diesem Hohen Hause nicht darüber hinweg, daß der einfache Mensch in Österreich, der Mann von der Straße — wie man ihn nennt — mit dem Staat, mit den Beamten, mit den Behörden nicht gerne zu tun hat; auch nicht mit dem demokratischen Staat und mit den demokratischen Beamten.

Die meisten Beamten in unserem Lande — das möchte ich ganz klar sagen, um jedem Mißverständnis von vornherein vorzubeugen — sind treu, brav, dem Staat ergeben und fleißig. Und dennoch besteht ein sehr ernstes Problem, vor dem wir die Augen nicht verschließen sollen. Es ist ja nicht erstaunlich, daß das Volk immer noch mit Mißtrauen der Verwaltung unserer Republik gegenübersteht: Vergessen wir nicht, daß unsere Verwaltung in einer verhältnismäßig kurzen Zeit aus dem alten Obrigkeitstaat und zwei faschistischen Diktaturen hervorgegangen ist, von dem kurzen Zwischenpiel in der Ersten Republik abgesehen, und daß in dieser Zeit aus dem alten Staat und seinen Beamten, aus den volksfeindlichen obrigkeitlichen Kräften Freunde des Volkes werden sollten. Die Beamten sind dabei im Laufe einer Generation aus privilegierten Fürstendienern zu Dienern des Volkes geworden. Sie haben als Personen ihre vollen staatsbürgerlichen Rechte, aber im Dienste haben sie Diener des Volkes zu sein. Nun stehen diese Menschen einer Demokratie gegenüber, die immer noch jung ist, auch wenn wir von der Zweiten Republik sprechen. Sie stehen einem Staat gegenüber, der durch eine Unzahl von Wechselseitigkeiten hindurchgegangen ist.

Übersehen wir nicht, daß diese Träger der öffentlichen Verwaltung das Volk, seine Vertreter, aber auch den Staat im Laufe dieser einen Generation in verschiedenen Formen gesehen haben. Der Beamte hat Parteien kommen und gehen gesehen, er hat Minister kommen und gehen gesehen, er hat politische Systeme kommen und untergehen gesehen. Aber in all diesen Zeiten blieb der Großteil der Beamten auf seinem Platz. Die Beamten haben Katastrophen und Kriege mitgemacht und Zusammenbrüche von Staatssystemen, und sie erleben jetzt in der Zweiten Republik

## 23. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 7. Dezember 1953 823

die Wiedergeburt unserer jungen Demokratie. Aber der Staat ist in den acht Jahren seines Bestandes von einer fremden Besatzung gefesselt, die sich erfreut, von Befreiung zu reden, ohne uns die Souveränität zu geben. Unter diesen schweren Bedingungen haben wir uns eine Regierung gegeben, die notwendigerweise die beiden großen Parteien zusammenführt, wir haben eine Kooperation der staatstragenden Kräfte geschaffen. Aber eine solche Koalitionsregierung bringt naturgemäß unzählige Schwierigkeiten, Verzichte, Opfer, dauernde Kompromisse. Ich glaube, es ist gar nicht verwunderlich, daß die Beamtenschaft die Dinge nicht immer ganz so verstehen kann, wie sie sich politisch entwickelt haben.

Hohes Haus! Wir dürfen auch die allgemeinen Erkenntnisse der modernen Soziologie nicht übersehen: Alle demokratischen Verbände, ob es Parteiorganisationen oder Staaten sind, neigen zu einem Übergewicht der Spezialisten, einer Vorherrschaft des Beamtenstums; die Soziologen sprechen von den oligarchischen Tendenzen in allen demokratischen Körperschaften. Der demokratische Rechtsstaat hat gegen die oligarchischen Tendenzen die Kontrolle des Parlaments, der Volksvertretung geschaffen. Er sichert den Staatsbürger dadurch, daß er den Beamten nicht willkürlich, sondern nur nach Recht und Gesetz entscheiden läßt.

Und so schafft gerade der demokratische Staat, um den Bürger vor der Willkür des Beamten zu schützen, eine Unzahl von Gesetzen, Verordnungen und Bestimmungen. So entsteht das uns so wohlbekannte Gestrüpp der Gesetze und Verordnungen, in dem sich manchmal auch der Beamte nicht, der Staatsbürger aber nur ganz selten zurechtfindet. Der einfache Mensch aus dem Volk sieht sich einem Staat gegenübergestellt, den er nur als eine kalte, fremde, gefühllose, unmenschliche Maschine kennenlernt. Täuschen wir uns nicht darüber: In Österreich so wie in vielen anderen Ländern empfindet der einfache Mensch aus dem Volke eine Beklemmung, wenn er dem Staat und seinen Vertretern gegenübertritt.

Wir wären töricht, wenn wir nicht erkennen wollten, daß jede amtliche Vorladung einen Trauertag in der Familie bedeutet, gleichgültig welches Amt das auch immer ist. Dabei will ich auf die Art der Formulare nur hinweisen: wie unpersönlich, wie unhöflich sind sie, wie überheblich ist ihr Ton gegenüber dem Staatsbürger! Anstatt ihm eine Rechtsbelehrung zu geben, bringt jedes amtliche Formular Drohungen, vor denen sich der Staatsbürger kaum zu schützen weiß. Der

Angsttraum des Schalterfensters ist im Volke tief verankert; allein der Geruch unserer Ämter verbreitet im Volke Unbehagen. Und ich möchte dabei feststellen: Das ist so, obwohl es viele freundliche, gutwillige, höfliche Beamte gibt; man findet hier eine Atmosphäre, die ungesund und für die Demokratie gefährlich ist.

Gerade darum möchte ich besonders betonen, daß wir vor einer ungeheuer wichtigen Aufgabe stehen. Wir haben als Volksvertreter dafür zu sorgen, daß Beamtenschaft und Volk den demokratischen Staat verstehen lernen. Das Volk muß so erzogen werden, daß es mit Zivilcourage für sein Recht eintritt; der Beamte muß lernen, dem Staatsbürger gegenüberzutreten, wie es einem Diener des Volkes ziemt.

Es ist nicht meine Aufgabe, heute über das Organisatorische und Juristische der Verwaltungsreform zu reden. Darüber ist an anderer Stelle von anderen, Berufeneren gesprochen worden. Aber ich möchte sagen, daß diese große demokratische Erziehung am Beamten und an der Bevölkerung Erfolg haben kann. Gerade die Arbeit des Innenministeriums und seiner Abteilungen zeigt uns, daß man, wenn auch mit großen Anstrengungen, vieles erreichen kann. Das zeigt sich insbesondere auf dem Gebiete der öffentlichen Sicherheit, in der Arbeit der Exekutive.

Auf diesem Gebiet, das am stärksten der öffentlichen Kritik ausgesetzt wurde und ausgesetzt wird, ist deutlich gezeigt worden, daß man die Beziehungen zwischen dem Staat und seinen Bürgern verbessern kann. Die Sicherheitsverhältnisse sind in Österreich, wie berichtet worden ist, erfreulicher geworden — soweit wir Herren im eigenen Hause sind. Unsere Exekutive hat eine neue, gute Schulung bekommen, sie leistet gute kriminalistische Arbeit, sie hat eine bessere Ausrüstung, und die Männer, die der Exekutive zugeteilt sind, erfüllen ihre Pflicht mit Aufopferung. Vergessen wir nicht: Auch die Tatsache, daß unsaubere und unverlässliche Elemente aus der Übergangszeit im Laufe der Jahre aus der Exekutive entfernt werden konnten, hat besonders mit dazu beigetragen, das Vertrauen zu den Sicherheitsbehörden zu verbessern und zu verstärken.

Wir haben als Volksvertretung allen Grund, den Männern der Exekutive aufrichtigen Dank für ihre Arbeit und für ihre Leistungen auszusprechen. (Beifall bei der SPÖ.) Mir scheint das umso wichtiger, als wir mit Genugtuung nach Jahren der Diktatur eine erfreuliche Veränderung feststellen können. Das Mißtrauen der Bevölkerung gegen Polizei und Gendarmerie war ungeheuer groß. In all

## 824 23. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 7. Dezember 1953

den Jahren seit der Machtergreifung des Faschismus 1934 haben die Menschen in jedem Polizisten oder Gendarmen einen Feind gesehen, der sie unterdrücken wollte. Diese Beklemmung angesichts der Uniform ist nun beseitigt. Daß es nun gelungen ist, ein Vertrauensverhältnis zwischen Volk und Exekutive zu schaffen, ist ein Zeichen der Gesundung, ein Zeichen der Stärkung unserer demokratischen Republik. Auf unsere innere Verwaltung können wir uns verlassen. Und ich möchte sagen: Jeder Kommunist wird in den Westzonen, obwohl auch dort fremde Mächte dreinreden, beruhigt schlafen, ruhiger als der Kommunist in der Ostzone. Im Westen wird sich jeder Kommunist, wenn es in der Früh um 6 Uhr an der Türe klopft, beruhigt selber sagen: Das ist die Zeitung oder das ist die Milch, aber kein Sendbote aus dem „Paradies“, der mich nach Sibirien bringt. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Der Österreicher hat vor seiner Exekutive keine Angst. Angst vor unserer Exekutive hat lediglich die sowjetische Besatzungsmacht. Wir hören, wie die Kommunisten den Mund voll nehmen; sie erklären, die Sowjetunion sei die stärkste Macht der Welt, auch sie habe die Atombombe, auch sie habe die Wasserstoffbombe, sie habe keine Angst vor dem amerikanischen Imperialismus, sie habe vor niemandem in der Welt Angst — nur vor der österreichischen Gendarmerie. (*Heiterkeit.*) Bitte, prüfen wir einmal: Es gibt in Österreich 50.000 Mann der sowjetischen Armee. Die Russen haben hier Artillerie, sie haben Panzer, sie haben Düsenflugzeuge — wie begreiflich muß doch die Angst vor den 29.447 Wachebeamten der Gendarmerie, der Polizei und auch noch der Justiz- und Zollwache sein. Wie begreiflich, daß jeder dieser Uniformierten, schrecklich bewaffnet, dieser Weltmacht Angst einjagen kann! (*Heiterkeit.*) Wie frivol diese geheuchelte Angst ist, zeigt sich, wenn man die Ausrüstung der österreichischen Exekutive mit den Verhältnissen in anderen Ländern vergleicht und wenn man unsere eigene Unsicherheit berücksichtigt.

Man sagt immer: Reden wir nicht von den Nachbarn, reden wir von Österreich! Aber wir müssen Vergleiche anstellen. Wir geben für Polizei und Gendarmerie 721,6 Millionen Schilling aus, das sind 3,3 Prozent unserer gesamten Ausgaben. Wozu haben wir denn unsere Gendarmerie? Brauchen wir denn überhaupt einen Grenzschutz? Solange es Nachbarstaaten gibt, die über Soldaten verfügen, wird es einigermaßen geraten sein, die eigenen Grenzen, so weit wir das können, zu schützen. Unser Nachbarstaat, die Tschechoslowakische Repu-

blik, setzt in ihrem Budget für 1953 für Ver- teidigungs- und Sicherheitszwecke 41,8 Milliarden Kronen aus, das sind 9,7 Prozent ihrer Gesamtausgaben. Im Verhältnis ist das ungefähr das Dreifache dessen, was die Ausgaben der österreichischen Republik für Gendarmerie und Polizei ausmachen. Wenn man die Zahlen vergleicht, bemerkt man sofort, wie „gefährdrohend“ diese österreichische Aufrüstung sein muß, wie die Welt rund um uns „erzittert“, wenn sie diese neu erstehende österreichische Armee betrachtet.

Wir haben in Österreich rund 6.900.000 Einwohner und 29.400 Wachebeamte; das heißt, auf 233 österreichische Zivilisten kommt ein österreichischer Wachebeamter oder Gendarm. Aber in Österreich kommt schon auf 138 österreichische Staatsbürger ein russischer Soldat. Man muß sagen: daß sie sich vor unserer Gendarmerie so fürchten, ist wirklich ein erstaunlicher Ausdruck von nationalem Minderwertigkeitsgefühl. Wenn man sich einmal die Heimat des Herrn Honner, die Sowjetunion, anschaut, wenn man sieht, wie es die Diktatur macht, dann stellt man staunend fest, daß in Rußland auf 25 Zivilisten ein Bewaffneter kommt. Das ist die Diktatur! In Österreich haben wir 233 Zivilisten auf einen Bewaffneten, und dessen Bewaffnung kann sich absolut nicht mit den Atombomben und Wasserstoffbomben der „Vertreter des Friedens“ vergleichen.

Unsere Unsicherheit kommt besonders dort zum Ausdruck, wo diese „friedliebenden“ Mächte, an Österreich grenzend, die Grenzen mit Minen, mit Stacheldraht, zum Teil elektrisch geladen, und mit Wachttürmen sperren. Wenn man, auf österreichischem Boden stehend, in die tschechischen Stadtviertel von Gmünd hinüberschaut, sieht man, daß sie von der Zivilbevölkerung evakuiert sind, weil dort in den Häusern offenbar nur mehr „Friedenstauben“ wohnen, die aufpassen müssen, daß den so „friedliebenden“ Staaten nichts geschieht. Wozu das alles? Die Grenzen sind hermetisch geschlossen. Wenn einer aus dem „Paradies“ entkommen will, dann schickt man ihm Agents provocateurs nach. Die österreichischen Gendarmen an der Grenze sind bereit, einen Flüchtling, der ihnen entgegenkommt, laufen zu lassen. Und das ist gut so. Aber unsere Gendarmen zittern davor, daß es sich um einen Agent provocateur handeln könnte, der zum nächsten sowjetischen Posten geht und sagt: „Dort, der Gendarm hat mich nicht festgenommen, er ist ein Feind der Sowjetmacht!“ Österreichische Gendarmen haben es büßen müssen, daß solche Lumpen nicht nur das Asylrecht verletzten, sondern daß sie den Gemarterten

## 23. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 7. Dezember 1953 825

noch nachgelaufen sind, um sie zu denunzieren. Diese Verletzung des Asylrechtes, diese Mißachtung der Menschenrechte wagt einer hier zu verteidigen, der sich Kommunist nennt.

Die Grenze ist hermetisch geschlossen für jeden anständigen Menschen; sie ist offen für den USIA-Schmuggel unter dem Schutz der Besatzungsmacht, für die wirtschaftliche Bedrohung unseres Staates durch die kommunistischen Agenten, für die Delegierten der kommunistischen Schwindelkongresse. Paßhoheit hat man uns gegeben, aber die Grenzhoheit haben wir nicht, unsere Grenzen sind ungeschützt. Und wenn die Kommunisten sagen, gerade die Russen seien auf unsere Unabhängigkeit so bedacht, so ist es frecher Hohn. Man muß doch sehen, wie unser Staat hier getreten und mißhandelt und dann auch noch voll Verachtung verhöhnt wird. Honner aber sagt: Die Volksdemokratien bedrohen uns nicht!

Was haben dann ihre Grenzsoldaten auf österreichischem Boden zu suchen? Herr Kollege Machunze hat das erwähnt. Wir kennen eine Reihe von Fällen dieser Art. Aus der Fülle nur einige: Am 22. März kommen drei ungarische Offiziere und ein Soldat, bewaffnet, im Auto nach Heiligenkreuz im Burgenland. Unter bewaffnetem Zwang werden die österreichischen Gendarmen zur Amtshandlung veranlaßt.

Am 15. Juli kommen ein Zivilist und zwei ungarische Soldaten im Bezirk Oberpullendorf bei Kroatisch Minihof nach Österreich und behaupten, Flüchtlinge zu suchen. Wer hat ihnen das gestattet? Was haben sie in einem fremden Land zu suchen? Ist das keine freche Grenzverletzung und Bedrohung? Am 20. Oktober haben sechs Soldaten der Tschechoslowakei bei Kittsee das österreichische Bahnhägerhaus überfallen und behauptet, Deserteure zu suchen. Wenn sie in ihrem „Paradies“ Deserteure haben, dann sollen sie sie zu Hause suchen, aber uns in Ruhe lassen! (Lebhafter Beifall bei SPÖ, ÖVP und WdU.)

In diesen Monaten November und Dezember kamen beinahe täglich bewaffnete tschechische Patrouillen zu Pferd bei Drasenhofen und Poysbrunn über die Grenze nach Österreich. Am 4. Dezember kam nördlich von Poysdorf eine berittene Patrouille der Tschechen nach Österreich über die Grenze. Was heißt das? Unter dem Schutz der Besatzungsmacht, die sich immer noch erfrecht, von Unabhängigkeit zu reden, dringen immer wieder Fremdlinge in unser Land ein. Und da steht der „Patriot“ Honner und hat kein Wort dagegen zu sagen, sondern schmiegt

sich feige den Fremden an. (Starker Beifall bei der SPÖ.) An uns liegt es nicht ..... (Abg. Honner: Sie sprechen in amerikanischem Auftrag!)

Nein, Sie irren, die Amerikaner haben mich nicht beauftragt, dagegen zu protestieren, daß ihre Soldaten sich in der westlichen Besatzungszone unanständig benehmen, und ich glaube, das ganze Haus wird mit mir einer Meinung sein, daß man die Zustände, die mein Parteifreund Voithofer im Finanz- und Budgetausschuß angeprangert hat, mit aller Entschiedenheit zurückweisen muß. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Weikhart: Sehr richtig!) Das ist kein amerikanischer Auftrag, Herr Abg. Honner, das ist der Auftrag der österreichischen Wähler. Ich schließe mich auch vollinhaltlich dem Protest des Herrn Kollegen Machunze an, der die Zustände, die mein Parteifreund Strasser bereits im Budgetausschuß zur Sprache gebracht hat, die empörende Schweinerei der Werbung von Fremdenlegionären in Österreich angegriffen und dagegen protestiert hat. Wir schließen uns dem Protest nicht im Auftrag der Amerikaner oder Franzosen an, sondern im Auftrag der österreichischen Bevölkerung! (Erneuter starker Beifall bei SPÖ, ÖVP und WdU.) Zeigen Sie so viel Mut, Herr Honner, wenn es um Ihre Auftraggeber geht!

Wir haben also allen Grund dazu, diese bedauerlichen, diese unwürdigen Zustände anzuklagen und uns zu wehren. Die fremden Besatzungsmächte treiben — wie heute auch schon gesagt worden ist — auf unserem Boden Spionage und versuchen ihre eigenen Methoden auf die österreichische Verwaltung zu verpflanzen. Wir verabscheuen das, und es ist klar, daß wir diese Methoden zurückweisen.

Jedem ist noch der Menschenraubfall des österreichischen Kriminalbeamten Winterer in Erinnerung. Wir kennen die freche Einmischung der sowjetischen Besatzungsmacht in diesem wie in einem anderen, jetzt erst bekanntgewordenen Fall. Auch ein anderer kommunistischer Polizeibeamter, der Kommandant der Gemeindepolizei von Traiskirchen, der Herr Revierinspektor Swierak, hat in Wien Menschenraub betrieben, und er hat es wagen können, dem österreichischen Gericht einen frechen Brief zu schreiben, weil die fremden Menschheitsapostel schützend ihre Hand über ihn halten. Gegen alle diese Dinge hat die österreichische Volksvertretung ihren Protest einzulegen. (Abg. Honner: Gegen westliche Übergriffe protestiert ihr nicht!) Gegen alle! (Erneute Zwischenrufe. — Abg. E. Fischer: Noch nie haben wir einen Protest der österreichischen Regierung gegen westliche Übergriffe gehört!) Wir protestieren gegen

## 826 23. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 7. Dezember 1953

alle Rechtsverletzungen, von wem immer sie kommen, in der Presse ebenso wie hier. (Abg. E. Fischer: *Es gibt keine Proteste der Regierung gegen die westlichen Übergriffe! Noch niemals!*) Aber schauen Sie, Herr Abg. Fischer, Sie müßten doch den Unterschied zwischen Diktatur und Demokratie in Erinnerung haben! (Anhaltender Beifall bei der SPÖ.) Sie müßten doch wissen, daß wir eine Demokratie haben. (Abg. E. Fischer: *Jetzt weiß ich, was eine Demokratie ist!*) Bitte, wenn Sie es wissen wollen, Herr Abg. Fischer, dann werde ich mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten ein paar Zeilen verlesen.

„In der Demokratie werden,“ — so lese ich — „soweit das überhaupt möglich ist, die einander widerstreitenden, widerstrebenden Richtungen ausbalanciert, die gesellschaftlichen Mächte, Gruppen und Forderungen nicht in Persönlichkeiten, sondern in Parteien verkörpert, die Spannungen immer wieder gelockert; die Demokratie, die Politik der mittleren Linie, ist weicher, biegsamer, elastischer, freilich auch unpathetischer, farbloser, langweiliger als die Diktatur. Jedenfalls aber erkennt man unter ihrem anspruchslosen Kleide das Muskelspiel der Geschichte deutlicher als unter dem starren Panzer der Diktatur.“ (Abg. E. Fischer: *Eine ausgezeichnete Definition!*) „Vielleicht hat die russische Revolution den starren Panzer, dessen sie einst bedurfte, zu lange getragen.“ (Zwischenrufe.)

Und er setzt fort, der Autor dieser Zeilen. (Abg. E. Fischer: *Das sind nicht Sie! Das hätte mir sehr gut gefallen!*) Ich weiß nicht, ob es Ihnen am Ende auch so gut gefallen wird.

„Die Tragödie der Revolution, deren Opfer Trotzky nun ist, wäre nicht so kraß, nicht so atembeklemmend, spielte sie innerhalb der Demokratie sich ab. Nie wäre Trotzky so mächtig gewesen ohne Diktatur, nie wäre er so furchtbar gestürzt ohne Diktatur. In ihrem Wesen liegt es, daß Gegensätze nicht ausgeglichen, sondern verleugnet und daher bis zum Extrem getrieben werden, daß sich Spannungen nicht lockern, sondern nur in einer Katastrophe entladen können. In ihrem Wesen liegt es aber auch, daß sich die Widersprüche, die das Ergebnis jeder Revolution sind, nicht in Parteien, sondern in Persönlichkeiten verkörpern, daß daher nicht Radikale und Reformisten einander gegenüberstehen, was nützlich und fruchtbar wäre, sondern Trotzky und Stalin, was schädlich und unfruchtbar ist und geschichtliche Notwendigkeit in persönliche Willkür verzerrt.

Tragödie der Diktatur: sie war der Panzer, die Waffe, der Apparat der Revolution.

Und nun ersticht die Revolution in diesem Panzer, nun kehrt sich die Waffe gegen sie, nun zermalmt sie der Apparat.“

Das wußte Herr Ernst Fischer 1927. Damals schrieb er, daß die russische Revolution den Panzer der Diktatur vielleicht schon zu lange getragen habe. (Heiterkeit.) Heute hat er den Panzer demokratisch angestrichen und freut sich, daß er sagen kann, der Panzer sei zur Demokratie geworden. Aber er sollte es besser wissen, denn er hat über diese Fragen früher selber nachgedacht, bevor ihm das Denken darüber vergangen ist. Wir hingegen wissen sehr genau, wofür wir einstehen. (Zwischenruf des Abg. E. Fischer.) Wir kämpfen für die Freiheit, die Sie aus welchen persönlichen Motiven auch immer aufgegeben haben.

Wir sind der Meinung, daß in dem Ringen unserer österreichischen Behörden um die Rückführung der Kriegsgefangenen und Zivilinternierten nach Österreich etwas ungeheuer Wichtiges für dieses Volk, für die Freiheit geschieht. Und da hören wir: Ja, das sind doch Faschisten, das sind doch Nationalsozialisten!

Lassen Sie mich ein offenes Wort dazu sagen. Sicherlich sind manche, vielleicht viele der Spätheimkehrer ehemalige Faschisten und Nationalsozialisten. Wären sie vor österreichische Gerichte gestellt und in Verfahren unter allen Rechtsgarantien einer Demokratie verurteilt worden, hätten sie eine menschliche Behandlung erfahren. Viele von den Verurteilten hätten ihre Strafen schon abgebüßt, aber man hätte sie nie in den Sumpf der Diktatur geschickt, damit sie dort bei lebendigem Leibe verfaulen. Was immer diese Menschen gefehlt haben, sie haben dort viel erlitten. Und dieses Leid bedeutet mehr als das Büßen für eine Schuld, die viele auf sich geladen haben. Rechtsbrecher gegen die Demokratie und die Menschlichkeit sollen nach allen Regeln eines demokratischen Gerichtsverfahrens behandelt und verurteilt werden. Aber man muß immer den Menschen sehen und für eine menschliche Behandlung sorgen. Ich sage als Demokrat und Sozialist: Auch mein Feind, auch der Feind der Freiheit wird von uns als Mensch, als irrender Mensch behandelt, denn darin unterscheiden wir uns von der Barbarei des Faschismus, wie von der Barbarei des Kommunismus. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten. — Abg. E. Fischer: *Sie schmeißen die Menschen auf die Straße, die nicht Ihrer Ansicht sind! Sie werden entlassen, auf die Straße geschmissen!*) Aber unter den Heimkehrern, meine Damen und Herren, sind wenige... (Abg. E. Fischer: *Die nicht eurer Ansicht sind, werden entlassen!*)

## 23. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 7. Dezember 1953 827

Herr Abg. Fischer, Sie haben ein neues Gesellschaftsspiel erfunden: „Namen nennen!“ Legen Sie die Namen der Entlassenen vor! Wir werden dieses bittere Gesellschaftsspiel fortsetzen und Ihnen die Namen der von der USIA Entlassenen entgegenhalten. (Abg. E. Fischer: *In Steyr habt ihr feige und gemein die Betriebsräte hinausgeschmissen, weil sie nicht eurer Anschauung waren!* — Abg. Koplenig: *Das ist eure Demokratie!* — *Weitere anhaltende Zwischenrufe.*)

Präsident Böhm (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte um Ruhe, meine Herren!

Abg. Czernetz (fortsetzend): Herr Abg. Fischer! Sie würden sich glücklich schätzen, in einer Diktatur eine andere Meinung haben zu dürfen und bloß entlassen zu werden. Sie dürfen sogar als Angehöriger der herrschenden Partei in Rußland — ich rede gar nicht von „eine andere Meinung haben“ — nicht einmal die offizielle Meinung anders interpretieren, oder Sie kommen schon in den Verdacht, ein Spion zu sein. (Abg. E. Fischer: *Sie Kasperl des Antikommunismus!*)

Präsident Böhm (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte den Herrn Abg. Fischer, sich zu mäßigen! (Abg. Koplenig: *Der Goebbels der SPÖ!*)

Abg. Czernetz (fortsetzend): Vergleichen wir einmal die Entlassungen, die Maßregelungen, die Unterdrückungen, die von der einen und von der anderen Seite ausgegangen sind, und ich glaube, es wird die kleinste Partei in Österreich das größte Unterdrückungskonto aufweisen können. So klein sie ist, so frech und so unanständig ist sie überall, wo sie etwas dreinzureden hat. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Die Heimkehrer, die Zivilinternierten, die zurückgekommen sind, das sind angeblich lauter Spione und Faschisten. In Wirklichkeit ist unter denen, die noch immer in russischer Haft sind, ein Mann, der jahrelang in einem Nazikonzentrationslager war, ein verdienstvoller Beamter unserer Republik. Der Kriminaloberinspektor Anton Marek wurde 1948 niederträchtigerweise verschleppt. Man sagte „Spionage“. Man hat bis auf den heutigen Tag der österreichischen Bundesregierung und dem Alliierten Rat Einsicht in die Akten, die diese Spionage beweisen sollten, verweigert. Man hört nun, daß er im Gefängnis in Werchni Uralsk ist. Aber es gibt keine offizielle Bekanntgabe von diesen Menschenfreunden.

Die Frau Dr. Margarete Ottlinger, die Leiterin der Planungssektion im Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung war, ist von einer Dienstfahrt am 5. November 1948 ... (Abg. Koplenig: *Bei der Vermögenssicherung auf einer Dienst-*

*fahrt!*) Darüber hat das Parlament zu entscheiden und nicht eine fremde Gewalt und ihre österreichischen Agenten! (Abg. Weikhart: *Er verteidigt immer Menschenräuber!* — Abg. Koplenig: *Ihr verteidigt immer die Faschisten!* — *Lebhafte Zwischenrufe.* — Präsident Böhm gibt das Glockenzeichen. — Abg. Weikhart: *Er verdient den Ehrentitel „Towarisch“!*) Er verdient jetzt den Genuß aller Privilegien der Demokratie, denn er kann der Demokratie ins Gesicht treten, sie schützt ihn, weil sie menschlich ist, obwohl er unmenschlich ist! (Starker Beifall bei SPÖ und ÖVP.) Frau Dr. Ottlinger ist jetzt noch im Gefängnis. Man hört, in Wladimir bei Moskau.

Der Bürgermeister von Kleinmutschen, Johann Mörk, ist mit seinem Sohn und seiner Tochter 1945 verhaftet worden. (Zwischenruf des Abg. Koplenig.)

Präsident Böhm: Ich bitte um Ruhe!

Abg. Czernetz (fortsetzend): Herr Abg. Koplenig, fragen Sie den hinter Ihnen sitzenden Abg. Elser: Man soll den Menschen sehen, aber nicht jenen, der die Menschlichkeit mit Füßen tritt. Der Bürgermeister und die übrigen Dorfbewohner sind im Dezember 1945 bei einer nächtlichen Munitionssuche der sowjetischen Besatzungsmacht mit den Russen in Konflikt geraten. Ergebnis: Bei der Verhandlung in Eisenstadt im Jänner 1946 wurden der Bürgermeister Mörk und sein Sohn Josef Mörk zum Tode verurteilt, seine Tochter und ein anderer Dorfbewohner erhielten 10 Jahre Zwangsarbeit. Die Frau ist jetzt zurückgekehrt. Man kann diese Fälle nur aufzählen, soweit sie überhaupt bekanntgeworden sind. Da ist eine 58jährige Frau, völlig unpolitisch, Magdalena Koncel aus Favoriten, wegen „Spionage“ ohne Verhandlung zu 15 Jahren Arbeitslager verurteilt worden. Der 44jährige Paul Grahl aus Schattendorf ist wegen Besitzes eines Flobertgewehres, das heute auch von der Besatzungsmacht gestattet ist, damals von einem sowjetischen Gericht wegen „Spionage und Terror“ ohne Verteidigung zu 15 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden. (Abg. Dr. Tschadek: *Hört! Hört!*) Emil Kubanik, 29 Jahre alt, aus dem 18. Bezirk in Wien, ist im Jahre 1946 in einen Raufhandel mit sowjetischen Offizieren geraten. Zehn Minuten Gerichtsverhandlung ohne Verteidigung: wegen „Terror“ Todesstrafe — zu 10 Jahren Gefängnis begnadigt. (Abg. Appel: *Schämen Sie sich!*) Ernst Pinter, 57 Jahre, aus dem 6. Bezirk ist wegen angeblichen Druckens einer ungarischen Emigrantenzitung zweimal von österreichischen Gerichten freigesprochen worden, mußte der Sowjetmacht überstellt werden und ist dann

## 828 23. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 7. Dezember 1953

in der dritten Verhandlung ohne Verteidigung zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Das sind die „Faschisten“, das sind die „Kriegsverbrecher“, deren Verfolgung, deren Martirierung Sie die Feigheit und Frechheit haben, hier noch zu vertreten! (Abg. Honner: Warum erzählen Sie nichts von amerikanischen Militärgerichten? Wenn Sie objektiv sein wollen, erzählen Sie auch etwas über die amerikanischen Militärgerichtsurteile!)

Gegen jedes Militärgerichtsurteil werden wir protestieren! Damit kein Mißverständnis ist: Ich schließe mich uneingeschränkt dem Protest des Kollegen Machunze gegen jedes Militär- oder ausländische Zivilgerichtsurteil auf österreichischem Boden an. Sie haben hier nichts verloren und sollen weggehen. Rechtsverletzungen auf unserem Boden gehören vor österreichische Gerichte! (Starker Beifall bei SPÖ, ÖVP und WdU.) Und wenn Sie so viel von den Kriegsverbrechern reden... (Abg. Koplenig: Hinter ihm steht McCarthy mit der Peitsche!)

Präsident Böhm: Herr Abg. Koplenig! Lassen wir den Redner sprechen!

Abg. Czernetz (fortsetzend): Meine Damen und Herren! Völlig unverständlich wird der Vorwurf des Kriegsverbrechens und der Spionage bei jenen armen Jugendlichen, die von der Sowjetmacht verurteilt wurden. Die Bemühungen der kommunistischen Vier-Mann-Fraktion... (Anhaltende stürmische Zwischenrufe bei der Volksopposition. — Gegenrufe bei den Sozialisten.)

Präsident Böhm: Meine Herren! Wenn Sie sich alle an den Zwischenrufen beteiligen, kommt der Redner nicht mehr durch. Dann ist es besser, er hört auf! (Abg. E. Fischer: Um Gottes willen! — Abg. Koplenig: Das wäre ein Malheur!)

Abg. Czernetz (fortsetzend): Da sogar der Herr Abg. Fischer der Meinung ist, daß das schlecht wäre, wenn ich aufhöre, setze ich fort. Ich möchte also sagen: Die Verfolgung von Jugendlichen durch die Besatzungsgewalt macht diese Erklärungen von Spionage und Kriegsverbrechen umso frecher und unsinniger.

Wir haben vor uns den Fall des 17jährigen Landwirtssohnes Anton Mantler, der auf Grund des Hochzeitschießens von Engelmannsbrunn sechs Jahre Gefängnis bekommen hat. Er ist im Jänner 1948 in Rußland aus der Strafhaft entlassen worden. Er arbeitet in Rußland. Er will nach Hause, er hat die Reisedokumente, aber er bekommt die Ausreisegenehmigung nicht. Es gibt eben verschiedene besonders raffinierte Arten der Folter.

Der 16jährige Hans Steinacker aus Ybbs ist zusammen mit seinem Vater und seinem

Onkel im Juli 1945 nach erfolgloser Durchsuchung des Wohnhauses von sowjetischen Soldaten festgenommen worden. Man weiß bis heute nicht, weswegen, und man weiß nicht, wo sie sich befinden.

In Möllersdorf kam es im November 1946 bei einer Tanzunterhaltung zu einem Raufhandel. Das soll vorkommen. Der Auto-mechanikerlehrling Josef Grötzl, damals 17 Jahre alt, war in diese Geschichte verwickelt. Er hat einen Soldaten, der sich in Zivil befand, verletzt und erhielt sieben Jahre Gefängnis.

Zur Zeit der Weinlese im Jahre 1945 wurde der 17jährige Franz Buchinger in Enzersdorf an der Fischa, als Flurwächter zum Tragen einer Waffe berechtigt, wegen Waffenbesitzes verhaftet und außer Landes geschafft.

In Wien-Meidling wurde der 18jährige Staatsgewerbeschüler Kurt Seipel im November 1946 zur Kommandantur in Mödling gebracht und ist seither unbekannten Aufenthaltes. Man hört, er sei angeblich von einem sowjetischen Militärtribunal zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden. Jetzt berichten Heimkehrer, daß er im Gefängnis in Alexandrowsk sei.

Der in Hardegg, Niederösterreich, wohnhaft gewesene Jugendliche Alfred Nikolowsky hat nach Kriegsschluß tschechischen Partisanen eine Pistole gestohlen und ist im Februar 1946 als Achtzehnjähriger von sowjetischen Organen wegen Waffenbesitzes verhaftet und außer Landes gebracht worden.

Lauter gefährliche „Kriegsverbrecher“! Und nicht zuletzt der 17jährige Realschüler Johann Schloßnickel, der auf den Stufen seines Schulgebäudes gefaßt, mit Gewalt in ein Auto geschleppt und außer Landes gebracht wurde. Es heißt jetzt, er hat eine Verurteilung wegen „Spionage“ — die Angaben schwanken zwischen 15 und 25 Jahren — in Werchni Uralsk abzusitzen. Die sowjetische Macht hat es in ihrer menschlichen Größe noch nicht für wert befunden, den österreichischen Behörden mitzuteilen, was wirklich los war. Man hält sich an Jugendlichen gütlich, man mißhandelt sie, man setzt sie der schweren, unerträglichen Mißhandlung der sibirischen Lager und Gefängnisse aus.

In diesem Zusammenhang möchte ich, meine Damen und Herren, Auszüge aus einem Originalbrief vom 17. November 1953 vorlesen, der an den Herrn Bundesminister für Inneres gerichtet ist. Es heißt dort — ich lasse Name und Daten weg —: „Unterfertiger bittet um Aufnahme zur Österreichischen Bundesbahn und führe hiezu nachfolgendes an:

## 23. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 7. Dezember 1953 829

Ich habe acht Jahre Volksschule mit gutem Erfolg beendet und wollte dann die Tischlerei erlernen. Aber schon nach kurzer Lehrzeit wurde ich wegen Waffenbesitz von einem Gendarm verhaftet und der russischen Kommandantur ... überstellt. (Wir hatten mit einem gefundenen deutschen Gewehr bei einer Hochzeit, wie es hier üblich ist, Freuden-schüsse abgegeben.) Nach einigen Tagen wurde ich nach Wien dem russischen Gefängnis in der Schiffamtsgasse eingeliefert, wo ich nach acht Tagen vom Militärtribunal zu sieben Jahren Zwangsarbeit verurteilt wurde ... Über Ungarn wurde ich nach Rußland abtransportiert und kam nach längeren Zwischenstationen ...“ — nicht weniger als vier Monate! — „... bei 42 Grad Kälte in Nordsibirien an, ich war damals erst 16 Jahre alt. Eine weitere Schilderung meiner Erlebnisse muß ich hier unterlassen, weil sich dadurch das Angstgefühl, das seit meiner Heimkehr in mir steckt, nur noch vergrößern würde und weil es ja doch fast unglaublich erscheint, was ein Mensch aushält. Die sieben Jahre haben mir aber einen Beruf unmöglich gemacht, und aus diesem Grunde bitte ich Sie, Herr Minister, recht herzlich, mein Gesuch befürwortet weiterleiten zu wollen.“ Und er fügt hinzu: „Erwähnen möchte ich noch, daß ich mir bei 49 Grad Kälte alle zehn Zehen abgefroren habe; dies macht mir große Sorgen, daß ich dann überhaupt nicht aufgenommen werde. Und dies ist auch der Grund, warum ich mich mit dieser Bitte an Sie, Herr Minister, mit der herzlichen Bitte wende ...“

Ja, meine Damen und Herren! Wir stehen hier vor dem furchtbaren Schicksal eines jungen Menschen, der das ganze Leid dieses mörderischen Jahrhunderts über sich ergehen lassen mußte. Es kann da für uns nur eines geben: So wie wir als Österreicher, die in ihrem Herzen zu diesem Lande stehen, gegen fremde Gewalten einmütig protestieren, die hier ihr Unwesen treiben, so protestieren wir auch gegen diese Mißhandlung unserer jungen Menschen in einem fernen Land in den dort üblichen Sklavenlagern!

Nun haben wir am Beginn dieses Jahres gewisse Erleichterungen erfahren. Die Zonenkontrolle an der Demarkationslinie ist gefallen. (Abg. Honner: Diese Rede ist Ihr Beitrag zur Entspannung!) Das war mein Beitrag gegen das Unrecht, das man uns bisher angetan hat. Ihr Beitrag zur Entspannung sind Ihre dauernden Denunziationen! (Abg. Honner: Trompeter des Kalten Krieges! Der Kalte Krieg soll noch schärfer werden, wie er unlängst geschrieben hat! — Abg. Dr. Tschadek: Ihr ex offo-Verteidiger der Brutalität! —

Abg. Slavik: Schämen Sie sich! — Abg. Doktor Tschadek: Untermenschentum im Parlament! — Weitere lebhafte Zwischenrufe bei den Sozialisten und Gegenrufe bei der Volksopposition. — Anhaltende stürmische Unruhe.)

Präsident Böhm (das Glockenzeichen gebend): Meine Herren, ich muß dringend um Ruhe bitten!

Abg. Czernetz (fortsetzend): Hohes Haus! Wir sind die Opfer des Kalten Krieges und wir haben das größte Interesse daran, daß die Bemühungen der Großmächte, sich zu verstündigen, von Erfolg gekrönt sind. Ich weiß nicht, ob die Herren von der Kommunistischen Partei eine Verständigung, einen Staatsvertrag und die Räumung Österreichs von den Besatzungsmächten so herbeisehnen wie wir. Wenn sie es tun, dann sollen sie weniger denunzieren und dann sollen sie auf der Seite Österreichs bleiben, wenn die ganze Gewalt von riesigen Großmächten gegen uns steht! (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten. — Abg. Honner: Propagandisten des Kalten Krieges!)

Wir haben im Zuge der Erleichterungen auch den Verzicht auf die Besatzungskosten und wir haben schließlich auch das Ende einer Zensur erlebt, deren Sinnwidrigkeit .... (Heftige Zwischenrufe bei den Abgeordneten der Volksopposition. — Gegenrufe bei den Sozialisten. — Stürmische Unruhe.)

Präsident Böhm (wiederholt das Glockenzeichen gebend): Aber meine Herren, so können wir ja nicht verhandeln, das ist unmöglich!

Abg. Czernetz (fortsetzend): Ich glaube, die Herren von der Kommunistischen Partei machen diesen Wirbel nur, um zu beweisen, daß sie in einer Demokratie sind, denn in einer Diktatur dürften sie sich als Minderheit dieses Verhalten nicht leisten.

Ich spreche davon, daß die Aufhebung der Zensur beweist, wie lächerlich, wie schikanös, wie sinnlos diese ganzen Maßnahmen waren. Der Abg. Uhlir hat mir jetzt einen Brief gegeben, den er eben von der Zensurstelle Wien erhielt. Er bekommt hier eine Mitteilung: „Infolge Einstellung der Tätigkeit der Zensurstelle wird nunmehr die Sendung freigegeben.“ Datum: 13. November 1953. Die Sendung ist ein Brief der Allgemeinen Invalidenversicherungsanstalt, Landesstelle Wien, vom 17. Jänner 1948, an die Landesversicherungsanstalt Unterfranken in Würzburg, Deutschland. Und die „Spionagenachrichten“ über die sowjetische Besatzungsmacht betreffen hier ausschließlich Anträge von Flüchtlingen auf Weitergewährung von Invalidenrenten.

## 830 23. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 7. Dezember 1953

(*Abg. Koplenig: Das war doch die englische Zensur!*) Dieser Brief mit Mitteilungen über Invalidenrenten hat von 1948 bis jetzt bei dieser intelligenten Zensurstelle liegen müssen, von deren Eigenschaften ein österreichischer Autor in seinem Buch „Major Kwaplitschka“ ausreichende Schilderungen gegeben hat. Ich vermute, Kwaplitschka dürfte jetzt in der sowjetischen Besatzungsmacht Zensuroffizier geworden sein.

Meine Damen und Herren! Wir sind froh, daß wir gewisse Erleichterungen bekommen haben. (*Anhaltende Unruhe. — Präsident Böhm gibt das Glockenzeichen.*) Man sagt uns, wir sollen uns den Besatzungsmächten gegenüber, besonders den spät reuigen, die jetzt gewisse Zugeständnisse gemacht haben, dankbar erweisen. Nun ist unsere Freiheit ein unveräußerliches Recht. (*Zustimmung bei der SPÖ.*) Wenn man uns von diesem Recht ratenweise und stückweise etwas gibt, so haben wir keinen besonderen Grund, dafür eine außerordentliche Dankbarkeit zu zeigen! Und ich möchte als österreichischer Sozialist meinen Genossen, aber auch den anderen Damen und Herren dieses Hauses in Erinnerung rufen, daß es in wenigen Wochen 20 Jahre sein werden, da sich die österreichischen Arbeiter als die ersten auf der Welt erhoben haben, um die Demokratie und die Republik — nicht gegen den österreichischen Faschismus, sondern gegen den internationalen Faschismus — zu verteidigen. Das war im Februar 1934. Lassen wir in dieser Minute den Streit über geschichtliche Fragen unter uns Österreichern ruhen. Es ging damals um die demokratische Republik und um die Freiheit dieses Volkes. Wo waren aber damals unsere Befreier? (*Abg. Koplenig: Mit „freudigem Herzen“ habt ihr mit Ja gestimmt!*) Damals nicht! (*Abg. Koplenig: Mit „freudigem Herzen“ mit Ja gestimmt!*) — *Abg. Slavik: Ihr Feiglinge seid davongelaufen!* — *Anhaltende Zwischenrufe und Unruhe. — Präsident Böhm gibt das Glockenzeichen.*) Warten Sie einen Moment, Herr Abg. Koplenig, zu Ihnen komme ich noch besonders! (*Weitere Zwischenrufe.*)

Damals haben weder die Franzosen noch die englischen oder die amerikanischen Befreier etwas für unsere Demokratie getan, und das kann ja auch der Herr Abg. Koplenig nicht bestreiten. Aber ich möchte wissen, was damals die Sowjetmacht für die österreichischen Arbeiter und die österreichische Demokratie getan hat. (*Abg. Koplenig: Wir wissen, was der Helmer damals getan hat! Das wissen wir ganz genau!*) — *Abg. Dr. Tschadek: Rufmörder!*) Ja, schauen Sie, wenn man Ihnen eine Frage stellt (*heftige Zwischenrufe* — *Abg. Koplenig:*

*Wir wissen, was der Helmer getan hat, als die anderen geblutet haben! — anhaltende Unruhe*), Herr Abg. Koplenig, dann sollen Sie antworten. Aber wenn Sie in Ihren eigenen Reihen Ausschau halten, dann werden Sie eine Reihe von Leuten finden, die damals nicht anwesend waren. (*Zwischenrufe des Abg. Koplenig.*) Die haben damals gefehlt, als es um unsere Freiheit gegangen ist. (*Abg. Dr. Pittermann: Sie waren krank gemeldet!*) Sie waren krank gemeldet, wie Pittermann sagt, ganz richtig! Aber versuchen Sie nicht, den Ernst dieser Dinge zu verzerren! Die Russen haben damals keinen Finger für uns gerührt. Wir sind kämpfend untergegangen. Und dann hat es nach einem kurzen demokratischen Zwischenspiel eine Zeit gegeben, in der die sowjetische Befreiungsmacht nicht bloß ja gesagt hat, sondern mit Hitler und dem deutschen Faschismus ein Bündnis geschlossen hat! (*Starker Beifall bei der SPÖ. — Abg. Slavik: Da hat der Koplenig eine Erinnerungslücke!* — *Abgeordneter Koplenig: Schäbige Kapitulanten, die „freudigen Herzens“ mit Ja gestimmt haben!* — *Stürmische Gegenrufe bei der SPÖ.* — *Abgeordneter Koplenig: Helmer, der Verräter von 1934! Verräter wart ihr! Verräter Helmer!* — *Anhaltende Zwischenrufe.*) Eine Belehrung über Demokratie und Freiheitskampf brauchen wir nicht von denen, die mit Hitler ein Bündnis geschlossen haben. (*Abg. Koplenig: Verräter wart ihr!*) Aber wenn Sie die Freiheit haben, „Verräter“ zu sagen, Herr Koplenig, dann frage ich Sie: Wo sind heute die Schutzbündler, die damals in die Sowjetunion geflüchtet sind? Sagen Sie mir: Wie viele Schutzbündler sind jetzt noch in Karaganda? Wie viele Schutzbündler sind jetzt noch gemeinsam mit spanischen Republikanern in den Sklavenlagern dieser unmenschlichsten Diktatur unserer Zeit? (*Abg. Koplenig: Ein Verräter warst du, mit Helmer!*) Das sollen Sie beantworten! Sonst haben Sie nicht zu reden, denn auf Ihren Stirnen sind die Kainszeichen des vielfachen Brudermordes! (*Abg. Koplenig: Ihr Verrätergesellschaft! Die Arbeiter haben geblutet, und ihr habt sie verraten!*) Sie haben die österreichische Arbeiterschaft im Stiche gelassen und sich auf die Seite der fremden Bedrücker geschlagen. (*Abg. Koplenig: Schweig, Verräter!* — *Abg. Weikhart: Das Schicksal Berias steht vor euch!* — *Stürmische Zwischenrufe.*) Auf Ihnen lastet der ganze Makel dessen, der seine eigenen Genossen im Stiche läßt. (*Andauernde Zwischenrufe und Gegenrufe.*)

Wir Sozialisten kämpfen für die Freiheit des Staates (*Abg. Koplenig: Fragt den Helmer, wo er seine Pflicht erfüllt hat!*), wir verwalten gemeinsam mit der Österreichischen

## 23. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 7. Dezember 1953 831

Volkspartei in einer schweren Zeit diese Republik, während Sie als die jämmерlichen Agenten einer fremden Macht den Weg zur Freiheit nur mit Ihrem Kläffen begleiten. (*Starker Beifall bei der SPÖ.*) Aber Sie hat offenbar schon der große deutsche Dichter Goethe gekannt, als er über die Kläfferei einmal sagte:

„Wohin wir reiten kreuz und quer,  
Da kläfft es immer hinterher  
Und bellt aus allen Kräften.  
So will der Spitz aus unserm Stall  
Uns immerfort begleiten,  
Und seines Bellens lauter Schall  
Beweist nur, daß wir reiten!“

Wir gehen weiter auf unserem Wege zur Freiheit und ringen um einen Frieden in Freiheit für die Völker dieser Welt! (*Starker anhaltender sich wiederholender Beifall bei den Sozialisten. — Lebhafte Zwischenrufe.*)

**Präsident Böhm:** Meine Herren! Wir kommen um unsere Verhandlungszeit! Es nützt gar nichts, wenn Sie einander mit Zwischenrufen überhäufen.

Als nächster Redner gelangt der Herr Abg. Dr. Pfeifer zum Wort.

**Abg. Dr. Pfeifer:** Hohes Haus! Wir haben heute schon einen unserer Kameraden zu Wort kommen lassen, um eine Sache, die uns besonders am Herzen liegt, im voraus vorzutragen. Mir obliegt nun die Aufgabe, zur gesamten Gruppe des Kapitels Inneres und des Kapitels 26, das von den Übergangsmaßnahmen handelt, das zu erörtern, was uns wichtig erscheint.

Zunächst zum Innenministerium, und zwar zum Sicherheitswesen. In dieser Hinsicht habe ich schon im Ausschuß einen Wunsch von uns vorgebracht, den wir auch in die Form einer Entschließung gekleidet haben, nämlich den Wunsch, daß die Einrichtung der Sicherheitsdirektionen, die ja unsere Verfassungsurkunde nicht kennt, wieder aufgehoben werden soll. Die Entschließung, die wir heute wieder vorbringen, lautet:

Die Bundesregierung wird ersucht, vorzusorgen, daß die Sicherheitsdirektionen spätestens mit 1. Juli 1954 aufgehoben werden.

Der Herr Innenminister hat zu diesem Wunsch, den wir da geäußert haben, zweierlei geantwortet. Er hat erstens gemeint, die Ersparung, die dadurch eintreten würde, wäre nicht sehr bedeutend, weil er ohnedies im Begriffe sei, dahin zu wirken, daß zumindest der Beamtenstab der Sicherheitsdirektionen in den Landesdienst übernommen wird. Aber wie dem auch sei, eine gewisse Ersparnis wäre zweifellos damit zu erzielen, wenn die Funktion, die heute die Sicherheitsdirektoren

ausüben, wieder auf jene überginge, denen sie nach der Verfassung zusteht, nämlich auf die Landeshauptmänner.

In zweiter Hinsicht hat der Herr Innenminister auch gewisse Bedenken geäußert, weil nämlich manchmal ein Landeshauptmann Weisungen im Bereiche der mittelbaren Bundesverwaltung — die zu befolgen er nach der Verfassung verpflichtet ist — leider nicht befolgt. Der Herr Unterrichtsminister hat uns ja zwei Tage vorher bei der Behandlung des Unterrichtsressorts tatsächlich einen solchen Fall, der in seinem Bereiche vorkam, geschildert. Wenn diese Bedenken vorhanden sind, so ist doch darauf zu antworten, daß unsere Verfassung auch Mittel vorsieht, die dann Platz greifen, wenn ein Landeshauptmann etwa eine rechtmäßige Weisung durchzuführen unterließ oder sich weigert, sie durchzuführen. Unsere Verfassung sieht im Art. 142 vor, daß die Bundesregierung gegen einen solchen Landeshauptmann, der erteilte Weisungen nicht befolgt, die Anklage beim Verfassungsgerichtshof erheben kann, und in der Regel lautet das verurteilende Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes auf Verlust des Amtes. Wenn es tatsächlich immer wieder vorkommt, daß Landeshauptleute Weisungen nicht befolgen, müßte also die Bundesregierung einmal den Mut aufbringen, von dem Recht, das ihr zusteht, Gebrauch zu machen!

Wir haben im Laufe der Debatte im Ausschuß erfreulicherweise feststellen können, daß unser Wunsch hinsichtlich der Vereinfachung des Meldewesens nicht nur von Abgeordneten der Regierungsparteien geteilt wurde, sondern daß er auch vom Ministerium selbst durchaus positiv beurteilt wird und daß das Ministerium im Begriff ist, sich mit einer Vereinfachung des Meldewesens zu befassen.

Ebenso möchte ich hier erwähnen, daß wir im abgelaufenen Jahr erfreulicherweise auch auf einem anderen Gebiet des Sicherheitswesens, nämlich des Paßwesens, eine Übereinstimmung zwischen den Auffassungen des Innenministeriums und der Opposition feststellen konnten, nämlich hinsichtlich der österreichischen Paßhoheit, wonach die österreichischen Behörden Reisepässe auch den sogenannten belasteten Personen ausstellen können sollen. Unsere diesbezügliche Interpellation, die wir gestellt haben und die von der Regierung positiv beantwortet wurde, hat zu neuerlichen Bemühungen der Regierung und endlich zu dem erfreulichen Erfolg geführt, daß nun die österreichischen Behörden auch auf diesem Gebiet tatsächlich wieder voll Herr der Lage sind und die Sicherheitsbehörden in erster Instanz selbst so wie den übrigen auch den sogenannten belasteten Personen Pässe ausstellen können.

## 832 23. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 7. Dezember 1953

Was das Gebiet der Preisbestimmung und Preisüberwachung anlangt, das ja auch in das Arbeitsgebiet des Innenministeriums fällt, haben wir und habe auch ich in den vergangenen Jahren wiederholt die Ansicht geäußert, daß man, je mehr sich das Wirtschaftsleben normalisiert, sich umso mehr mit einer bloßen Preisüberwachung begnügen und von der erst in der Zweiten Republik neu eingeführten Preisregelung und Preisbestimmung wieder abssehen können wird. Die Preisregelung, insbesondere die Festsetzung von starren Höchstpreisen, die der beweglichen Wirtschaft nicht zu folgen vermögen, halten wir für mehr und mehr entbehrlich, ja in vielen Fällen für schädlich. Wir werden daher auch einer etwa geplanten unveränderten Verlängerung der Geltungsdauer des Preisregelungsgesetzes nicht zustimmen können. Die näheren Gründe habe ich schon in früheren Reden ausgeführt.

Ich komme damit zu einem zweiten großen Arbeitsgebiet des Innenministeriums, das in der Sektion II, Angelegenheiten der allgemeinen Verwaltung, zusammengefaßt ist. Da werden zunächst einmal die Wahlangelegenheiten bearbeitet. Ich möchte hier heute nur andeuten, daß wir schon ganz konkrete Wünsche hinsichtlich einer Wahlreform haben, worüber ja mein Kollege Zeillinger noch näher sprechen wird, insbesondere hinsichtlich des Stimmzettels. Aber auch hinsichtlich der Wahlkreisverbände würden wir es für richtig halten, wenn anstatt der vier Wahlkreisverbände ein einziger wiederhergestellt werden würde, der das ganze Bundesgebiet umfaßt.

Für Volksbegehren, Volksabstimmung und Stimmlisten hatten wir in der vorigen Periode Gesetzentwürfe, und wir hoffen nach den Ankündigungen des Herrn Ministers, daß wir auch in dieser Periode bald wieder solche Entwürfe bekommen und wir sie dann auch zur Behandlung und Erledigung bringen werden.

Wichtig und dringend scheint uns auch zu sein, daß endlich ein Fürsorgegrundgesetz ausgearbeitet, dem Ministerrat zur Genehmigung vorgelegt und dann im Hause auch eingebbracht wird, aus dem einfachen Grund, weil das Fürsorgerecht, das wir heute haben, noch auf der deutschen Fürsorgepflichtverordnung beruht, die aber inzwischen in rechtlicher Hinsicht zu Landesrecht der einzelnen Länder geworden ist, weil ja dem Bund nur die Grundsatzgesetzgebung auf dem Gebiete der öffentlichen Fürsorge zusteht. Es besteht nun die Gefahr, daß sich das Recht auseinanderentwickelt und dann nicht einmal mehr durch gemeinsame Grundsätze dauernd verbunden wäre, was aber auf diesem Gebiet

unmöglich ist. Es besteht auch derzeit der Mangel, daß zwar mit dem Begriff der Bezirksfürsorgeverbände, die nun einmal im Fürsorgerecht enthalten sind, weitergearbeitet wird, obwohl in formaler Hinsicht die Bezirksfürsorgeverbände durch die vorzeitige Besetzung der Landkreise als Selbstverwaltungskörper im Jahre 1945 der gesetzlichen Grundlage entbehlen. Der derzeitige Zustand, daß die Bezirkshauptmannschaften das Vermögen der aufgelösten Bezirksfürsorgeverbände gewissermaßen treuhändig verwalten, ist unhaltbar.

Auch hinsichtlich des Gemeinderechtes hätten wir Wünsche. Der seit 1920 bestehende Übergangszustand, daß mangels einer Neuordnung des Gemeinderechtes in seinen Grundzügen durch die Bundesverfassung noch immer gewisse Artikel des alten österreichischen Reichsgemeindegesetzes von 1862 weiter gelten, ist ebenfalls unbefriedigend, weil völlig unübersichtlich. Zumindest sollte meiner Meinung nach die Zuständigkeit des Bundes dahin erweitert werden, daß er wenigstens die Grundsätze des Gemeinderechtes einheitlich regeln kann.

Ein neues österreichisches Gesetz über die Namensänderung scheint uns auch sehr erwünscht. Weiters wünschen wir, daß auch auf dem Gebiet der Namensänderung mit publiziertem Recht und nicht mit nicht publizierten Erlässen gearbeitet wird.

Das Staatsbürgerschaftsrecht gibt uns Anlaß, in mehrfacher Hinsicht seiner zu gedenken. Erstens einmal möchte ich daran erinnern, daß wir am 17. Juni dieses Jahres neuerlich einen Antrag auf Abänderung des § 4 des Staatsbürgerschafts-Überleitungsgesetzes eingebracht haben, der von dem Widerruf der Ausbürgerungen, die auf Grund einer Dollfuß-Verordnung erfolgt sind, handelt und leider zweierlei Personenkreise und zweierlei Recht geschaffen hat. Wir müssen mit Bedauern feststellen, daß dieser Initiativantrag, der zwar schon in der vorigen Periode einmal in Behandlung gezogen, dann aber, um noch Erhebungen durchzuführen, vertagt wurde, nicht wieder in Behandlung genommen wurde, wie es ja bei Anträgen, die von der Opposition her kommen, so üblich ist.

Eine andere Angelegenheit sind die sogenannten Verzichtserklärungen oder Verzichtsreverse, die anlässlich von Einbürgerungen von den Einbürgerungswerbern verlangt wurden. Wir können mit Befriedigung feststellen und haben mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, daß knapp nachdem wir noch in der letzten Ausschusssitzung davon sprachen und unseren alten Wunsch in Erinnerung brachten, der Herr Innenminister

## 23. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 7. Dezember 1953 833

eine Weisung an die Ämter der Landesregierungen hinausgegeben hat, bei Einbürgerungen in Hinkunft den finanziellen Verzichtsrevers, soweit sich dieser auf Ansprüche gegen die Republik Österreich bezieht, nicht mehr abzuverlangen. Damit ist eine langjährige Forderung von uns, zum Teil wenigstens, erfüllt.

Wir wünschen aber, daß darüber hinaus auch die bisher doch unter einem Druck und Zwang aus den Verhältnissen und aus der Not heraus abgegebenen Verzichtserklärungen wenigstens für die Zukunft als ungültig erklärt werden, wie dies hinsichtlich der Kriegsopfersversorgung durch die letzte Novelle zum Kriegsopfersversorgungsgesetz und hinsichtlich der Sozialversicherung durch das eben vom Parlament genehmigte Zweite deutsch-österreichische Sozialversicherungsabkommen geschehen ist.

Mit diesen Bemerkungen zum Staatsbürgerschaftsrecht und im besonderen zu dem Verzichtsrevers, der vor allem in dem Schicksal der um Einbürgerung ansuchenden Volksdeutschen eine bedeutende Rolle gespielt hat, komme ich zu einem dritten Hauptpunkt meiner Ausführungen, nämlich zu der Betreuung der heimatvertriebenen Volksdeutschen.

Die Betreuung der heimatvertriebenen Volksdeutschen — auch hier lassen Sie mich erst etwas Positives voranstellen — ist zweifellos im heurigen Jahr durch die Ratifizierung des Bonner Pensionsabkommens vom 27. April 1953 und ferner durch die erst vor wenigen Wochen erfolgte Genehmigung der Flüchtlingskonvention sowie des Zweiten deutsch-österreichischen Sozialversicherungsabkommens am 26. November endlich einige langersehnte Schritte weitergekommen. Dies wird sicherlich von allen Interessenten, von allen Betroffenen dankbarst begrüßt.

Soweit aber Österreich allein aus seiner eigenen Kasse etwas leisten soll, zum Beispiel hinsichtlich der Volksdeutschen aus dem Osten oder Südosten, die nicht unter das Bonner Pensionsabkommen fallen, oder soweit es sich um Erleichterungen hinsichtlich der Einbürgerung oder Ausübung des erlernten Berufes handelt, die gewährt werden sollten und die den Staat selbst gar nichts kosten, ist es noch immer recht schlecht bestellt, weil die Verantwortlichen nicht die Einstellung zu dieser Frage haben, wie sie nach der im Jahre 1919 von der Deutsch-österreichischen Nationalversammlung abgegebenen Erklärung zu erwarten wäre, daß wir nämlich mit jeder Faser unseres Herzens an der Seite dieser leidgeprüften Volksgenossen stehen und uns für sie kein Opfer zu groß sein wird — das waren

die Worte, wie sie seinerzeit der Abg. Seitz hier im Abgeordnetenhaus gesprochen hat.

Nach den Angaben des Herrn Innenministers Helmer vom 12. November im Finanz- und Budgetausschuß beträgt die Zahl der eingebürgerten Volksdeutschen schätzungsweise 112.400 Personen, mit Familienangehörigen etwa 225.000 Personen. Zu diesen kommt noch hinzu die Zahl der deutschsprachigen Flüchtlinge, wie sie hier in dieser Statistik angeführt sind, wobei ja zweifellos unter Flüchtling sowohl der Vertriebene als auch der Flüchtling im engeren Sinne zu verstehen ist, die aber beide im Sinne der Flüchtlingskonvention noch nicht eingebürgert sind und darum als solche bezeichnet werden.

Wenn wir diese beiden Zahlen, einerseits die der Eingebürgerten mit Familien 225.000 und anderseits die Zahl der deutschsprachigen Flüchtlinge, die der Herr Minister mit 184.000 angegeben hat, zusammenzählen, so gelangen wir zu der Summe von 409.000. Man kann also annehmen, daß die Zahl der eingebürgerten und der nicht eingebürgerten vertriebenen oder geflüchteten Volksdeutschen, welche in Österreich dauernd Aufenthalt nahmen, mindestens 400.000 beträgt. In dieser Hinsicht weicht also meine Zahl etwas von der des Herrn Kollegen Machunze ab, weil er offenbar die Eingebürgerten nicht in dem Ausmaß einbezogen hat wie der Herr Minister. Übereinstimmung besteht aber zwischen seinen Ziffern und meinen darin, daß von den Heimatvertriebenen noch ungefähr 40.000 in Lagern leben. In Lagern, die vom Bund betreut werden, sind es etwas weniger, ungefähr 36.000, aber es kommen noch andere, städtische Lager hinzu, sodaß man rund 40.000 annehmen kann. Das bedeutet in Gegenüberstellung zu der früheren Zahl von 400.000 heimatvertriebenen Volksdeutschen ungefähr ein Verhältnis von 10 Prozent, sodaß also jeder zehnte dieser Vertriebenen noch in Lagern lebt.

Nur zum Vergleich möchte ich erwähnen, daß nach einer amtlichen Statistik des deutschen Bundesministeriums für Vertriebene der Prozentsatz der noch in Lagern befindlichen Heimatvertriebenen in Westdeutschland am 1. Oktober 1950 4,5 Prozent und Ende 1952 nur mehr 3,7 Prozent betragen hat, also beträchtlich unter dem noch sehr hohen Prozentsatz von 10 Prozent in Österreich liegt, obwohl ja dort bekanntlich die Städte durch die Bombardierung noch viel schlimmer zerstört wurden als bei uns.

Ausgewandert sind nach den amtlichen Quellen — auch nach den Angaben des Herrn Ministers — von den Volksdeutschen im Jahre 1951 rund 7000 nach Amerika und

## 834 23. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 7. Dezember 1953

im Jahre 1952 und in der ersten Hälfte 1953 rund 10.000 Personen, also in zweieinhalb Jahren immerhin 17.000 Personen. Diese betrüblichen Zahlen zeigen deutlich, daß die Bevölkerungspolitik, die hier getrieben wird, nicht die richtige ist. Anstatt alles zu unternehmen, um den schweren Menschenverlust des zweiten Weltkrieges und den seitherigen Geburtenrückgang durch die rechtliche, politische und wirtschaftliche Eingliederung sowie Seßhaftmachung der Volksdeutschen halbwegs auszugleichen, treibt man sie durch die unzulängliche Fürsorge und Planung zur Auswanderung, wobei die jungen, kräftigen und tüchtigen Leute mit ihren Frauen und Kindern auswandern und die alten, kranken und weniger tüchtigen zurückbleiben, worauf wir wiederholt auch schon in Interpellationen hingewiesen haben.

Die rund 400.000 Volksdeutschen, von denen ich sprach, die in Österreich leben, machen ungefähr 5,76 Prozent der Gesamtbevölkerung Österreichs aus, die nach der letzten Volkszählung 6.933.000 Personen beträgt. Zum Vergleich sei angeführt, daß nach dem Stand von 1952 in Westdeutschland 39 Millionen Einheimischen 9,6 Millionen Vertriebene und Flüchtlinge gegenüberstanden, davon 8 Millionen Heimatvertriebene und 1,6 Millionen Sowjetzonenflüchtlinge. Die Heimatvertriebenen machten 16,7 Prozent, die Heimatvertriebenen plus Sowjetzonenflüchtlinge machten 19,5 Prozent der Gesamtbevölkerung aus, und seitdem sind, wie wir ja wissen, noch und noch Hunderttausende aus der Sowjetzone nach dem Westen geflohen, sodaß also mindestens 20 Prozent der Bevölkerung Westdeutschlands heute aus Heimatvertriebenen und Flüchtlingen bestehen, also ein gewaltig höherer Prozentsatz als der, den ich bei uns mit 5,76 Prozent festgestellt habe. Dennoch hat die Bundesrepublik Westdeutschland, die im Kriege so sehr gelitten hat und zerstört wurde, für die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, und zwar auch für Millionen aus Altösterreich, unvergleichlich viel geleistet.

Ich verweise nur auf folgende Tatsachen, die ein ungefähres Bild geben können:

1. sind nach dem Art. 116 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland Flüchtlinge und Vertriebene deutscher Volkszugehörigkeit den deutschen Staatsangehörigen politisch und rechtlich völlig gleichgestellt;

2. wird ihr Wohl und Wehe von einem eigenen Bundesministerium für Vertriebene wahrgenommen, in den Ländern überdies von eigenen Staatssekretariaten;

3. gehören jetzt dem Deutschen Bundestag 67 Abgeordnete als Mitglieder an, die Heimat-

vertriebene sind und sich dementsprechend um das Schicksal der Vertriebenen annehmen;

4. ist durch ein großzügiges Lastenausgleichsgesetz vom Jahre 1952 ein gerechter Ausgleich zwischen jenen, die durch den Krieg und seine Folgen alles verloren haben, und jenen, die verschont blieben, hergestellt;

5. hat der Deutsche Bundestag in der vorigen Periode, noch am 19. Mai 1953, ein Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge, das sogenannte Bundesvertriebenengesetz, beschlossen, das die berufliche und wirtschaftliche Eingliederung der Vertriebenen des näheren gesetzlich regelt.

Es ist allerhöchste Zeit, daß auch in Österreich die volle Eingliederung und Seßhaftmachung der Volksdeutschen systematisch betrieben wird. Die Hauptforderungen der Volksdeutschen, die wir unterstützen, sind:

1. Schaffung eines Zentralbüros für die Heimatvertriebenen im Bundeskanzleramt mit einem volksdeutschen Vertrauensmann an der Spitze. Ob sich dieser nun Beauftragter oder Staatssekretär oder wie immer nennt, ist gleichgültig; darüber habe ich schon beim Kapitel Bundeskanzleramt gesprochen.

2. Schaffung eines überparteilichen, auf demokratischer Grundlage gebildeten Beirates.

3. Völlige Gleichberechtigung und vereinfachter Erwerb der Staatsbürgerschaft, etwa durch Abgabe der Staatsbürgerschaftserklärung oder Optionserklärung, wie wir es auch in der Ersten Republik gehabt haben.

4. Gewährung eines Darlehens durch die Vereinten Nationen, um die wirtschaftliche Eingliederung durchführen zu können. Als Sicherstellung, so meinten die volksdeutschen Organisationen, könnte das in ihrer Heimat verbliebene Vermögen für die Vereinten Nationen dienen — denn irgendwie werden die Staaten, die es vorläufig eingezogen haben, doch auch einmal Schadenersatz dafür leisten müssen —, ein Moment, das bei den Verhandlungen vermögensrechtlicher Natur mit den Nachbarstaaten auch seitens unserer Regierung wahrgenommen werden sollte. Zu diesem Punkt ist darauf zu verweisen, daß die Vereinten Nationen auch den arabischen Ländern und insbesondere den aus ihren Wohnsitzten Vertriebenen große Summen zur Verfügung gestellt haben, um dort die Not zu lindern und wieder neues Leben und eine Seßhaftmachung möglich zu machen. Was die Vereinten Nationen den Arabern gewährt haben, könnten sie ebenso auch den Heimatvertriebenen in Österreich gewähren, die ja in einer Weise vertrieben wurden, die zweifellos nicht dem Völkerrecht entspricht.

## 23. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 7. Dezember 1953 835

5. Die Volksdeutschen verlangen mit gutem Grund auch die Schaffung eines volksdeutschen Kreditinstitutes, das von ihnen selbst verwaltet wird und in dem sie natürlich, wenn sie Darlehen bekämen, auch diese zu verwalten hätten.

6. Sie verlangen — und das bezieht sich auf die unmittelbare Gegenwart — ferner die Beseitigung des derzeitigen obrigkeitlichen Systems der Lagerverwaltung, von der es auch heißt, daß sie von einem überdimensionierten Beamtenapparat besorgt wird. Sie meinen, daß die Lagerverwaltung in weitgehendem Maße durch ehrenamtliche Kräfte aus der Mitte der volksdeutschen Lagerinsassen selbst geführt werden könnte und daß damit eine bedeutende Ersparnis auf dem Gebiete des Personalaufwandes zu erzielen wäre, die dann in anderer Weise den Volksdeutschen zugute käme.

7. Die Volksdeutschen wünschen die gleichmäßige Behandlung aller Volksdeutschen der ehemaligen Monarchie, gleichgültig, aus welchem Teilgebiete der ehemaligen Monarchie sie stammen. Schließlich sind sie alle Volksdeutsche, die eben zu uns kamen und Zuflucht suchten. Es ist daher nur recht und billig, daß man sie alle gleich behandelt. Ich führe das insbesondere deswegen an, weil dies augenblicklich auf dem Gebiete des Pensionsrechtes beziehungsweise der Gewährung der außerordentlichen Versorgungsgenüsse eine sehr entscheidende Rolle spielt, denn die Ost- und Südostdeutschen sollen nicht schlechter behandelt werden als andere Gruppen, die formal unter das Bonner Abkommen fallen.

Endlich darf ich noch die immer wieder vorgetragene Forderung nach Einbeziehung der volksdeutschen Kriegsversehrten in die Kriegsopfersversorgung erwähnen, die wir schon so lange erhoffen und erwarten und die noch immer nicht erfüllt ist.

Ich habe heuer im Sommer, im Juni dieses Jahres, an der alljährlich stattfindenden Tagung der Donauschwäbischen Arbeitsgemeinschaft dieser großen deutschen Volksgruppe in Österreich, die rund 160.000 Seelen umfaßt, als Abgeordneter teilgenommen und bin mit dem Eindruck, mit der Erinnerung fortgegangen, wie der Vorsitzende dieser Arbeitsgemeinschaft alle die Nöten geschildert und kundgetan hat, daß langsam die Geduld der Leute zu Ende geht. Er hat nämlich gesagt, daß im Falle eines Scheiterns der Bemühungen um ein Eingliederungsprogramm die Abwanderung dieser großen Donauschwaben-Gruppe, die hauptsächlich bäuerlichen Berufes ist und hier viel gute Arbeit leistet, nach USA und nach Deutschland

ins Auge gefaßt werden müßte, wenn nicht endlich hier eine Hilfe und ein Eingliederungsprogramm zustande kommt. Möge daher die Bundesregierung die notwendigen Maßnahmen ergreifen, ehe es zu spät ist. (*Lebhafter Beifall bei der WdU.*)

Im engen Zusammenhang mit dieser Be trachtung über die Betreuung der Volksdeutschen, die — das ist nun einmal zu sagen — noch sehr viele Wünsche offenläßt, die bei gutem Willen erfüllt werden können, habe ich noch als letztes Kapitel von der Heimkehrerfürsorge zu sprechen, von der mein Kollege, Abg. Herzele, schon anfangs gesprochen hat, der diese Frage vom allgemein menschlichen Standpunkt aus betrachtete. Ich werde dieses Problem nun von der budgetmäßigen und von der rechtlichen Seite behandeln.

Der Aufwand für die Heimkehrerfürsorge ist für 1954 mit bloß 397.000 S veranschlagt, während er für 1953 auch mit einer ganz kleinen Summe, die aber doch ein bißchen größer war, mit 437.000 S veranschlagt war. Es ist uns unverständlich, daß man diesen völlig unzulänglichen Kredit nun noch herabsetzen will. Mit dem feierlichen Empfang eines Spätheimkehrertransports, wie jenem am 14. Oktober 1953 in Wiener Neustadt, der 630 Personen endlich in ihre Heimat zurückgebracht hat, und mit der Gewährung eines Handgeldes von 100 S, von Zigaretten und einem Abendessen sowie der unentgeltlichen Weiterbeförderung bis zum Heimatbahnhof ist das ernste Problem noch nicht gelöst (*Zustimmung bei der WdU*); auch noch nicht, wenn die Heimkehrer am nächsten Tag nochmals 100 S erste Hilfe von der Gemeinde Wien erhalten, und selbst wenn sie Kleider, Wäsche und Schuhe und einen Erholungsaufenthalt zugebilligt bekommen, was dann anschließend geschehen ist, wobei ich nicht untersuchen will, wieweit diese Kleider aus privaten Spenden oder aus dem Säckel des Staates oder der Gemeinden angeschafft worden waren. Aber ich verweise hier nur auf einen Artikel „Heimkehrer vor verschlossenen Türen“ in der Zeitung „Die Presse“ vom 7. November 1953, wo das ganze Elend dieser Spätheimkehrer, wie es sich dann alsbald in zahlreichen Fällen in Wirklichkeit gezeigt hat, geschildert ist.

Betrachten wir die Sache einen Moment von der rechtlichen Seite her. Nach Art. 10 Z. 15 der Bundesverfassung ist die Fürsorge für Kriegsteilnehmer und deren Hinterbliebene in Gesetzgebung und Vollziehung Bundessache. Auf diese Kompetenzbestimmung gründet sich beispielsweise unser Kriegsopfersversorgungsgesetz und zweifellos die gegenständliche, aber völlig unzureichende Heimkehrerfürsorge

## 836 23. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 7. Dezember 1953

des Bundes nach dem § 26 Titel 2 a § 2 des Bundesvoranschlag. Wir sind nun der Ansicht, daß diese vom Bund zu leistende Heimkehrerfürsorge der gesetzlichen Regelung bedarf und es nicht einfach dem Belieben der Bürokratie überlassen bleiben kann, was aus diesem Titel und den dafür vorgesehenen Mitteln im Einzelfall geleistet wird. Denn die gesamte staatliche Verwaltung darf nach Art. 18 der Bundesverfassung nur auf Grund der Gesetze ausgeübt werden, und ein Budgetansatz allein genügt in dieser Hinsicht unserer Ansicht nach noch nicht. Eine Verwaltung mit uferlosem Ermessen ist das Kennzeichen des absoluten Polizeistaates. Wenn wir ein demokratischer Rechtsstaat sein wollen und wenn wir auch die Heimkehrerfürsorge im Sinne der Bundesverfassung gewähren wollen, dann müssen wir auch für sie eine gesetzliche Grundlage schaffen, mag es auch scheinen, daß es aus zeitlichen Gründen jetzt am Ende dieser langen Wartezeit vielleicht nicht mehr so ganz am Platze wäre, ein Gesetz zu schaffen. Es ist doch so, daß es sich nicht bloß darum handelt, daß diese Spätheimkehrer — auch die jetzt wieder angekommenen — lediglich eine erste Hilfe bekommen, sondern es handelt sich darum, sie in jeder Hinsicht, so ähnlich wie jene, die das Schicksal zu Heimatvertriebenen gemacht hat, wieder in die Wirtschaft und in das gesellschaftliche Leben einzugliedern und ihnen wieder zu einer menschlichen und würdigen Existenz zu verhelfen. Darum geht es, und da muß der Bund auch als Gesetzgeber eingreifen und ihnen die Bahnen hiefür öffnen.

Auch die Bundesländer erwarten eine solche gesetzliche Regelung des Bundes, wie aus Resolutionsanträgen und auch aus einer angenommenen Entschließung des Steiermärkischen Landtages hervorgeht. Der Kollege Herzele als Kärntner hat auch einen Beschuß des Finanzausschusses des Kärntner Landtages sowie einen dort angenommenen Antrag erwähnt, wonach die beispielgebende Betreuung der Spätheimkehrer durch die Landesregierung Kärnten und der Stadtgemeinde Klagenfurt begrüßt und die zuständige Abteilung der Landesregierung aufgefordert wird, bei den zuständigen Dienststellen des Bundes vorstellig zu werden, daß der Bund dasselbe für die Heimkehrer leiste wie das Land Kärnten. Ich darf hier erwähnen, daß das Land Kärnten an der Spitze derer steht, die in der Betreuung der Heimkehrer wirklich etwas tun, daß dieses Land 2000 S Soforthilfe gibt und die Gemeinde Klagenfurt auch 2000 S. Das sind also immerhin 4000 S.

Im übrigen ist aber nach meinen Erkundigungen, die ich in den Bereichen der Bundes-

länder eingezogen habe, die Hilfeleistung durchaus verschieden. Es ist noch das Bundesland Vorarlberg rühmenswert hervorzuheben, das auch eine Soforthilfe von 3000 bis 3500 S gewährt. Andere Länder stehen aber weit, weit zurück und haben sich mit 400 S und etwa mit einer Aushilfe an Kleidern usw. begnügt. Sie sehen schon, daß hier ein so verschiedenes Maß angewendet wird, das das einzelne Land bestimmt, sodaß schon aus dem Grunde heraus eine einheitliche Regelung durch den Bund erforderlich ist, durch die dem Heimkehrer, wenn er nach Jahren und Jahrzehnten wieder sein Vaterland betritt, eine gleichmäßige Hilfe von Bundes wegen wenigstens für eine Übergangszeit gewährt wird.

Wir selbst haben im Sinne dieser Bestrebungen am 12. November einen Entschließungsantrag im Budgetausschuß eingebraeht, der im Ausschuß zunächst auf die Zustimmung der Parteien zu stoßen schien, denn niemand hat dagegen gesprochen; ich hatte den Eindruck, daß auch der Herr Bundesminister ihn für berechtigt und begründet hält. Umso mehr erstaunt war ich, daß dieser Entschließungsantrag, obwohl er wirklich doch nur bescheidene Forderungen enthält, der Ablehnung im Unterausschuß und Ausschuß verfiel, und zwar hat man erst, was man sonst nie tut, im Augenblick der Abstimmung auf einmal ein paar Worte der Begründung dafür gefunden.

Der Herr Berichterstatter Grubhofer hat damals darauf hingewiesen, was derzeit auf Bundesseite geleistet wird. Er erwähnte, daß eine Bundesbeihilfe von 300 S dem einzelnen gewährt werde, die auf 500 S erhöht werden soll. Im Anfang hat man es mit 100 S bewenden lassen, und die 200 S sind erst dann nachgegeben worden. Dazu kommen die Verpflegung nach der Ankunft mit einem Kostenaufwand von 15 S bis 17 S; Reiseverpflegung für weiterreisende Heimkehrer mit 12 S; Bahnhof bis zum Heimatbahnhof, wofür die Bundesbahn eine Pauschalvergütung von 12 S pro Mann erhält; Spitalskosten für kranke Heimkehrer und — das ist vielleicht das Wichtigste — Heimkehrerunterstützung an jene, deren Angehörige eine Hinterbliebenrente bezogen haben. Es ist nämlich nach dem Kriegsopfersorgungsgesetz vorgesehen, daß für Kriegsgefangene und Vermißte, solange man von ihnen nichts weiß und sie nicht da sind, die Angehörigen so wie die Hinterbliebenen behandelt werden und eine Rente bekommen. Und wenn der Heimkehrer da ist, bekommen diese eine Unterstützung. Ledige Heimkehrer bekommen aber nichts! Eine weitere Unterstützung hilfsbedürftiger Heimkehrer erfolge durch die Fürsorgeämter. So hieß es in der Begründung.

## 23. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 7. Dezember 1953 837

Wir sind nach wie vor der Meinung, wenn da auch gewisse, aber äußerst bescheidene Leistungen geschehen, eben mit 100 oder 300 S Handgeld, so ist das Problem damit nicht gelöst. Daher haben wir uns neuerlich entschlossen, einen Entschließungsantrag einzubringen, der im wesentlichen dasselbe — mit kleinen Verbesserungen — wiederholt, was wir schon im Ausschuß verlangt haben.

Diese Entschließung lautet:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird unter Hinweis auf Art. 10 Z. 15 des Bundes-Verfassungsgesetzes ersucht, dem Nationalrat ehestens einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Regelung der Spätheimkehrerfürsorge zum Gegenstand hat und folgende Hilfeleistungen vorsieht:

1. Gewährung einer einmaligen ausreichenden Soforthilfe für jeden Spätheimkehrer;

2. Gewährung eines angemessenen Vorschusses an jene Spätheimkehrer, die in der Gefangenschaft eine nach dem Genfer Abkommen über die Behandlung der Kriegsgefangenen zu vergütende Arbeit geleistet, aber keine Vergütung erhalten haben;

3. 75prozentige Ermäßigung auf öffentlichen Verkehrsmitteln bis zur Wiedereingliederung in den Arbeitsprozeß;

4. bevorzugte Arbeitsvermittlung durch die Arbeitsämter;

5. Gewährung erhöhten Arbeitslosengeldes für den Fall, daß sich die Wiedereingliederung in den Arbeitsprozeß verzögern sollte;

6. Wiedereinstellung in den öffentlichen Dienst;

7. Gewährung von Darlehen zum Aufbau einer Existenz für jene Spätheimkehrer, die nicht aus dem Kreise der Lohn- und Gehaltsempfänger stammen;

8. bevorzugte Wohnungszuweisung;

9. Gewährung von Heilfürsorge.

Das wären die Grundsätze, nach welchen dieses Gesetz unserer Ansicht nach gestaltet werden sollte, damit auch die notwendigen Mittel zur Erfüllung dieser Aufgabe, die dieser Gesetzentwurf vorsieht, und überhaupt die notwendigen Mittel vorhanden sind.

Für den Fall, daß es zu diesem gewünschten Gesetz nicht kommt, stellen wir auch gleichzeitig den Antrag, den wir auch schon im Ausschuß gestellt haben, nur ziffernmäßig etwas berichtigt — einen gesetzändernden Antrag, nicht bloß einen Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Aufwandskredit „Heimkehrerfürsorge“, Kapitel 26 Titel 2 a § 2, ist von 397.000 S auf 10.000.000 S zu erhöhen.

Die Mehrausgaben sind aus dem Aufkommen an Besatzungskostenbeiträgen zu decken.

Da nun die Regierung und die Regierungsparteien sich darin einig sind, daß die Besatzungskostenbeiträge auch noch im kommenden Jahr, zumindest im ersten Halbjahr des Jahres 1954, eingehoben werden sollen und daraus bedeutende Einnahmen erzielt werden, die zu dem ursprünglichen Zwecke nicht mehr gebraucht werden, ist es recht und billig, daß diese kleine Gruppe der Spätheimkehrer, die ja noch sehr stark mit dem Krieg und der Besatzung irgendwie in ursächlichem Zusammenhang steht, daraus die erforderlichen Mittel bekommt, ebenso wie wir der Meinung sind, daß auch die Besatzungsgeschädigten aus diesem Ertragnis zu beteiligen sind. Das ist übrigens ein Gedanke, den auch der Herr Bundeskanzler Raab bei einer Rede in Graz selbst ausgesprochen hat, sodaß man ihn wohl schwerlich wird ablehnen können.

Zum Schluß gestatten Sie mir, hier auch noch einen kleinen Vergleich zu ziehen. Ich habe mir in der Zwischenzeit zwischen der Ausschusssitzung und der heutigen Plenarsitzung das Heimkehrergesetz aus der Bundesrepublik Deutschland beschafft, das dort schon seit dem Jahre 1950 besteht, das Heimkehrergesetz, das ebenso wie das Gesetz, das wir verlangen, Hilfsmaßnahmen für Heimkehrer vorsieht, vom 19. Juni 1950 datiert ist und seither bereits zweimal wesentliche Novellierungen und Verbesserungen erfahren hat, die letzte im Sommer 1953.

Danach erhalten sämtliche Heimkehrer seit 1950 ein Entlassungsgeld von 200 DM, also ungefähr 1200 S, ferner Übergangsbeihilfe in Bekleidung und Gebrauchsgegenständen im Werte von 300 DM, zusammen also ungefähr 500 DM, das sind ungefähr 3000 S. Der Heimkehrer hat ferner — und das ist das Entscheidende — einen gesetzlichen Anspruch auf bevorzugte Wohnungszuweisung, auf Sicherung des früheren Arbeitsverhältnisses, das, wenn es schon erloschen ist, wiederauflebt, auf eine bevorzugte Arbeitsvermittlung, auf Berufsfürsorge, auf Arbeitslosenhilfe nach dem Arbeitslosengesetz und auf Krankenhilfe nach dem Krankenversicherungsgesetz, auch dann, wenn er vorher nicht krankenversichert war. Die Zeiten der Kriegsgefangenschaft oder der Internierung gelten in der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten als Ersatzzeiten. In den öffentlichen Dienst sind Heimkehrer vor anderen Bewerbern bei Vorliegen

## 838 23. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 7. Dezember 1953

entsprechender fachlicher Voraussetzungen bevorzugt einzustellen.

Das sind die wesentlichen Bestimmungen dieses Heimkehrergesetzes, das der Deutsche Bundestag beschlossen hat. Ich möchte nur wünschen und empfehlen, daß auch der Herr Innenminister, der Herr Sozialminister sowie der Herr Finanzminister dieses Gesetz studieren, und der Hoffnung Ausdruck geben, daß unsere Anträge, unsere Anregungen und Hinweise so oder so zu einem Nutzen und zu einem Erfolg führen mögen. (Beifall bei der WdU.)

**Präsident Böhm:** Alle drei vom Herrn Abg. Dr. Pfeifer eingebrachten Anträge sind genügend unterstützt und stehen daher zur Verhandlung.

Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, stelle ich fest, daß ich aus dem stenographischen Protokoll entnommen habe, daß der Herr Abg. Koplenig den Herrn Innenminister gröblich beschimpft hat, indem er ihn einen „Verräter“ genannt hat. Ich rufe Herrn Abg. Koplenig dafür zur Ordnung.

Als nächster Redner gelangt zum Wort der Herr Abg. Krippner.

**Abg. Krippner:** Hohes Haus! Die Angleichung der Wechselkurse ist leider Gottes um ein Jahr zu spät erfolgt, und dieses Jahr hat eine Gruppe von Schiebern, die es ja auch in unserem Lande gibt, dazu benutzt, um unserer Wirtschaft schweren Millionenschaden zu versachen.

Sie kennen alle meinen kompromißlosen Kampf gegen diese Schieber, und ich wiederhole jetzt eine Stelle meiner Rede, vom Mai dieses Jahres, in der ich ausgeführt habe:

„So verwerflich die Handlungsweise dieser sogenannten Kaufleute ist, so muß man sich doch auch fragen: Wo sind die Beamten und die Stellen, die diese Geschäfte ermöglicht haben? Denn sind sie so naiv, daß sie dies geglaubt haben, so gehören sie nicht mehr auf den Posten, und sind andere Motive dafür maßgebend, dann erst recht nicht.“

Ohne oder mit Hilfe von hilfreichen Beamten sind auch leider Gottes Dinge geschehen, die in den letzten Wochen die Zeitungsrubriken beschäftigt haben. Damals habe ich das Geschäft mit einem Ing. Rothe erwähnt, der das Geschäft „Pflastersteine gegen Kaffee“ entriert hat, und deswegen habe ich meinen damaligen Vorwurf gegen die amtlichen Stellen und die Beamten gerichtet; ich habe aber bis heute noch keine Antwort bekommen, was gegen diese amtlichen Stellen geschehen ist.

Auch der Hofrat Wagner hat mit seiner Rede in Linz nicht recht, in der er ausgeführt hat, daß die Importbewilligungen Wertpapiere

sind, womit in jedem Kaffeehaus gehandelt wird, und daß es eine Gruppe von Leuten gibt, die sich nur dank ihrer Beziehungen mit diesem Handel beschäftigen. Das war voriges Jahr noch möglich, heute ist es durch die Angleichung der Wechselkurse Gott sei Dank nicht mehr möglich.

Als Preis mußten wir für diese verspätete Angleichung der Wechselkurse doch noch dem Preisregelungs-, dem Preistreiberei- und dem Lebensmittelbewirtschaftungsgesetz zustimmen, was umso merkwürdiger ist, als — wie ich damals in der Ausschusssitzung ausgeführt habe — im Lebensmittelbewirtschaftungsgesetz noch immer Bohnen, Erbsen und sogar noch Kartoffeln enthalten sind, Kartoffeln, von denen wir heute einen derartigen Erntüberschuß haben, daß wir uns ernstlich mit dem Export beschäftigen müssen. Die freie Marktwirtschaft und die normalen Marktbedingungen haben gezeigt, daß diese Gesetze schon längst überflüssig geworden sind; aber darauf basiert auch noch die Auslandswarenpreisverordnung und die Importpreisverordnung, was umso lächerlicher wirkt, als in diesen beiden Verordnungen Datteln, Boxhörndeln, Maroni, Feigen und auch Aschanti-nüsse bewirtschaftet und preisgeregelt werden.

Es wird mir wohl jeder zugeben, daß die Preisregelung für diese Artikel jeden Sinn verloren hat und auch die Besorgnis über die Kursangleichung, die noch bis heuer im Frühjahr bestanden hat, unbegründet war. Auch Präsident Böhm vom Gewerkschaftsbund wird sich unterdessen überzeugt haben, daß sein anfänglicher Widerstand und seine Besorgnis wirklich vollkommen unbegründet gewesen sind, da die Wirtschaft bis heute die entsprechende Disziplin gehalten hat und alle liberalisierten Waren seither auch billiger geworden sind.

Unverständlich ist auch, daß noch frisches Obst und Gemüse, also durchaus leicht verderbliche Waren, dieser Prozedur unterliegen, was gerade nicht immer fördernd für den Absatz ist. Durch die Liberalisierung mit 1. Juli dieses Jahres und durch die ins Auge gefaßte weitere Liberalisierung mit 1. Jänner des kommenden Jahres ist auch dafür gesorgt, daß durch eine gesunde Konkurrenzierung die Preise weiter heruntergehen und der Bevölkerung diese Waren zum billigsten Preis zugeführt werden. Die Aufhebung dieser Verordnung wäre nur eine notwendige Ergänzung der Liberalisierung.

Die Auslandswarenpreisverordnung basiert übrigens auf einem reichsdeutschen Gesetz vom Jahre 1937, und zwar vom 15. Juli. Sie war schon zur Zeit ihrer Erlassung mehr als fraglich. In Deutschland ist sie seit 1945 aufgehoben, hier in Österreich wurde sie noch

## 23. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 7. Dezember 1953 839

bekräftigt durch einen Runderlaß des ehemaligen Reichskommissars in Österreich für die Preisbildung, und der wurde noch im September dieses Jahres den österreichischen Amtsstellen bekanntgegeben. Man sollte hier nicht auch darauf warten, bis die Alliierten mit dem Staberl kommen und die Aufhebung dieser reichsdeutschen Vorschrift verlangen. Ich bitte den Herrn Minister, endlich einmal an die Aufhebung dieser längst überflüssigen Verordnung zu schreiten, umso mehr als hier statt einer Verwaltungsvereinfachung ein ganz unglaublicher Verwaltungsapparat aufrechterhalten wird, der mit einer Unzahl von Zahlen, Nummern und Formularen in diesem Paragraphengestrüpp weiterwirtschaftet, in dem sich kein Beamter mehr auskennt, viel weniger ein einfacher Mensch.

Aber dieses Paragraphengestrüpp ist noch der Tummelplatz für willensschwache Beamte, und in der letzten Zeit hat man in den Zeitungen von derartigen Vorkommnissen gelesen, was sogar dazu geführt hat, daß in der „Arbeiter-Zeitung“ ein Leitartikel mit der Überschrift zu lesen war: „Das Vertrauen in die Kokarde“. Jawohl, das Vertrauen in die Kokarde muß wiederhergestellt werden, und ich habe auch die Tatkräft bewundert, mit der der Herr Innenminister eingegriffen hat, der sofort gegen die Beamten der Wirtschaftspolizei und der Preisüberwachung, gegen die Herren Floric, Hajek, Edletitsch und Dr. Fuchs durchgegriffen hat. Das wurde auch entsprechend herausgebracht. Bei diesem Konsortium befand sich auch der Schieber Ing. Rothe, der Mann mit dem Geschäft „Pflastersteine für Bohnenkaffee“, den ich heute genau vor einem Jahr hier im Hause angeprangert habe und der jetzt erst — nach einem Jahr — gefaßt werden konnte. Wenn man das bedenkt, muß man sagen, daß ein Jahr eine reichliche Zeit ist und daß viel Schaden hätte verhindert werden können, wenn man diesem Menschen schon früher das Handwerk gelegt hätte.

Noch merkwürdiger wird aber dieses verärvte Einschreiten dadurch — wenn man den Gerichtssaalbericht vom 18. November zur Hand nimmt, kann man es darin lesen —, daß der 26jährige Kurt Thurner zu sechs Monaten schweren Kerkers verurteilt wurde. Das wurde allerdings nicht besonders groß herausgebracht. Die Vorgeschichte ist folgende:

Ein Gemüseimporteur wurde wegen angeblicher Preisüberschreitung bei italienischem Knoblauch angezeigt, mit einer Schadenssumme, die mir nicht genau bekannt ist. Kurz und gut, der Mann hat sich an den Polizeibeamten Thurner von der Preisüberwachungsstelle um Rat gewendet, und der hat

ihm so schön gesagt: Lieber Freund, das werden wir schon machen. Wenn der Akt zu mir kommt, lasse ich von mir etwas hören. Er hat auch etwas hören lassen. Er hat ihm tags darauf ins Kaffee Prückel zu einer Unterredung bestellt. Bei diesem Redezvous hat er gleich damit begonnen: Ja, das können wir machen, aber die Sache ist halt so, das kommt zum Strafrichter, und noch dazu wollen zwei Kriminalbeamte eine Betriebsprüfung veranstalten. Das kostet natürlich etwas. Die Kosten wurden gleich in reale Ziffern umgesetzt, das heißt, er verlangte zweimal 2000 S für die Kriminalbeamten und 15.000 S als — unter Anführungszeichen — „Darlehen“ für sich, weil er sich ein Geschäft gründen will. Dieses Darlehen wurde auch befristet verlangt, und zwar bis zum übernächsten Tag, das war der 1. Juli; das Gespräch hat am 29. Juni dieses Jahres stattgefunden. Dann nahm er seinen Hut und ging weg und ließ den verängstigten Geschäftsmann ratlos zurück. Der hat wenigstens das Klügste getan und hat die Kriminalpolizei verständigt. Leider Gottes hat die Kriminalpolizei nicht sofort tatkräftig zugegriffen, sondern erst den Abteilungsleiter dieses Thurner verständigt. Und das war der Abteilungsleiter Edletitsch, den ich schon vorhin erwähnt habe. Dadurch ist auch entstanden, daß der Mann noch zwei Tage auf freiem Fuß war und dementsprechend in den Akt noch Einsicht nehmen konnte.

Der Verhandlung konnte ich selbst nicht beiwohnen, ich habe jemanden gebeten, dort anwesend zu sein, und ich kann es Ihnen nicht vorenthalten, so kurz wie möglich einen Bericht über die Feststellungen, die der Mann dort gemacht hat, zu geben: Die größte Überraschung bildete zweifellos die Tatsache, daß ein Mann im Alter von 23 Jahren zum Strafreferenten bei der Schleichhandelsbekämpfung und später, ab 1. Jänner 1950, bei der Preisüberwachung eingesetzt wurde. Abgesehen davon, daß ein junger Mensch in diesem Alter überhaupt nicht die nötige Qualifikation für eine derartig schwierige Tätigkeit besitzen kann, dürfte ihm wohl auch die für die Ausübung eines solchen Amtes notwendige innere Charakterfestigkeit gefehlt haben. Wenn man noch bedenkt, daß Thurner von Beruf Buchdrucker ist — wobei ich nichts gegen den ehrenwerten Beruf der Buchdrucker sagen will —, nur Hauptschulbildung genossen hat und sich erst während seiner Tätigkeit bei der Polizei auf eine Externistenmatura vorbereitete, die er im übrigen nie abgelegt hat, so kann man sich nur darüber wundern, daß gerade bei der Wirtschaftspolizei, die in der Auswahl ihrer Mitarbeiter besonders vorsichtig und gewissenhaft vorgehen sollte, Derartiges möglich ist.

## 840 23. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 7. Dezember 1953

Wenn man bedenkt, daß die mit Wirtschaftsdelikten zusammenhängenden Schwierigkeiten hinsichtlich der Beurteilung als Delikt dergestalt sind, daß der Untersuchende ohne profundes Sachwissen überhaupt nicht in der Lage ist, auch nur eine einigermaßen befriedigende Entscheidung zu treffen, so könnte wohl erwartet werden, daß Personen, die solche Untersuchungen zu führen haben, eine entsprechende Vorbildung besitzen. Wenn man weiters bedenkt, daß zahllose bestens qualifizierte Akademiker brotlos herumlaufen oder in Berufen arbeiten müssen, zu deren Antritt es keines Hochschulstudiums bedurfte, kann nur auf die unglaubliche Leichtsinnigkeit jener hingewiesen werden, die einem nicht geeigneten Mann, wie die Verhandlung zeigte, weitgehende Befugnisse einräumten. Daß Thurner praktisch die Akten selbst erledigt hat, geht aus der Aussage eines Vorgesetzten hervor, der, obwohl jeder wichtige Akt (Strafe über 100 S) ihm persönlich zur Unterschrift vorgelegt werden mußte, wörtlich erklärte, daß Thurner in fast allen Fällen seine Entscheidung logisch derart fundiert getroffen hätte, daß niemals Änderungen in der Strafbemessung notwendig gewesen seien.

Damit, meine Herren, muß wohl aufgeräumt werden. Es muß das Vertrauen zur Kokarde wieder zurückkehren, es muß mit dem Mißbrauch der Kokarde Schluß gemacht werden. Die Basis für diesen Mißbrauch der Kokarde bilden eben diese längst überholten Verordnungen, deren Paragraphen-gestrüpp der Tummelplatz für solche Elemente wie Thurner ist. Es ist aber auch zum Schutze der vielen pflichtgetreuen Beamten, die im Interesse der Bevölkerung ihren Dienst versehen, daß sie auch davor geschützt werden, daß solche Leute länger auf sie losgelassen werden. Es trifft aber auch alle jene ein Auswahlverschulden, die einen solchen Mann auf einen solchen Posten gestellt haben. Er wurde mit 19 Jahren eingestellt und mit 22 Jahren, also seit 1949, hat er bereits Strafgewalt in diesen Wirtschaftsdelikten ausgeübt.

Wenn man die Ergebnisse des Verfahrens berücksichtigt, muß man wohl sagen, daß diese Dienststelle einen großen Prestige-verlust erlitten hat, denn trotz erdrückender Beweise wurde auch dort noch versucht, mit Hilfe von fünf — ich möchte fast sagen — blenden den Führungszeugnissen, die nur so getriegt haben, wie verläßlich der Mann ist und der gleichen, den Mann irgendwie herauszureißen. Man weiß es ja und kennt den Wert solcher Zeugnisse zur Genüge.

Und nun kommt das Schönste. Der Importeur hat durch Bekannte dann erfahren, daß ihm die Bekannten oder Kollegen dieses

Beamten gedroht haben oder verlauten ließen, man werde ihm schon zeigen; wenn er glaubt, daß er ihnen etwas antun kann, dann werden sie ihm die „Wadln schon füririchten“, und wie solche schöne Redensarten mehr sind. Es ist tatsächlich so, daß es dem Mann leid tut, daß er eine Anzeige erstattet hat; und das ist das Bedrückende dabei. Denn wann findet sich wirklich ein Mann, der den Mut hat, das zu sagen? Ich kann ruhig sagen, Herr Minister, über diese Dinge hat man seit Jahren gemunkelt, sie sind nicht so von ungefähr entstanden. Aber wo findet sich einer, der den Mut hat, das im Gerichtssaal zu sagen? Denn tatsächlich sind gegen den Mann schon drei Anzeigen erstattet worden. Er mußte schon einen Rechtsanwalt nehmen; hätte er bezahlt, wäre er billiger herausgekommen als jetzt. Diese Angst und diese Besorgnis muß aufhören, wie ich vorhin schon erwähnt habe. Wir müssen hier in Österreich ohne Besorgnis und Angst einer Begegnung mit unserer Polizei ruhig entgegensehen können.

Ich wiederhole deswegen den Namen Edletitsch und auch die Verhaftung dieser vier Polizeibeamten, Herr Minister, weil zwischen der Verhaftung des Thurner und der Aufdeckung dieses Falles, des Komplottes dieser fünf, ein Zeitraum von zehn Wochen verstrichen ist. Herr Minister! Hat niemand einen Argwohn gehabt, hat man nicht diesen Fall zum Anlaß nehmen können, um nachzuschauen, ob der Fisch nicht vom Kopf stinkt? Ist man nicht darauf aufmerksam geworden, hat niemand daran gedacht: Schauen wir nach, ob nicht etwas faul ist im Staate Dänemark oder im Staate Preisüberwachung der Wirtschaftspolizei!? Ich würde Sie, Herr Minister, bitten, diese Fälle zum Anlaß zu nehmen, um eben diesen Mißbräuchen der Amtsgewalt, die wir alle lebhaft bedauern, die Basis zu entziehen und endlich daranzugehen, diese überholten Verordnungen aufzuheben. Es tut mir nur leid, daß heute nicht der 6. Dezember ist, der Tag des heiligen Nikolaus, denn Sie könnten so schön als heiliger Nikolo auftreten und diese Verordnungen im Interesse der Wirtschaft und im Interesse der Verwaltungsvereinfachung aufheben.

Für die freiwerdenden Beamten, die da völlig unnötig und außerdem sicher nicht zum Nutzen des österreichischen Staates verwendet werden, hätte ich eine wunderbare Verwendung, und zwar zur Bekämpfung des Krebsgeschwürs in Österreich: der USIA-Geschäfte. (Abg. Dr. Pittermann: Nur keine Kurpfuscherei, Krippner! — Heiterkeit.) Ich meine nicht die USIA-Betriebe — um jeden

## 23. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 7. Dezember 1953 841

Irrtum auszuschalten. Die österreichischen Arbeiter in den USIA-Betrieben müssen ihre Lohnsteuer, ihre Steuerabzüge und ihre sozialen Lasten zahlen, nur abgeführt werden sie nicht dem österreichischen Staat. Deshalb nehme ich die österreichischen USIA-Betriebe ausdrücklich aus. Ich wende mich gegen die USIA-Geschäfte und USIA-Importe, die jeden Monat in die hunderte Waggons gehen und für die keinerlei Zölle und keinerlei Importabgaben bezahlt werden. Daß von den 200 Detailgeschäften der USIA-Betriebe in Wien, Niederösterreich und Burgenland keine Körperschaftsteuer und keine Warenumsatzsteuer bezahlt wird, habe ich hier schon mehrfach erwähnt. Daß der Schaden an direktem Steuereingang bereits 2 Milliarden Schilling beträgt, ist auch schon erwähnt worden.

Aber, Herr Minister, den Helfershelfern der Usiaten muß unser Kampf genau so gelten wie den USIA-Geschäften selbst, und auch denen, die den Steuerbetrug und die Zollhinterziehung der USIA und der Usiaten schützen. Das Subjekt Hubiska wurde schon vor zwei Jahren von mir erwähnt, und auch sein Kumpan, der Gotthelf vom Karmelitermarkt. Seit zwei Jahren sind die Anzeigen gegen diese Leute ergangen. Der Hubiska steht angeblich unter dem Schutz des kommunistischen Polizeileiters vom 4. Bezirk, er ist nicht zu fassen. Aber ich habe nichts davon, wenn der Finanzminister erklärt: Hubiska leistet der Vorladung keine Folge, und der Justizminister erklärt: ihm konnte die letzte Vorladung nicht zugestellt werden, das ist ein schwieriger Zustand, die Voruntersuchung ist abgeschlossen, der Akt wird ans Landesgericht weitergeleitet, es wird bald was geschehen. Der Handelsminister erklärt: ja, er hat das Russenreferat, aber er wünscht von mir ein Verzeichnis der Firmen, dann wird das Ministerium etwas unternehmen. Die Abteilung II Ihres Ministeriums, Herr Minister, hat nach geraumer Zeit die Anklageerhebung gegen den Hubiska veranlaßt. Der Mann lacht sich aber ins Fäustchen; er sabotiert jetzt sogar die Zuckerförderung, die Zuckerkennzeichnung, die Sie erlassen haben, für die viele in der gewerblichen Wirtschaft dankbar sein werden. Er hat sogar bereits verlauten lassen, daß er die Stempel nachmachen lassen will!

Herr Minister! Ich und die ganze Bevölkerung haben Ihren Mut in der Angelegenheit des Menschenräubers Winterer bewundert, der doch in einem anderen Bezirk geschnappt wurde, wenn er auch im 4. Bezirk beheimatet ist. Die Ausrede muß endlich fallen, daß man solche Leute nicht fassen kann, weil

ihre Büroräume im 4. Bezirk liegen. Ich kann Ihnen verraten, daß sich viele ein Büro im 4. Bezirk wünschen, daß also der Wert solcher Büros im 4. Bezirk sehr stark gestiegen ist, weil dort die USIA und ein kommunistischer Polizeileiter sind und weil dort Zollbetrug und Steuerhinterziehung zu Lasten Österreichs geschützt und gefördert werden. Einmal wird dieser Mann doch in einen anderen Bezirk kommen, und dann kann man ihm dort das Handwerk legen. Bei manchen Kommandanturen ist ja auch bereits eine Wandlung eingetreten; nicht alle Kommandanturen schützen jeden Gauner. Es wird also auch möglich sein, daß der Mann einmal gefaßt werden kann.

Aber, Herr Minister, ich möchte doch die Bitte an Sie richten: Es muß eine Zentralstelle geschaffen werden, denn es geht nicht an, daß von den vier Ministerien, die mit diesen Delikten befaßt sind, eines nicht weiß, was das andere tut, und alle vier verschiedene Wege gehen. Ich richte an Sie also die Bitte, eine Zentralstelle zu schaffen, wo alle diese Wege zusammenlaufen, damit endlich einmal eine nachhaltige Bekämpfung der USIA und ihrer Helfershelfer erfolgen kann.

Mit Zaghaftigkeit, Herr Minister, ist hier nichts zu machen, dazu gehört eine Portion Zivilcourage! Mit vollen Hosen kann man gegen die USIA keinen Kampf führen, dazu gehört Rückensteife, Herr Minister! (Abg. Weikhart: *Was ist das für eine Anschuldigung?* — Abg. E. Fischer: *Er denkt an sich; er hat schlechte Geschäfte gemacht; jetzt ist er bös!*) Man kann damit weder einen Kampf führen, noch einen solchen gewinnen.

Wenn es in den Jahren 1945 und 1946 möglich war, daß die Gendarmerie an der Brücke oder bei einer Haltestelle stand und einer Mutter die Milch wegnehmen konnte, die sie für ihre Kinder heimtragen wollte — so daß diese Mutter in ihrer Verzweiflung, das habe ich selber gesehen, die Milch lieber ausgeschüttet hat —, wenn das möglich war, Herr Minister, dann muß heute auch eine Maßnahme möglich sein, wenn über die Urfahrer Brücke Menschen mit fünf und zehn Litern Rum und anderen Spirituosen aus den USIA-Geschäften herüberwandern oder wenn die Eisenbahner mit der Steyrtalbahn von St. Valentin Rucksäcke voll mit Schnaps und Spirituosen heimbringen. Das wird umso eher möglich sein, als Sie mit einem Erlaß, wie ich feststellen muß, vorige Woche die Betriebsaktionen bei der Gendarmerie verboten haben, sodaß die Gendarmen von ihrer eigentlichen Tätigkeit durch das Auswiegen und Verteilen von Zuckerln und Weihnachtsbäckereien nicht mehr abgelenkt werden.

## 842 23. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 7. Dezember 1953

Im Kampf gegen die USIA, Herr Minister, werden Sie sich den Dank der gesamten Wirtschaft erringen, nicht nur den der Wirtschaft, sondern einen Dank der gesamten Bevölkerung, und je eher Sie mit dem Kampf beginnen, Herr Minister, desto besser wird es für unsere Wirtschaft und die Finanzen unseres Staates sein. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Hartleb (*der inzwischen den Vorsitz übernommen hat*): Als nächster Redner ist Herr Abg. Preußler gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Preußler: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Herr Abg. Honner hat heute das Problem der Soldatentreffen berührt, und ich muß ihm gestehen, daß ich über seine Phantasie wirklich begeistert bin. Ich war bei einigen solcher Treffen persönlich anwesend, und ich muß sagen: Ich weiß nicht, woher er seine Informationen hat, aber sie sind reichlich übertrieben. (*Abg. E. Fischer: Sagen Sie es dem Hindels, Ihrem Parteifreund!*) Er hat etwas ganz anderes geschrieben.

Meine Damen und Herren! Um diese Soldatentreffen zu verstehen, muß man die Dinge von einem anderen Standpunkt aus betrachten. Ich möchte dazu folgendes anführen:

Die Gründe für diese Soldatentreffen liegen vor allem darin, daß die Soldaten, als sie aus dem Feld in die Gefangenschaft zogen, oft nicht einmal mehr Zeit hatten, sich voneinander zu verabschieden. Sie lagen zusammen Kopf an Kopf im Schützengraben, Jahre hindurch, sie haben gemeinsam unter Einsatz ihres Lebens und ihrer Person füreinander und für die Gemeinschaft gekämpft und sind dann ohne Abschied auseinandergegangen, oder sie sind getrennt worden. Diese Kameradschaft, die sich da im Felde gebildet hat, ist kein Privileg der Soldaten, diese Kameradschaft ist ja auch in den KZs unter dem Eindruck der Todesnähe entstanden. Aber die Soldaten haben sich diese Kameradschaft doch auch erkämpft, indem sie gemeinsam füreinander gestanden sind. Und nun kommen diese Soldaten nach dem Kriege wieder zusammen, denn sie möchten das, was sie in den Gefangenengelagern versäumt haben, nachholen.

Ich will nicht leugnen, daß auch andere Gründe dahinterstecken, warum die alten Soldaten zu diesen Treffen kommen. Es sind auch welche darunter, die große Lebenssorgen haben, Soldaten, die sechs, sieben Jahre an der Front waren und unter das NS-Gesetz gefallen sind, die alles verloren haben. Diese Menschen kommen nun zu ihren alten Kameraden, um ihnen ihr Leid zu klagen, um sie zu bitten, daß sie ihnen helfen. (*Ruf bei der ÖVP: Warum hat das die „Welt der Arbeit“ nicht*

*geschrieben? Die hat etwas ganz anderes geschrieben!*) Schauen Sie, jeder hat die Möglichkeit, seine Meinung zu äußern. Auch in Ihrer Partei ist nicht alles so klar. Ersparen Sie es mir, darauf einzugehen.

Meine Damen und Herren! Außerdem — das wird jeder bestätigen können, der im Felde war — ist manchmal ein gewisses Verständnis diesen soldatischen Erlebnissen gegenüber vorhanden. Man erlebt es selber immer wieder: Wenn man der Frau oder den Kindern oder Bekannten etwas erzählt, was man im Felde mitgemacht hat, dann verstehen sie es nicht, weil ihnen eben die menschliche Beziehung zu diesen Geschehnissen fehlt. Daher wollen diese Soldaten wieder zusammenkommen. Die Triebfeder dieser Soldatentreffen ist also im großen gesehen sehr oft vor allem echte Wiedersehensfreude. (*Zustimmung bei der WdU. — Abg. E. Fischer: Beifall beim VdU!*) Die Menschen kommen zusammen, um einander wiederzusehen.

Eine zweite Triebfeder dieser Treffen ist das ehrliche Gedenken an die gefallenen Kameraden, die man da draußen verloren hat, mit denen man doch wirklich jahrelang beisammen war und an die überhaupt zu denken man in diesem furchtbaren Kampf- ablauf keine Zeit hatte. Man hat sie meist nach Wochen schon vergessen — nicht vergessen aber im Herzen —, weil man eben marschieren mußte für ein Regime, für das die Soldaten selber nichts konnten. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf den Umstand, daß die meisten Soldaten gar nicht Mitglied der Nationalsozialistischen Partei gewesen sind, weil sie schon frühzeitig eingerückt waren.

Die dritte Triebfeder ist, daß die Menschen dort zusammenkommen, um Vermißtensuche zu betreiben, um zu helfen, damit Vermißten- schicksale geklärt werden.

Soweit es sich also um diese Triebfedern eines echten Kameradentums handelt, sind wir dafür, daß diese Treffen nicht abgelehnt werden.

Es gibt jedoch auch andere Umstände. Ich will es offen anführen. Es gibt einige Leute, die an diesen Soldatentreffen ihr Süppchen kochen wollen. Ich will gar nicht näher auf die Erfahrungen, die ich gemacht habe, eingehen, indem ich etwa Reden verlese oder sonst irgend etwas, ich will nur folgendes anführen: Es gibt dort Leute, die neuerdings militaristische Interessen, wenn man dieses Schlagwort gebrauchen darf, vertreten, die glauben, sie könnten jetzt wieder einmal Rekruten bekommen, Rekruten ausbilden, Leute, die glauben, daß sie irgendwie aus der Lethargie — da sie keinen Beruf haben, weil sie nichts gelernt haben — herauskommen

## 23. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 7. Dezember 1953 843

könnten. Es gibt also auch Dinge, die man ablehnen muß, besonders dann, wenn sie sich gegen die Republik richten, wenn sie Tendenzen zutage treten lassen, die gegen diese Republik gerichtet sind. Und da müssen wir als Sozialisten und, ich vertrete dies offen, auch als ehemalige Frontsoldaten schärfstens gegen solche politische Machinationen, gegen solche Tendenzen kämpfen. Aber im großen gesehen, meine Damen und Herren — und dafür stehe ich ein —, hat die übergroße Mehrheit der Frontsoldaten für diese politischen Machinationen und Soldatenpielerei kein Interesse mehr. Gott sei Dank! Sie sind gegen den Mißbrauch eines Kameradschaftsgefühls, das einzelne ansprechen wollen, um vielleicht wieder einmal auf einer Stufenleiter emporklettern zu können.

Dazu darf ich Ihnen aus meinen bisherigen Erfahrungen — ich konnte an einigen dieser Zusammenkünfte persönlich teilnehmen — folgendes mitteilen: Die Menschen waren wirklich erfreut, als sie die Kameraden, die sie vor acht Jahren verlassen mußten — oder vor noch längerer Zeit, weil ja an den Fronten viel gewechselt wurde —, wiedersehen konnten. Das muß ich offen zugeben, weil ich selber Kameraden gehabt habe, die ich zehn bis zwölf Jahre lang nicht mehr gesehen hatte. Ich selbst war an der Murmansk-Front, und ich muß sagen, daß wir da in den dunklen Nächten Monate hindurch auf Gedeih und Verderb beisammen waren und daß daraus dieses echte Kameradschaftsgefühl erwachsen ist.

Ich weiß auch, daß solche Soldatentreffen meistens mit einem Umtrunk enden. Sie können sich vorstellen, daß ein solcher Umtrunk stundenlang dauern kann und manchmal sogar damit endet, daß man die Hände zu Hilfe nehmen muß, um einem in das Gefährt zu helfen, mit dem er zurückfahren will. Daß so etwas vorkommt, ist selbstverständlich, aber es ist besser so, als wenn dort politisiert wird und Dinge geschehen, die wir nicht wollen.

Ich muß hier aber auch anführen, daß in diesen Komitees für die Soldatentreffen verantwortungsbewußte Kräfte sind. Man muß dies sagen, um der Wahrheit eine Gasse zu bahnen. Es sind Menschen, die wirklich bereit sind, eine Rede zu halten, die nur von der Kameradschaft handelt, und das Ganze in ein Treuebekenntnis zu unserer Republik ausklingen lassen. Man muß diese Dinge also richtig sehen. Ich habe selber die Gelegenheit wahrgenommen, das zu beobachten. Bei den ehemaligen Frontsoldaten kommt es nur auf die Ehrlichkeit an. Man kann dort zum Beispiel ruhig sagen: Ja, kannst du dir vor-

stellen, daß sich der Außenminister um die Freiheit Österreichs bemüht, während man bei den Soldatentreffen genau das Gegenteil tut und damit diesen Bestrebungen entgegenarbeitet? Die Leute sind so vernünftig und lassen sich auch etwas sagen. Ich glaube, ich kann das ruhig feststellen: Die ehemaligen Frontsoldaten sind durchaus nicht bereit, einigen politischen Hasardeuren auf den Leim zu gehen; es gibt wenige Soldaten, die auf diese Dinge hineinfallen.

Ich will aber hier, ohne es genauer anzuführen, auch sagen: Die Mahnung, sich in richtigen Bahnen zu halten, braucht man gar nicht an die Soldaten selber zu richten, denn jene, die dort reden, sind oft gar keine ehemaligen Kriegsteilnehmer, das sind Leute, die mit den Frontsoldaten oder mit der Front selber wenig zu tun hatten. Die halten am meisten kriegerische Reden, ja es ist sogar vorgekommen, daß Geistliche die kriegerischsten Reden gehalten haben, während sich alle anderen in ruhigen Bahnen hielten. Aber auch das sind Ausnahmen, und ein altes Wort sagt ja: Ausnahmen bestätigen die Regel. Wir müssen also diese Menschen belehren, daß die Zeiten für solche Dinge vorüber sind.

Meine Damen und Herren! Ich verweise hier darauf, daß der Herr Innenminister einen Erlaß herausgegeben hat, der für die Soldatentreffen so eindeutige Richtlinien gibt, daß es dabei eigentlich gar kein Versagen geben kann, wenn sich die Leute nur daran halten.

Ich möchte hier dem Herrn Minister Helmer den Dank dafür aussprechen, daß er wirklich so großes Verständnis für die Heimkehrer aufbringt, und ich darf ihm auch für sein mutiges Eintreten für die Kriegsgefangenen danken. Ich kann ihm sagen, daß dies bei den ehemaligen Soldaten auf fruchtbaren Boden fällt, weil sie wissen, daß der Herr Minister hier im Namen der Regierung und auch mit seiner eigenen Person für die Interessen der Heimkehrer und der Gefangenen eintritt.

Ich möchte hier aber auch der KPÖ sagen, sie soll doch nicht so tun, als wenn das alles so schrecklich wäre. Ich kann dazu eine kleine Episode aus Salzburg erzählen. Vor dem Salzburger Eichenlaubtreffen hatte sich der kommunistische Landesfriedensrat für ein Verbot des Treffens ausgesprochen, und als es nicht verboten wurde, da haben die Kommunisten zu einem zweiten Mittel, zu ihrer zweiten Methode gegriffen. Sie haben nämlich Werbeplakate unter den Soldaten verteilt, die sie auf einmal als „Kameraden“ ansprachen, in denen etwa stand: Lieber Kamerad, du kommst hier mit deinen Kameraden heute zusammen, und ihr erzählt euch eure alten

## 844 23. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 7. Dezember 1953

Sorgen usw. Da habe ich unter den Soldaten plötzlich einen VO-Mann wahrgenommen — er konnte mir nicht ausweichen —, und ich fragte ihn: Ja, was machst denn du da bei dem Soldatentreffen? und er erröte verschämt und sagte: Ja, ich habe dem Regiment angehört! So sind die Dinge in Wirklichkeit, meine Herren von der VO. Man soll dieses Problem eben menschlich sehen und nicht immer übertreiben.

Ich darf noch hinzufügen, daß diese Dinge vielleicht längst schon ad acta gelegt worden wären, wenn sie der scharfe Wind aus dem Osten nicht wieder in den Vordergrund treiben würde. Die Soldaten wünschen nur eines, daß Friede in dieser Welt eintrete, und sonst gar nichts. Wir können darauf verzichten, ewig des Verdachtes des Neomilitarismus geziehen zu werden. Man kann wohl ruhig sagen, daß die Schlußfolgerung ist: Zustimmung zu den Soldatentreffen, soweit sie sich auf ein ehrliches Gedenken an die Toten beschränken, soweit sie eine ehrliche Wiederschensfreude und Interesse für die Suchaktion nach den Vermißten bekunden, die Unterstützung bedürftiger Kameraden in die Wege leiten und soweit die Tendenz dieser Treffen nicht gegen die Republik gerichtet ist. Ich trete aber als Soldat selber für die schärfste Ablehnung ein, wenn politische Manöver gemacht werden oder eine neomilitaristische Tendenz dort zutage tritt. Ich glaube, wenn wir selbst bei diesen Treffen anwesend sind, werden wir dafür sorgen, daß keiner in den Himmel steigt und glaubt, er kann etwas gegen die Republik unternehmen.

Wir sind alle der Ansicht, daß Österreichs Freiheit und Unabhängigkeit gesichert bleiben muß. Wir sind als Soldaten des zweiten Weltkrieges berufen, unsere Erfahrungen aus dem letzten Krieg dazu zu benutzen, diesen Staat zu sichern, mitzuarbeiten, um ernste Arbeit, um eine Politik der Versöhnung und Verständigung zwischen Freund und Feind zu leisten. Wer sich am Wiederaufbau Österreichs vergeht, der sündigt wider besseres Wissen; denn wir alle haben an der Front

Jahre hindurch erfahren, wie schrecklich es ist, den Menschen, den man Kameraden nennt, zu verlieren, wie schrecklich es ist, den Familien mitteilen zu müssen, daß der Sohn, der Vater oder der Mann gefallen ist, wie sehr der Krieg die Probleme erschwert und niemals löst.

Ich glaube daher, der wahre Frontgeist, wenn ich so sagen darf, ist der, daß wir in gemeinsamer Aufbauarbeit für die Ziele unserer Republik eintreten und den Kampf führen um unsere Freiheit, um die Sicherung unserer Existenz, um die Sicherung der Kriegshinterbliebenen und um die Versorgung der Kriegsopfer. Wenn wir so handeln, dann brauchen wir keine Sorge zu haben, daß die Soldatentreffen zu einer dauernden Einrichtung werden, dann wissen wir, daß nichts passiert. Und wenn wir Verständnis haben, werden wir die Soldaten in den Beruf hineinführen und dafür sorgen, daß sie für Österreich, für unser Vaterland, einstehen! (*Beifall bei den Sozialisten.*)

Präsident Hartleb: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte über diese Gruppe ist geschlossen. Ich erteile dem Herrn Spezialberichterstatter das Schlußwort.

Spezialberichterstatter Horn (*Schlußwort*): Hohes Haus! Der Herr Abg. Pfeifer hat drei Anträge gestellt, die er bereits im Finanz- und Budgetausschuß eingebracht hat. Der Herr Generalberichterstatter hat im Finanz- und Budgetausschuß ihre Ablehnung beantragt und sie eingehend begründet. Da ich die Mehrheit des Ausschusses zu vertreten habe, kann ich die Anträge nicht aufnehmen und beantrage ihre Ablehnung.

Präsident Hartleb: Damit ist auch die Aussprache über die Gruppe IV beendet. Ich breche nun die Verhandlungen ab.

Die nächste Sitzung berufe ich für morgen, Dienstag, den 8. Dezember, 10 Uhr, ein, mit der Tagesordnung: Kapitel 8: Äußeres, und Kapitel 10: Justiz.

Die Sitzung ist geschlossen.

## Schluß der Sitzung: 19 Uhr 35 Minuten